

FoDEx-Studie

Rechtsradikalismus

Florian Finkbeiner
Niklas Schröder

Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen

Eine Fallanalyse zum
Sozialprofil der Wählerschaft
und ihrer politischen
Einstellungen am Beispiel
von Niedersachsen

Nr. 4
(2020)

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Politik und Parteien in Niedersachsen	8
3. Die Entwicklung der AfD in Niedersachsen	11
4. Dimensionen einer Einordnung	16
5. Annäherungen an das Profil der AfD-Wähler in Niedersachsen	21
5.1 Zur Forschungsdebatte: Wer wählt warum die AfD?	21
5.2 Sekundärauswertung des NDM 2019 für das AfD-Parteiprofil	28
Politisches Interesse und Partizipation	29
Bewertung der Politik	31
Politische Einstellungen	34
Demokratie	35
Zwischenbilanz	42
5.3 Wahl-Verteilung der AfD in Niedersachsen	44
5.4 Zur Soziodemographie der AfD-Wähler	46
Wahlbeteiligung	46
Demographie und Abwanderung	47
Arbeitslosigkeit	51
Ausländeranteil	54
Religion	55
Stadt/Land	57
Zwischenbilanz	60
6. Zusammenführung und Schlussbetrachtung	61
Anhang	67
Literaturverzeichnis	72
Autoren	78

Verzeichnis der Schaubilder, Diagramme, Tabellen und Karten

I. Schaubilder

Schaubild 1: Parteipolitische Herkunft der AfD-Wähler

23

II. Diagramme

Diagramm 1: AfD-Wahlergebnisse in Bund, Ländern und Europa (2013–2020)

12

Diagramm 2: Mitgliedschaft in Vereinen, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und Parteien nach Parteineigung

29

Diagramm 3: Politisches Engagement nach Parteineigung

30

Diagramm 4: Politische Meinung im Internet nach Parteineigung

30

Diagramm 5: Wahlentscheidung von AfD-Sympathisanten bei letzter Landtagswahl

30

Diagramm 6: Wichtigstes Problem in Deutschland (erstgenannt) nach Parteineigung

31

Diagramm 8: „Die Wirtschaftsordnung in der BRD ist gerecht“ nach Parteineigung

32

Diagramm 7: Wichtigstes Problem in Deutschland (zweitgenannt) nach Parteineigung

32

Diagramm 9: „Die eigene Zukunft wird im Vergleich zu heute“ nach Parteineigung

33

Diagramm 10: „Die Zukunft künftiger Generationen wird im Vergleich zu heute“ nach Parteineigung

33

Diagramm 11: Links-/Rechts-Selbsteinordnung nach Parteineigung

34

Diagramm 12: „Starke Führung, der alle folgen müssen“ nach Parteineigung

34

Diagramm 13: „Härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“ nach Parteineigung

34

Diagramm 14: Zustimmung zum Itemset „Verschwörungstheorien“ nach Parteineigung

35

Diagramm 15: Demokratie-Zufriedenheit nach Parteineigung

36

Diagramm 16: Vorteile der Demokratie nach Parteineigung

37

Diagramm 17: Nachteile der Demokratie nach Parteineigung

37

Diagramm 18: Befolgung einer „nationalen Leitkultur“ als Bestandteil von Demokratie nach Parteineigung

38

Diagramm 19: Bestandteile von Demokratie nach Parteineigung

39

Diagramm 20: „Politiker/Parteien müssen den Vorgaben des Wählers folgen“ nach Parteineigung

39

Diagramm 21: „Politiker handeln gegen die Interessen der Bevölkerung“ nach Parteineigung

40

Diagramm 22: AfD-Sympathisanten – Vertrauen in Bundes- und Landesregierung

40

Diagramm 23: Vertrauen (stark und eher) in Politiker, Parteien und Institutionen nach Parteineigung

41

Diagramm 24: Vertrauen in Social Media nach Parteineigung

41

Diagramm 26: „Die staatlichen Behörden überwachen alle“ nach Parteineigung

42

Diagramm 25: Vertrauen in Gewerkschaften nach Parteineigung

42

Diagramm 27: Wahlbeteiligung und Wahlerfolg der AfD zur Europawahl 2019

47

Diagramm 28: Korrelation Nicht-Religionsgemeinschaft und AfD-Wahl zur Landtagswahl 2017

57

III. Tabellen

Tabelle 1: AfD-Ergebnisse in Niedersachsen	44
Tabelle 2: Gebietsgliederungen mit dem höchsten Altersdurchschnitt in Niedersachsen	48
Tabelle 3 a–c: Gebietsgliederungen mit den höchsten AfD-Ergebnissen bei Bundestagswahl, Landtagswahl, Europawahl sowie deren Durchschnittsalter	49
Tabelle 4: Gebietsgliederungen mit der anteilmäßig höchsten Abwanderung von Menschen in der Altersgruppe 18–25 in Niedersachsen	50
Tabelle 5: Arbeitslosigkeit und AfD-Ergebnisse in den Gebieten der statistischen Region Hannover	53
Tabelle 6: Gebietsgliederungen mit den höchsten Anteilen von Mitgliedern der römisch-katholischen Kirche in Niedersachsen	56
Tabelle 7: Die 15 größten Städte Niedersachsens und die jeweiligen AfD-Ergebnisse	58
Tabelle 8: Gebietsgliederungen mit der niedrigsten Bevölkerungsdichte in Niedersachsen	59

IV. Karten

Karte 1: AfD-Ergebnisse in Regionen bei der Landtagswahl 2017	45
Karte 2: Arbeitslosigkeit in Niedersachsen	52
Karte 3: AfD-Wahl in niedersächsischen Gebietsgliederungen zur Landtagswahl 2017	52

Auf einen Blick

Im Anschluss an die FoDEX-Studie zum Rechtsradikalismus in Niedersachsen (2019), in der wir die regionalkulturellen Verdichtungsräume und lokalspezifischen Kontextbedingungen für den politischen Rechtsradikalismus in historischer Perspektive untersucht haben, analysiert der FoDEX-Fachbereich Rechtsradikalismus den Zusammenhang und die Verflechtung von rechtsradikalen Mentalitäten und der politischen Mehrheitskultur an ausgewählten Beispielen. Unser Ziel ist es, in mehreren Teilstudien die verschiedenen Aspekte des neuen Rechtsradikalismus in direkter Verbindung mit der regionalen politischen Kultur zu untersuchen.

Die vorliegende Kurzstudie analysiert das politische Wählerpotenzial der AfD in Niedersachsen in systematisch-vergleichender Perspektive. Sie fragt danach,

- was die Wähler der AfD von den Wählern anderer Parteien unterscheidet,
- vor allem aber auch, was sie gemeinsam haben,
- wie die AfD in Niedersachsen politisch einzuordnen ist,
- wo die Partei in Niedersachsen aus welchen Gründen elektoral mehr oder weniger Erfolg hat,
- und welches sozioökonomische und sozio-kulturelle Profil den AfD-Wähler in Niedersachsen auszeichnet.

Die Studie kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

1. Es gibt nicht den AfD-Wähler, zumindest gibt es in Niedersachsen kaum Anzeichen dafür, dass sich die AfD-Wählerschaft hinsichtlich der Sozialstruktur und der politischen Einstellungen besonders von anderen Partei-Wählern unterscheidet.
2. Da die Unterschiede zwischen den AfD-Wählern und anderen Wählern in vielen Punkten keineswegs so groß sind, wie oftmals suggeriert wird, gehen wir davon aus,

dass die AfD-Unterstützung vorrangig aus soziokulturellen, mentalen und habituellen Motiven resultiert.

3. Die AfD findet in allen gesellschaftlichen Gruppen und in allen Gebieten von Niedersachsen Zuspruch. Die Partei wird aber tendenziell vor allem in Regionen gewählt, die a.) zuvor eine relativ niedrige Wahlbeteiligung hatten, b.) in denen ein relativ hohes Maß an Arbeitslosigkeit herrscht und c.) die eher protestantisch geprägt sind oder in denen ein relativ hoher Anteil an Konfessionslosen lebt.
4. Die AfD in Niedersachsen ist keine politisch homogene Partei. Sie versammelt in programmatischer Hinsicht verschiedene politische Versatzstücke und ist daher tendenziell zwischen nationalkonservativ, deutschnational und rechtsradikal einzustufen. Sie ist keine bürgerlich-konservative Partei, aber sehr wohl eine Partei mit konservativen Mitgliedern und vor allem bürgerlich-konservativen Wählern.
5. Die AfD hat sich etabliert: Aufgrund der primär kulturellen und habituellen Unterschiede zwischen den AfD-Wählern und den Wählern der anderen Parteien bedeutet eine weiterführende Radikalisierung der Partei keineswegs ein potenziell schwindendes Wählerreservoir. Ob die AfD ihr politisches Wählerpotenzial ausreichend erschöpft hat, wird also nicht nur von ihrer eigenen parteipolitischen Entwicklung abhängen, sondern vor allem von den Reaktionen und dem Umgang der anderen Parteien mit der AfD, und davon, ob die Politikangebote von CDU, SPD und Grünen an das bürgerliche Lager als ausreichend wahrgenommen werden, um den Verheißungen der AfD dauerhaft zu widerstehen.

Der elektorale Erfolg der „Alternative für Deutschland“ (AfD) gibt weiterhin Rätsel auf.¹ Bis vor kurzer Zeit hielt sich hartnäckig das Wunschdenken, die neue Rechtsaußenpartei werde das gleiche Schicksal ereilen wie zuvor die Piraten-Partei, die nach einem kurzen Aufflackern relativ schnell wieder in der Bedeutungslosigkeit versank.² Doch entgegen dieser Erwartung konnte sich die AfD weitgehend im Parteiensystem etablieren, ihr gelang schließlich der Einzug in den Bundestag und alle Landtage, teilweise sogar als zweitstärkste politische Kraft.

Zwar sieht es im Bundesland Niedersachsen derzeit keineswegs danach aus, dass die neue Partei rechts der Mitte zur zweitstärksten Kraft werden könne. Die AfD ist im direkten Ländervergleich was die Wahlergebnisse angeht sogar relativ schwach – nicht nur bezüglich eines Ost-West-Vergleiches, sondern auch im Vergleich zu anderen westdeutschen Bundesländern. Dennoch dürfte kaum jemand ernsthaft bestreiten, dass

sich das politische Klima in Niedersachsen in den letzten Jahren verändert hat. Die AfD als Wahlpartei ist dafür zentraler Indikator und zugleich Ausdruck für diese gesellschaftlichen Veränderungen und den möglichen Mentalitätswandel. Unabhängig davon, wie stark diese Partei nun prozentual in gewissen Winkeln des Landes abschneidet (ob nun 6, 7 oder 8 Prozent) – entscheidend ist vor allem, dass sie in nicht unerheblichem Maße für einen Teil der Bevölkerung als wählbare „Alternative“ wahrgenommen wird, allein dies unterscheidet sie schon von anderen Rechtsaußenparteien der letzten Jahre wie beispielsweise der NPD, die in Niedersachsen – gleichwohl sie hier gegründet wurde – nie über einen relativ kleinen Wählerstamm hinausgekommen ist. Dass eine Partei wie die AfD überhaupt über die 5-Prozent-Hürde kommt, wurde vor wenigen Jahren noch für nahezu unmöglich gehalten.³

Einen entscheidenden Beitrag zur Erforschung der politischen Kultur in Niedersachsen hat FoDEx bereits mit dem Niedersächsischen Demokratie-Monitor (NDM) 2019 geleistet.⁴ In dieser repräsentativen Umfrage wurden die Politik- und Gesellschaftsvorstellungen der niedersächsischen Bevölkerung untersucht. Ein zentrales Ergebnis unter vielen war hier auch, dass die AfD entgegen der gängigen Zeitdiagnose eines

1 Wir danken an dieser Stelle dem FoDEx-Fachbereich Rechtsradikalismus (Katharina Trittel, Niklas Knepper, Marie Nolte, Ellen Brühl) für wertvolle Hinweise und Kritik. Außerdem gilt unser Dank Epraxia Dermizaki und Julian Schenke für die Unterstützung bei der statistischen Aufbereitung des Materials sowie Prof. Dr. Steffen Kühnel vom Methodenzentrum Sozialwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen für die Prüfung und Kontrolle der statistischen Auswertungen.

2 Vgl. Nestler, Christian/Rohgalf, Jan: Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 61 (2014), H. 4, S. 389–413.

3 Vgl. Decker, Frank: The „Alternative for Germany“. Factors Behind its Emergence and Profile of a New Right-wing Populist Party, in: German Politics and Society, Vol. 34 (2016), No. 2, S. 1–16.

4 Vgl. Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/Dermizaki, Epraxia: Niedersächsischer Demokratie-Monitor (NDM) 2019, FoDEx-Studie Nr. 2/2019, Göttingen 2019.

gesellschaftlichen „Rechts-Rucks“ keineswegs von dieser politischen Stimmung profitiert. Nach den vorliegenden Daten sind die Bürger Niedersachsens keineswegs „Motor“ einer gesellschaftlichen Radikalisierung, denn laut unserer Umfrage käme die AfD auf nur knapp 6 Prozent. Auch wenn die Partei demnach von der aufgewühlten Stimmung und Unzufriedenheit kaum profitieren kann, zeigt der NDM zugleich, dass die Unzufriedenheit mit Politik und Demokratie in der niedersächsischen Gesellschaft deutlich stärker ausgeprägt zu sein scheint, als man es nur über den Blick auf die – bundesweit zu den niedrigsten gehörenden – Wahlergebnisse der AfD erahnen kann. Gesellschaftliche Verunsicherung und politische Frustration sind jedenfalls relativ stark ausgeprägt, so dass die Partei bei weiterhin schwellenden Krisen in Zukunft davon profitieren könnte. Allein schon aus diesem Grund lohnt es sich, genauer auf die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den AfD-Wählern und den Wählern anderer Parteien zu schauen, auch, um das politische Wählerpotenzial der Partei und dessen Charakteristika abschätzen zu können. Aus diesem Grund werden die Daten des NDM in dieser Studie gezielter auf diese Zusammenhänge hin untersucht. Diese Sekundärauswertung der Monitor-Daten zielt darauf ab, sich mit den bisher zur Verfügung stehenden Daten so nah wie möglich an Einstellungen, Positionen und Motive der AfD-Wählerschaft in Niedersachsen anzunähern.

Die vorliegende Studie setzt sich hierfür zwei Ziele: **Zum einen** systematisiert sie die politischen und kulturellen Entwicklungstendenzen in Niedersachsen, um das politisch-kulturelle „Hintergrundrauschen“, also die aktuelle Grundnervosität von Politik und Gesellschaft, überhaupt erfassen zu können. **Zum anderen** trägt sie alle derzeit zur Verfügung stehenden Daten zum AfD-Wahlverhalten zusammen und kontrastiert dieses Material mit den bisher diskutierten Erklärungsansätzen zum AfD-Erfolg. Es soll also letztlich dem Fragenkomplex nachgegangen werden, von wem die AfD in Niedersachsen unterstützt wird, wo sie gewählt wird, worin die Ursachen hierfür liegen und welche Wahlmotive sich dahinter verbergen können. Die Fragen nach den Ursachen und Konstituierungsbedingungen sowie den Wahlmotiven zählen zu den klassischen Kernanliegen der empirischen Wahl- und Parteienforschung, weshalb

sich diese Studie auch in dieser Forschungsrichtung sieht.⁵ Zwar gibt es inzwischen eine ganze Fülle an Studien und Analysen zur AfD, aber diese sind zumeist entweder eher journalistisch geprägt oder sehr allgemein gehalten und auf die großen Entwicklungslinien der Partei bezogen.⁶ Es liegen hingegen nur wenige systematisch angelegte Untersuchungen zu einzelnen Landesverbänden wie etwa Brandenburg⁷ oder Hessen⁸ vor. Über die AfD in Niedersachsen gib es bisher keine vergleichbaren Studien. Diese Forschungslücke will die vorliegende Studie schließen, indem das politische Phänomen AfD in Niedersachsen analysiert wird. Der Schwerpunkt liegt hierbei weniger auf parteipolitischen oder -theoretischen Ansatzpunkten, sondern auf dem Herausstellen der soziokulturellen Konstituierungsbedingungen und der Spannweite an Wahlmotiven und politischen Einstellungsmustern, die überhaupt erst dazu führen, dass eine Rechtsaußenpartei wie die AfD dieses gesellschaftspolitische Potenzial abrufen kann.

Um diese Fragen beantworten zu können, wird folgendermaßen vorgegangen: Zunächst werden die allgemeinen Entwicklungstendenzen in Politik und Gesellschaft skizziert, besonders die groben Entwicklungslinien der Parteien in den letzten Jahren in Niedersachsen. Im Anschluss erfolgen

-
- 5 Vgl. grundlegend Schumann, Siegfried: Methoden und Methodenprobleme der empirischen Wahlforschung, in: Falter, Jürgen/Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2014, S. 75–107.
 - 6 Vgl. Lewandowsky, Marcel: Literaturbericht: Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 25 (2015), H. 1, S. 119–134.
 - 7 Vgl. Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander: „Ich kenne keine Flügel, ich kenne keine Strömungen. Ich kenne nur die Brandenburger AfD“. Die Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg im Frühjahr 2015, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 221–235.
 - 8 Vgl. Kleinert, Hubert: Die AfD und ihre Mitglieder. Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände, Wiesbaden 2018.

ein kursorischer Überblick über die Entwicklung der AfD in Niedersachsen und ein Versuch, die unterschiedlichen Dimensionen zu skizzieren, wie man den Landesverband politisch einordnen kann. Der Hauptteil der Untersuchung konzentriert sich auf die Beantwortung der Frage, wer im Allgemeinen eigentlich die AfD wählt und wer dies im Besonderen in Niedersachsen tut. Diese auf den ersten Blick relativ einfach klingende Frage entpuppt sich schnell als äußerst komplexe Problematik, deren Beantwortung gerade vor dem Hintergrund der schwierigen Datengrundlage und der umstrittenen Forschungsdebatte alles andere als leicht fällt, wie nachfolgend noch gezeigt wird.⁹ Mit Blick auf die Forschungsdebatte werden zunächst bestimmte Orientierungspunkte identifiziert, die nachfolgend für die Analyse genutzt werden. Hierdurch wird es möglich, in der Sekundärauswertung der Daten des NDM gezielt Hypothesen dazu zu überprüfen, welche Zusammenhänge, Gemeinsamkeiten und Unterschiede es zwischen den in dieser Umfrage offen bekennen-

den AfD-Wählern im Vergleich zu den Wählern der anderen Parteien gibt. Im Anschluss daran werden detailliert die Wahlstrukturmomente und die soziodemographischen Kontextbedingungen für die AfD-Wahlergebnisse bei den letzten Wahlen vergleichend analysiert, in Beziehung gesetzt und danach wiederum auf die aktuelle Forschungsdebatte rückbezogen. Diese verschiedenen Schritte sollen sich am Ende der Untersuchung ineinanderfügen, um ein möglichst aussagekräftiges Panorama über die Konstituierungsbedingungen, Ursachen und das gesellschaftspolitische Potenzial der AfD und ihrer Wählerschaft abzubilden. Denn abseits von moralisierenden Ab- und Ausgrenzungsmechanismen sowie Pathologisierungversuchen ist es vielmehr entscheidend, den politischen wie kulturellen Dimensionen nachzuspüren, die die Wählerschaft der AfD im Inneren umtreiben. Erst auf Grundlage solcher Erkenntnisse kann überhaupt eruiert werden, wie dem Phänomen politisch begegnet werden kann.

9 Siehe zur Diskussion hierzu Manow, Philip: Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2019, S. 70.

2 Politik und Parteien in Niedersachsen

Auf den ersten Blick ist Niedersachsen ein relativ unauffälliges Bundesland – keineswegs so eingekulturell wie Bayern, nicht so eingeschworen und lokalpatriotisch wie das Saarland, auch nicht so egozentrisch, wie man es dem Freistaat Sachsen nachsagt. Das Land Niedersachsen wurde erst 1946 formal gegründet, besitzt allein schon deshalb kaum ein ausgeprägtes „Landesbewusstsein“¹⁰, sondern ist politisch-kulturell geprägt von anderen Entwicklungssträngen, besitzt ganz eigene „landesspezifische Charakteristika“¹¹. Diese Besonderheiten resultieren aus ganz verschiedenen historischen Tendenzen: Angefangen bei der mittelalterlichen welfischen Traditionslinie und dem Herzogtum Braunschweig-Lüneburg, über die Konflikte im 19. Jahrhundert zwischen dem Königreich Hannover und dem Herzogtum Braunschweig bis zu den antipreußischen Affekten nach dem Deutschen Krieg 1866. Auch aufgrund dieser Veränderungen konnte sich mentalitätsgeschichtlich überhaupt kein konstantes Landesbewusstsein entwickeln, es bildeten sich vielmehr kleinteilige regionalkulturelle Einheiten mit je spezifischem Heimatbewusstsein. Davon zeugen

bis heute die unzähligen Heimatvereine, die regionalkulturellen Prägungen und die Präsenz von Sport- und Schützenvereinen in der (ländlichen) Öffentlichkeit. Diese historisch-kulturellen Traditionslinien präformierten entsprechend auch das politische Leben in Niedersachsen.

Das ländlich geprägte Niedersachsen galt lange Zeit als sozialdemokratische Bastion. Niedersachsen war über Jahrzehnte eine SPD-Kaderschmiede, vor allem Hannover war so etwas wie die „Herzkammer der Sozialdemokratie“¹². Von hier kamen oder agierten über die Landesgrenzen hinaus bedeutende Politiker wie Kurt Schumacher, Gerhard Schröder oder Sigmar Gabriel. Ein für die sozialdemokratische Seele besonders wichtiger Grund hierfür liegt in dem hohen Organisationsgrad der Niedersachsen-SPD. Die Sozialdemokraten haben hier ein dicht geflechtes, lokal tief verwurzeltes Organisationsnetz aufgebaut, was sich etwa an der ländervergleichend enorm hohen Machtstellung der Bezirksverbände gegenüber dem Landesverband zeigt.¹³ Nichtsdestotrotz kämpfen die Sozialdemokraten heutzutage auch hier um ihre Stellung. Niedersachsen ist zwar aktuell eines der wenigen Bundesländer, in denen sich die SPD entsprechend der Wahlergebnisse noch als Volkspartei verstehen darf – bei der Landtagwahl 2017 wurde sie mit 36,9 Prozent wieder stärkste Kraft, wozu vor allem der

¹⁰ Reeken, Dietmar von: Ein Land – Viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59–78, hier S. 62.

¹¹ Nentwig, Teresa/Werwath, Christian: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 15–24, hier S. 18.

¹² Micus, Matthias: Die SPD in Niedersachsen. Rote Bastion auf tönernen Füßen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 107–133, hier S. 108.

¹³ Vgl. ebd., S. 117.

zum „Landesvater“ erkorene Stephan Weil beigetragen hat¹⁴ – aber vor allem auf regionaler Ebene kämpft die Partei um ihre Klientelen – und wie alle anderen Parteien auch um ihre lokale Stellung und Basis. Obwohl die Rahmenbedingungen des Landes außerordentlich günstig für die Christdemokratie sind – agrarisch strukturiert, historisch konstante Dominanz in den katholisch geprägten Regionen und eine enorme gesellschaftspolitische Integrationsherausforderung von Flüchtlingen und Vertriebenen vor allem aus Schlesien¹⁵, die nach 1945 fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten – tat sich die CDU in Niedersachsen immer schon schwer.¹⁶ Anders als in anderen Bundesländern präformiert die eigenspezifische Organisationsstruktur aufgrund einer Aufteilung des „Landesverbandes“ CDU in drei Landesverbände (Braunschweig, Hannover und Oldenburg) ganz eigene Parteilogiken. Das niedersächsische Parteienspektrum ist seit der „verzögerten Normalisierung“ (Günter Trittel), also dem nachgeholtten Volkspartei-Bildungsprozess in den 1950er und 1960er Jahren, stark volksparteilich geprägt¹⁷: Das politische Geschehen ist enorm auf die beiden alten Volksparteien SPD und CDU ausgerichtet. Es gibt seither relativ wenige Ausreißer-Wahlergebnisse, die Parteien – sowohl die großen Volksparteien als auch die kleinen Par-

teien – bleiben trotz geringer Verschiebungen zu meist relativ konstant. Diese Parteientendenz bedeutet freilich nicht, dass die kleineren Parteien politisch unbedeutend wären. Die Grünen haben sich in Niedersachsen in den letzten Jahren fest als drittstärkste Kraft etabliert. Denn gerade die lokal-kulturelle und agrarische Prägung des Bundeslandes begünstigt zugleich auch eine gewisse ökologische Sensibilität. Diese Verbindung führte zusammen mit dem Protest gegen die Errichtung einer Entsorgungsanlage für nukleare Brennstoffe in Gorleben und gegen das Kernkraftwerk Grohnde zu einer starken Anti-Atombewegung in Niedersachsen, von der vor allem die Grünen profitieren konnten.¹⁸ Die wechselhafteste Parteientwicklung hat indes die FDP in Niedersachsen durchlaufen. In den 1950er Jahren war die Partei im Spektrum des politischen Rechtsradikalismus angesiedelt, konkurrierte hier mit der 1952 verbotenen SRP und der DRP um die Stimmen im politischen Lager rechts der Mitte.¹⁹ Schließlich gehört auch diese Seite zur Geschichte Niedersachsens: In keinem anderen westdeutschen Bundesland war der politische Rechtsradikalismus so erfolgreich wie hier. Nicht ohne Grund bezeichnete die Historikern Helga Grebing es deshalb als das „Stammland des Nachkriegsrechtsradikalismus“²⁰. Auch diese politisch-kulturellen Traditionslinien wirken in veränderter Form unterschwellig bis heute weiter.²¹ Doch nachdem die FDP damit gescheitert war, das Erbe des politischen Rechtsradikalismus anzutreten bzw. weiterzutragen,

14 Überhaupt zählt Weil zu den beliebtesten Ministerpräsidenten Deutschlands, vgl. o. V.: Forsa-Umfrage: Das ist Deutschlands beliebtester Ministerpräsident, in: Welt, 15.07.2019, URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article196865019/Winfrid-Kretschmann-bleibt-beliebtester-Ministerpraesident.html> [03.02.2020].

15 Vgl. Koß, Michael/Spier, Tim: Das Parteiensystem Niedersachsens, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 291–314.

16 Vgl. D’Antonio, Oliver: Die CDU in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 135–158, hier S. 135.

17 Trittel, Günter J.: Die „verzögerte Normalisierung“: Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit, in: Ucker, Bernd Ulrich et al. (Hrsg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 635–650.

18 Vgl. Klecha, Stephan: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104, hier S. 94.

19 Vgl. Marten, Heinz-Georg: Die FDP in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Hannover 1972.

20 Grebing, Helga: Niedersachsen vor 40 Jahren. Gesellschaftliche Traditionen und politische Neuordnung, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 60 (1988), S. 213–227, hier S. 224.

21 Zur Geschichte der Parteien rechts der Mitte in Niedersachsen seit 1945 vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019, S. 37–85.

schwenkte sie auf eine „sozialliberale Orientierung“²² ein und konnte sich damit zumindest eine Zeit lang als Partei des urbanen Bürgertums profilieren, „bis ihr die Grünen die Stellung als Großstadtpartei streitig“²³ machten. Seither kämpft die FDP als Klientelpartei um ihr Profil, weil sie stetig um den Einzug in die Parlamente bangen muss. Die Partei Die Linke ringt wie in den meisten westdeutschen Bundesländern um ihre gesellschaftspolitische Bedeutung. Sie konnte bisher nur einmal, 2007, in den niedersächsischen Landtag einziehen und hadert seither mit der Fünf-Prozent-Hürde.

Dieser kursorische Überblick verdeutlicht das relativ eingefahrene Parteienspektrum, das aufgrund historischer Entwicklungslinien und politisch-kultureller Trägheitsmomente den Handlungs- und Ermöglichungsspielraum für neue politische Phänomene entsprechend mit- und teilweise vorbestimmt. Die Struktur des Parteienspektrums und die politisch-kulturelle Prägung des öffentlichen Lebens beeinflussen dementsprechend auch die Entwicklung der AfD in Niedersachsen.

22 Klecha: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen S. 104.

23 Ebd.

3 Die Entwicklung der AfD in Niedersachsen

Die „Alternative für Deutschland“ hat sich 2013 vor dem Hintergrund der Euro- und Finanzkrise gegründet. Sie verstand sich zu Beginn als neue politische Oppositionspartei gegen einen als „alternativlos“ wahrgenommenen Politikstil der Bundesregierung. Im Zuge der Eurokrise konnte die neue Partei rechts der Mitte als eine Art „Professorenpartei“ mit Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel oder Joachim Starbatty ein inhaltliches „Alleinstellungsmerkmal“²⁴ entwickeln, indem sie für eine Auflösung des Eurowährungsgebietes plädierte, sich als euro-skeptische Protestpartei und als eine Art „rechte FDP“ gerierte.

Im Frühjahr 2015 wurden deutliche innerparteiliche Konflikte erstmals öffentlich. Diese fanden ihren Ausdruck in einem Wettstreit um die politisch-programmatische Ausrichtung. Dieser Lagerkonflikt wurde einerseits durch Bernd Lucke und einen wirtschaftsliberalen Flügel personalisiert, der die Parteiführung stärker zentralisieren wollte; andererseits durch Frauke Petry und Alexander Gauland und einen sogenannten nationalkonservativen Flügel, der gestützt wurde durch die ostdeutschen Landesverbände von Björn Höcke (Thüringen) und André Poggenburg (Sachsen-Anhalt), die mit der sogenannten „Erfurter Resolution“ innerparteiliche Machtansprüche nach den erfolgreichen Landtagswahlen 2014

stellten.²⁵ Auf dem Essener Bundesparteitag wurde Lucke dann im Sommer 2015 gestürzt, ihm folgten Frauke Petry und Jörg Meuthen als Parteivorsitzende, sodass Lucke mit seinem Unterstützernetzwerk aus der Partei austrat – und mit ihnen etwa ein Viertel der damaligen Parteimitglieder.²⁶

Die AfD schien bis dahin das Schicksal ihrer Vorgängerparteien am rechten Rand zu teilen. Die unter den Erwartungen bleibenden Wahlergebnisse und Umfragewerte, die organisatorischen Lagerkonflikte und die schwindende Wirkungskraft des thematischen Alleinstellungsmerkmals durch partielle Adaption der anderen Parteien hätten wie bei der NPD Ende der 1960er Jahre oder bei den Republikanern Anfang der 1990er Jahre das Ende des Parteierfolgslaufs bedeuten können.

Entgegen der Erwartung vieler Beobachter fiel die Partei 2015 aber gerade nicht in die „politische Bedeutungslosigkeit“²⁷ zurück, sondern setzte trotz der Spaltung zu einem bis

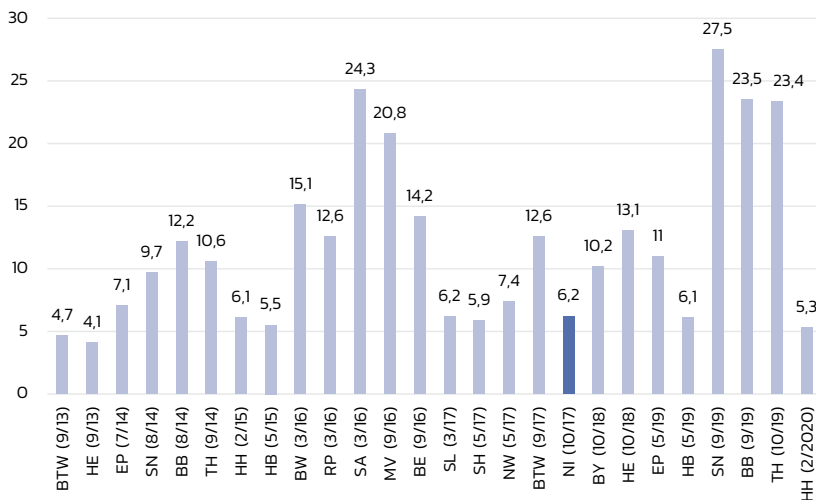
24 Niedermayer, Oskar: Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015, S. 175–207, hier S. 186.

25 Korte, Karl-Rudolf/Leggewie, Claus/Lewandowsky, Marcel: Partei am Scheideweg: Die Alternative der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6/2015, S. 59–67.

26 Jesse, Eckhard: Das Aufkommen der Alternative für Deutschland. Deutschland ist kein Ausnahmefall mehr, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften, Wiesbaden 2019, S. 97–132, hier S. 115.

27 So noch die Erwartung von Naßmacher, Karl-Heinz: Andere Parteien in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 203–226, hier S. 226.

Diagramm 1: AfD-Wahlergebnisse in Bund, Ländern und Europa (2013–2020)



dahin ungeahnten Höhenflug an. Als sich 2015 der Lucke-Flügel abspaltete, schien die AfD zunächst am Boden. Doch das thematische Gelegenheitsfenster der „Flüchtlingskrise“ verschaffte ihr seitdem ein neues Leitmotiv, das Migrations-thema ein neues „Alleinstellungsmerkmal“.

Die Entwicklung der AfD unterscheidet sich spätestens seit diesem Zeitpunkt von den Partei-entwicklungen früherer Vorgängerparteien rechts der Mitte. Diese Besonderheiten lassen sich grob in vier Punkten zusammenfassen: **Erstens** überspringt die Partei nun aus verschiedensten Gründen die traditionellen Hürden und Schwellen scheinbar leichtfüßig (an denen beispielsweise noch die Republikaner gescheitert sind) und ist inzwischen im Bundestag und in allen Landtagen vertreten, sodass die AfD mittlerweile weitgehend als etabliert im Parteienspektrum gelten muss.²⁸ **Zweitens** hat es keine Partei zuvor vermocht, einen thematischen und programmatischen Wandel zu vollziehen, ohne die entsprechende Mitglieder- und Unterstützerbasis einzubüßen. In der bundesrepublikanischen Parteiengeschichte läutete sonst die Erosion des thematischen Allein-

²⁸ Zur Auseinandersetzung um die Etablierungschancen und Herausforderungen der AfD, vgl. Hensel, Alexander/Finkbeiner, Florian et al.: Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition, OBS-Studie, Frankfurt a. M. 2017, S. 72ff.

stellungsmerkmals einer neuen Partei, respektive einer Kleinstpartei, zugleich das Ende der Partei ein, wie es noch vor wenigen Jahren die Piratenpartei traf. Außerdem hat es **drittens** bisher noch keine Partei zuvor geschafft, trotz Parteispaltung in kürzester Zeit dennoch einen neuen elektoralen Erfolgslauf zu starten.²⁹ Eng damit zusammenhängend hat die AfD **viertens** eine relativ ausgeprägte Resilienzskraft entwickelt: Trotz fortgesetzter innerparteilicher Konflikte, seien sie personell (z. B. der Sturz von Frauke Petry 2017) oder programmatisch (z. B. der Unvereinbarkeitsbeschluss mit Kräften wie der Identitäten Bewe-

gung oder die Frage des Umgangs mit Antisemitismus in der Partei wie etwa mit dem baden-württembergischen AfD-Abgeordneten Wolfgang Gedeon), und vor allem trotz unzähliger Skandale und Tabubrüche (z. B. Gaulands „Vogelschiss“-Relativierung oder Höckes Forderung einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“) büßt die Partei in Umfragen kaum an Wählerzuspruch ein. Vielmehr hat es den Anschein, als dass die AfD teilweise *gerade deshalb* noch weitere Zugewinne erzielt, wie es sich beispielsweise bei der Landtagswahl in Thüringen 2019 gezeigt hat, wo die AfD mit Björn Höcke 23,4 Prozent erzielte, obwohl der Landesverband zuvor vom thüringischen Verfassungsschutz als „Prüfball“ eingestuft worden war.³⁰ Unklar ist derzeit (Stand März 2020), wie die Ankündigung des als rechtsextrem eingestuften „Flügels“ sich auf Machtverhältnisse innerhalb der Partei und auf die Wählerschaft auswirken wird.

²⁹ Zur Geschichte der bisherigen Parteien am rechten Rand, vgl. Stöss, Richard: Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 563–618; Steglich, Henrik: Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolgs und Scheiterns, Göttingen 2010.

³⁰ Vgl. Rath, Christian: AfD scheidet mit Klage, in: taz, 20.11.2019.

Die Entwicklung der AfD in Niedersachsen ist besonders durch die internen Machtkämpfe zwischen der amtierenden Landesvorsitzenden Dana Guth und dem abgewählten Landeschef Armin Paul Hampel geprägt worden. Trotzdem stiegen die Mitgliederzahlen des Landesverbandes Niedersachsen seit seiner Entstehung beständig. Zählte der Verband 2013 lediglich knapp 1.400 Mitglieder, so hat sich trotz aller Entwicklungen und Umbrüche die Mitgliederzahl in nur wenigen Jahren auf über 2.800 Mitglieder mehr als verdoppelt. Allein von der absoluten Mitgliederzahl zählt der Landesverband Niedersachsen im Jahr 2019 damit zu den mitgliederstärksten Landesverbänden überhaupt, mehr Mitglieder haben nur Nordrhein-Westfalen (5.100), Bayern (4.900), Baden-Württemberg (4.700) und Hessen (4.900).³¹

Der AfD-Landesverband in Niedersachsen wurde im Frühjahr 2013 in Lüneburg gegründet. Zunächst war er politisch auf den Kurs von Bernd Lucke ausgerichtet. Doch es kam bereits nach der Bundestagswahl 2013, als die Partei den Einzug in den Bundestag noch knapp verpasste, in Verbindung mit Rücktritten von Vorstandsmitgliedern zu Konflikten und Parteistreitigkeiten. In dieser Gemengelage setzte sich Armin-Paul Hampel als neuer Landesvorsitzender durch, der in der Folge versuchte, die Parteistrukturen ganz auf sich auszurichten. Bis zu seiner Abwahl 2018 würde er den tief zerstrittenen Landesverband führen. Die Partei hat in Niedersachsen von Anfang an Probleme, regionale Organisationsstrukturen aufzubauen, sodass sich die wenigen schon konstituierten Organisationseinheiten schnell gewisse innerparteiliche Eigenständigkeiten und Machtbasen erarbeiten können.³² Wie in den meisten anderen AfD-Landesverbänden kam es auch in Niedersachsen zu vehementen innerparteilichen Machtkämpfen. Diese entzündeten sich an Streitfragen nach dem organisatorischen Aufbau auf lokaler und regionaler Ebene, nach dem politischen Führungsanspruch des Landesverbandsvorsitzenden, bzw. wie

stark die Regionalverbände in die Entscheidungsprozesse des Landesverbands eingebunden werden, und nach dem programmatischen Richtungsstreit, der sich beispielsweise an der Frage nach der Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung oder der offenen Parteinahme für den „Flügel“ von Björn Höcke und Andreas Kalbitz zeigt. In manchen Landesverbänden wurden solche Konflikte in der Regel durch einen autoritativen Führungsstil des Landesverbandsvorsitzenden unterdrückt wie etwa in Brandenburg³³ oder durch partielle Zugeständnisse an einzelne Kreisverbände überlagert wie in Rheinland-Pfalz.³⁴ In Niedersachsen hingegen bleiben diese Konflikte weitestgehend bestehen und schwelen weiter. Kam es zu Spannungen, wie etwa im Vorfeld des Landesparteitags im September 2016 in Hannover, übte der Landesvorsitzende vehementen Druck auf die Kreisverbände aus, woraufhin sich diese gegen Hampels Politik stellten. Allerdings war weder die Position von Hampel zu diesem Zeitpunkt so gefestigt, dass er sich ohne großen Widerstand durchsetzen konnte, noch waren die Kreisverbände in der Lage, Hampel abzusetzen.³⁵ Hampel wollte die innerparteilichen Spannungen zwischen Parteiführung und Partebasis autoritativ durchbrechen, indem er die Parteistrukturen selbst neu organisieren wollte. Doch dieser Versuch, die Kreisverbände zu entmachten, scheiterte.³⁶ Sein Führungsanspruch ist umstritten, aber die innerparteilichen Kritiker können sich nicht ausreichend organisieren, sodass der unausgetragene Parteikonflikt zunächst bestehen blieb.³⁷

31 Alle Angaben sind gerundet nach Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2019, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 30, FU Berlin 2019, S. 19.

32 Vgl. Pirkmayr, Ina: Alle gegen die AfD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.09.2016.

33 Kopke/Lorenz: „Ich kenne keine Flügel, ich kenne keine Strömungen. Ich kenne nur die Brandenburger AfD“.

34 Vgl. Hensel/Finkbeiner: Die AfD vor der Bundestagswahl 2017, S. 39.

35 Vgl. Roeser, Rainer: AfD-Verband der Pannen und Skandale, in: Blick nach rechts, 03.01.2018, URL: <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-verband-der-pannen-und-skandale> [21.01.2020].

36 Vgl. Wyputta, Andreas: Missglückter Putsch von oben, in: taz 21.09.2016.

37 Vgl. Bender, Justus: AfD in Niedersachsen: „Über uns könnte man eine Sitcom drehen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.10.2017.

Nach monatelangen Streitereien, parteiinternen Machtkämpfen, Rücktritten und mehreren Austritten enttäuschter Parteimitglieder scheint Hampel dann im Frühjahr 2017 den Machtkampf für sich entschieden zu haben, indem er seine Kritiker auf dem Landesparteitag entweder parteistrategisch ausspielt oder besänftigt, letztlich aber im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt wird.³⁸ Doch kurz darauf kommen mehrere Ereignisse zusammen, die den überformten Parteikonflikt wieder ausbrechen lassen: Zunächst gerät die AfD-Niedersachsen im Juni 2017 in die Öffentlichkeit, als es zu einem kleinen Skandal um gefälschte Briefe bei der Einreichung der Landesliste für die kommende Bundestagswahl kommt.³⁹ Kurze Zeit danach steht der Landesverband in der Kritik aufgrund der Verstrickungen mit rechtsradikalen Kreisen und Organisationen. Es werden nicht nur immer mehr Verbindungen der AfD zu Mitgliedern der Identitären Bewegung bekannt⁴⁰, sondern außerdem wird der schon seit längerer Zeit in der Kritik stehende Lars Steinke zum Vorsitzenden der Jungen Alternative (JA) Niedersachsen, der Jugendorganisation der AfD, gewählt, woraufhin mehrere Mitglieder aufgrund der Parteiradikalisierung austreten.⁴¹ Ein Jahr später wird die JA ihren eigenen Landesverband in Niedersachsen aufgrund ihrer provokativ-radikalen Ausrichtung auflösen, die selbst der Bundes-AfD zu weit ging.

Der Machtkampf eskaliert dann vollends, als Hampels innerparteiliche Gegenspielerin Dana Guth zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2017 gewählt wird, nachdem Hampel erneut in die Kritik geraten war, dass er für die desolate Finanzlage des Landesverbands verantwortlich sei.⁴²

Die erfolgreiche Landtagswahl für die AfD stärkt daraufhin Guths Position gegenüber Hampel, sodass es zum Bruch des Landesvorstands kommt. Ein neuer Parteitag soll die Machtverhältnisse klären, doch Hampel verzögert und verschiebt einen solchen immer wieder, um sich gegen seine innerparteilichen Widersacher zu wappnen. Daraufhin sieht sich gar der AfD-Bundesvorstand gezwungen, den niedersächsischen Landesvorstand komplett zu entmachten und abzusetzen, um die Verhältnisse zu klären.⁴³ Ein kommissarischer Notvorstand leitet daraufhin die niedersächsische AfD, bis im Frühjahr 2018 dann ein Sonderparteitag in Braunschweig einberufen wird. Auf diesem setzt sich Guth schließlich gegen Hampel als neue Landesvorsitzende durch.⁴⁴

Hampel wurde zwar abgewählt, aber er hat weiterhin eine relativ starke Unterstützerbasis in Niedersachsen, denn viele Kreisverbände stellen sich gegen den Kurs von Guth und votieren für eine stärkere Kooperation mit dem sogenannten „Flügel“ der AfD. Zu den engsten Unterstützern von Hampel zählt vor allem der Northeimer AfD-Bundestagsabgeordnete Jens Kestner.⁴⁵ Guth hingegen gilt als Gegnerin des parteiinternen umstrittenen „Flügels“⁴⁶ und ist weiterhin ihrerseits als Führungsperson im Landesverband umstritten. Als Fraktionsvorsitzende sitzt sie heute im Landtag, ihr Widersacher Hampel hingegen im Bundestag. Dieser Dualismus prägt weiterhin den schon seit längerem zerstrittenen Landesverband. So brechen immer wieder neue Streitigkeiten aus dieser Konfliktlinie heraus auf, wie beispielsweise im Sommer 2019 über die Finanzlage des Landesverbandes oder über seine politische Ausrichtung im Zuge der Debatte um die personelle

38 Vgl. Mohaupt, Dietrich: Niedersachsens AfD vor der Zerreißprobe, in: Deutschlandfunk, 24.03.2017.

39 Vgl. Scharpen, Andrea: Fälschungen auf AfD-Website, in: taz, 18.06.2017.

40 Vgl. ARUG: Handreichung zum kommunalpolitischen Umgang mit der AfD in Niedersachsen. Infobroschüre, Wolfsburg 2017.

41 Vgl. Speit, Andreas: Schwund bei der Jungen Alternativen, in: taz, 07.07.2017.

42 Vgl. Kamann, Matthias: Vor dem heißen Herbst wird es bei der AfD unappetitlich, in: Welt, 27.08.2017.

43 Vgl. Bender, Justus: AfD-Landesvorsitzender soll aus dem Amt fliegen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.01.2018.

44 Vgl. Seng, Marco: AfD-Landesvorsitz: Guth siegt in Stichwahl gegen Hampel, in: Hannoversche Allgemeine, 10.04.2018.

45 Vgl. o. V.: Ex-AfD-Chef Hampel attackiert Guth, in: Rundblick Niedersachsen, 03.12.2019, URL: <https://www.rundblick-niedersachsen.de/ex-afd-chef-hampel-attackiert-guth/> [04.12.2019].

46 Ebd.

Rolle von Dana Guth, die auf dem Bundesparteitag im November 2019 als Bundessprecherin kandidieren wollte⁴⁷, letztlich dort aber unterlag. Seit Herbst 2019 stuft das Landesamt für Verfassungsschutz die AfD in Niedersachsen als sogenannten „Prüffall“ ein.⁴⁸ Mit dieser „Verdachtsgewinnungsphase“ gibt sich der Verfassungsschutz eine einjährige Prüfungsphase, ob die AfD als Partei ein Fall für den Verfassungsschutz sein könnte.⁴⁹ Die

weitere Entwicklung der AfD in Niedersachsen wird davon abhängig sein, wie die Partei auf eine solch mögliche Einstufung reagieren wird (gerade vor dem Hintergrund, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz seit März 2020 den „Flügel“ als „rechtsextremistisch“ einstuft) und wie der Führungs- und Machtanspruch in der niedersächsischen AfD weiter ausgetragen wird.

47 Vgl. Seng, Marco: Steht Dana Guth aus Niedersachsen künftig an der AfD-Spitze?, in: Hannoversche Allgemeine, 21.11.2019.

48 Vgl. Speit, Andreas: AfD als Prüffall eingestuft, in: taz, 12.09.2019.

49 Vgl. Henkel, Angelika/Schölermann, Stefan: Verfassungsschutz nimmt Niedersachsen-AfD ins Visier, in: ndr, 11.09.2019, URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Verfassungsschutz-nimmt-Niedersachsen-AfD-ins-Visier,afd2384.html> [19.11.2019].

Wie kann man die AfD politisch einordnen? Was ist für den demokratischen Prozess des Gemeinwesens und den öffentlichen Diskurs gewonnen, wenn man die Partei des „Rechtsextremismus“ überführt? Oder ist sie letztlich doch eine bürgerlich-konservative Partei, wie es Alexander Gauland behauptet?⁵⁰ Über die genaue Einordnung der AfD wird seit Bestehen der Partei gestritten.⁵¹ Am Anfang ging es in der Forschung noch um die Etikettierung der Partei als „rechtspopulistisch“⁵², obwohl dabei von Beginn an unklar blieb, was mit diesem Begriff überhaupt gemeint war.⁵³

Aufgrund der Flügelkämpfe um das Jahr 2015 herum und der entsprechenden Entwicklung der Partei wurde der politisch-programmatische Konflikt zumeist zugespitzt in einer Richtungsentscheidung zwischen Nationalliberalismus und Nationalkonservatismus. Diese Deutung hat allerdings seither an Erklärungskraft eingebüßt, bzw. wird kaum mehr vertreten, nur noch wenige Forscher halten weiterhin an dieser vereinfachenden Zweiteilung fest.⁵⁴ Vielmehr wurde versucht, diese bipolare Aufteilung zu überwinden und beide Stränge unter der Formel einer „nationalpopulistischen Rechtspartei“⁵⁵ zu verbinden, doch auch solche begriffspolitischen Experimente konnten sich nicht durchsetzen. Und so bleibt die Einordnung der Partei weiterhin in der Forschung und in der öffentlichen Debatte umstritten: Je nachdem, welcher Aspekt mit welchem begriffspolitischen

50 Vgl. Bender, Justus: Interview mit Alexander Gauland: „Ich kann ja nichts dafür, wenn einige Leute spinnen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.09.2019, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-vorsitzender-gauland-ueber-die-buergerlichkeit-seiner-partei-16374319.html> [04.02.2020].

51 Vgl. Lewandowsky: Literaturbericht: Eine rechtspopulistische Protestpartei?

52 Decker, Frank: Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 7–23, hier S. 10; Jesse, Eckhard/Panreck, Isabelle-Christine: Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 64 (2017), H. 1, S. 59–76.

53 Grundlegend zur Auseinandersetzung um die verschiedenen Populismusbegriffe vgl. Puhle, Hans-Jürgen: Zwischen Protest und Politikstil:

Populismus, Neo-Populismus und Demokratie, in: Werz, Nikolaus (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003, S. 15–43. Zu den verschiedenen Deutungen und historischen Dimensionen vgl. Münkler, Herfried: Populismus, Eliten und Demokratie. Eine ideengeschichtlich-politiktheoretische Erkundigung, in: Totalitarismus und Demokratie, Jg. 8 (2011), H. 2, S. 195–219.

54 Karin Priester unterscheidet noch im Jahr 2019 die zwei Hauptströmungen in der AfD zwischen den „Nationalliberalen“ und den „Nationalkonservativen“, Priester, Karin: Die Alternative für Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 67 (2019), H. 3, S. 443–453, hier S. 448.

55 Botsch, Gideon: Populismus plus Programm: Das Dilemma der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2016, S. 9–12, hier S. 9.

Inventar betont wird, kommt man zu teils ganz unterschiedlichen Bewertungen. Insofern gleich vorweg: Die AfD ist derzeit nicht eindeutig einzuordnen, weil sich unter dem Schirm der Partei noch unterschiedliche politische Strömungen versammeln, zumal sich die Partei bereits in ihrer kurzen Geschichte in mehrfacher Hinsicht gewandelt hat und aller Voraussicht nach aufgrund von anstehenden Richtungsentscheidungen (Stichwort: Fundamentalopposition oder realpolitische Koalitionsfähigkeit) auch noch weiter wandeln wird. Hilfreich ist in diesem Fall ein Blick auf das kleine Einmaleins der Parteienforschung. Diese unterscheidet bekanntlich zur Einordnung zwischen den Ebenen der a.) Funktionäre und Mitglieder, b.) Wähler und c.) Partei und Programmatik.

A. Über die Ebene der Parteifunktionäre liegen kaum Untersuchungen vor. Die wenigen existierenden Analysen zeigen vor allem personelle Verbindungen von Funktionären in rechtsradikale Kreise⁵⁶, auch wenn sich diese Untersuchungen vor allem auf die bekannteren Vorfälle und Personen beziehen und keineswegs beanspruchen können, *die* Funktionärebene insgesamt abdecken zu können.⁵⁷ Über die Mitglieder sind bis heute kaum valide Untersuchungen durchgeführt worden. Die wenigen existierenden Studien sind entweder nur sehr eingeschränkt aussagekräftig und keineswegs repräsentativ oder sie beschränken sich schon vom Grundsatz her nur auf einen begrenzten Bereich. Die Herausforderung hierbei liegt darin, wie Hubert Kleinert in seiner AfD-Mitgliederstudie bemerkt, das enorme Misstrauen der Parteifunktionäre

zu zerstreuen, weil kaum anders an die Mitglieder heranzukommen ist.⁵⁸

- B.** Heftig diskutiert wird ebenfalls die Einordnung der Ebene der Wähler.⁵⁹ Doch auch über die Wählergruppen liegen nur wenige Analysen vor oder diese sind nur eingeschränkt aussagekräftig. Wie im Folgenden noch dargelegt wird, bleibt es nach aktuellem Forschungsstand weiterhin unklar, welche politischen Ansichten die Wähler der AfD vertreten und welche Motive sich hinter ihrer Wahlentscheidung genau verbergen.
- C.** Die Ebene der Partei und Programmatik ist diejenige, die in der Regel in der Öffentlichkeit am meisten diskutiert wird. Allerdings ist die „Alternative für Deutschland“ keine politisch homogene Partei (ebenso wenig wie die ehemaligen Volksparteien). In ihr versammeln sich ganz unterschiedliche Strömungen, die politisch zum Teil auch konträre Vorstellungen haben. So gab es vor allem auf programmatischer Ebene zu Beginn der Parteientwicklung einige „marktliberale Positionen“⁶⁰. Diese wirtschaftsliberalen Elemente und Versatzstücke gibt es weiterhin in der AfD-Programmatik, aber diese sind inzwischen – vor allem seit der Abspaltung des wirtschaftsliberalen Flügels um Bernd Lucke nach 2015 – entweder überformt und eingebunden oder stehen nur noch lose neben nationalliberalen und völkischen Positionen.⁶¹ In einigen Fällen widersprechen sich diese Positionen auch in bestimmen

⁵⁶ Siehe hierzu beispielsweise die Recherche zur AfD im Bundestag, vgl. Gürgen, Malene/Jakob, Christian/Orde, Sabine am: Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag, OBS-Arbeitspapier 30, Frankfurt a. M. 2018.

⁵⁷ Siehe dazu etwa die Analyse der Profile der AfD-Landtagsabgeordneten, die vor allem den christdemokratischen Hintergrund vieler Funktionäre betont, vgl. Schroeder, Wolfgang et al.: Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, WZB-Discussion Paper 102, Berlin 2017, S. 21.

⁵⁸ Vgl. Kleinert: Die AfD und ihre Mitglieder, S. 54.

⁵⁹ Vgl. Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen: Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 47 (2016), H. 2, S. 267–284; Lengfeld, Holger/Dilger, Clara: Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 47 (2018), H. 3, S. 181–199.

⁶⁰ Niedermayer/Hofrichter: Die Wählerschaft der AfD, S. 270.

⁶¹ Zum „Volks“-Begriff der AfD, der Ethnisierung des Volkes und dessen Bedeutung für die

Themenfeldern, wie in der weiterhin schwellenden Konfliktlinie bezüglich der politischen Ausrichtung in der Sozialpolitik, bzw. besonders in der Rentenfrage.⁶² Daneben gibt es aber auch durchaus konservative Elemente auf programmatischer Ebene, etwa in der Familien- und Kinderpolitik.⁶³ Doch eben jene einzelnen Versatzstücke sind verbunden mit nationalkonservativen, geschichtsrevisionistischen und national-chauvinistischen Positionen, wie es etwa schon das Bekenntnis zur deutschen „Kulturnation“⁶⁴ im Bundestagswahlprogramm 2017 anzeigt. Der Begriff der „Kulturnation“ (in Anlehnung an die begriffliche Unterscheidung des Historikers Friedrich Meinecke zur „Staatsnation“) wird von der AfD wörtlich genommen, denn die deutsche Kultur zeichne sich primär durch die „über Jahrhunderte gewachsene deutsche Sprache“⁶⁵ aus. Die Partei verbindet in ihrem Programm damit völkische Konnotationen, wenn sie aus dieser „Kulturnation“ eine sprachlich, kulturell und politisch homogene „deutsche Leitkultur“ ableitet.⁶⁶ In der Programmatik zeigen sich auch deutliche Bezugspunkte zu einem offenen Geschichtsrevisionismus als Relativierung der deutschen Geschichte: Paradigmatisch hat dies Alexander Gauland vorgeführt, als er in einem Interview mit der *Zeit* davon sprach, dass Hitler den Deutschen das Rückgrat gebrochen

habe.⁶⁷ Er meinte hierbei den fehlenden Nationalstolz, der sich seiner Ansicht nach nur unzureichend durch eine Abgrenzung vom Nationalsozialismus bilden könne. Zugleich spielt er hierbei aber auch darauf an, dass „Auschwitz“ nur als Last der Geschichte und Gegenwart empfunden werde – und deshalb wohl auch in Vergessenheit gehöre. Schließlich fügte Gauland später selbst hinzu, dass der Nationalsozialismus und Hitler nur ein „Vogelschiss“⁶⁸ in der deutschen Geschichte seien.⁶⁹ An solchen Positionen wird darüber hinaus mehr als nur ein latenter Antisemitismus erkennbar.⁷⁰ Das zentrale politische Ziel der AfD ist, wie sie auch in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2017 festhält, der „Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“⁷¹. Doch diese kulturelle Einheit werde durch die „Ideologie des Multikulturalismus“ gefährdet, weil hierdurch die „deutsche kulturelle

völkische Radikalisierung der AfD, siehe Wildt, Michael: Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017.

62 Vgl. Orde, Sabine am: AfD sucht nach Rentenkompromiss. Neoliberal oder deutsch-national?, in: taz, 31.01.2020.

63 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, S. 37ff.

64 Ebd., S. 47.

65 Ebd.

66 Ebd.

67 Vgl. Ulrich, Bernd/Geis, Matthias: „Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen“, Interview mit Alexander Gauland, in: Die Zeit, 14.04.2016, URL: <https://www.zeit.de/2016/17/alexander-gauland-afd-cdu-konservatismus> [15.02.2020].

68 Kaube, Jürgen: Gaulands Geschichtsverständnis: Erfolgshistory, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.06.2018, URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/die-aeusserung-von-alexander-gauland-zur-ns-zeit-15622713.html> [12.02.2020].

69 Im Bundestagswahlprogramm 2017 heißt es: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiv identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ (Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 48).

70 Der Antisemitismus kann in diesem Rahmen nur cursorisch angedeutet werden, ausführlicher hierzu etwa Grimm, Marc/Kahmann, Bodo: AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität, in: Grigat, Stephan: AfD & FPÖ: Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 41–59.

71 Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 47.

Identität“ bedroht sei.⁷² Die Partei inszeniert sich also als Phalanx zur Verteidigung dieser sogenannten „deutschen Identität“. In dieser politischen Vorstellungswelt müsse also das kulturelle Gebilde Deutschland nicht einfach nur bewahrt, sondern es müsse wiederhergestellt werden – zurück zu einem vermeintlich vormaligen Zustand vor dem „links-rot-grün verseuchte[n] 68er-Deutschland“⁷³, wie es Jörg Meuthen nannte. Allein hieran wird schon ersichtlich, dass die bürgerlich-konservativen Lippenbekenntnisse letztlich reaktionäres Gebaren sind.⁷⁴

Die Einordnung einer Partei als „rechtsradikal“ oder gar „rechtsextrem“ birgt politische Sprengkraft, denn eine solche Deutung kann entsprechende Auswirkungen auf die politisch-mediale und -kulturelle Verhandlung und auf die weitere Entwicklung einer Partei haben. Zunächst einmal ist zu konstatieren, dass sich aus unserer forschungspraktischen Sicht eine Parteieinordnung als „rechtsextrem“ (oder nicht) grundsätzlich verbietet, wenn unter „Rechtsextremismus“ Gesinnungen verstanden werden, die auf die aktivistische, gewaltorientierte Handlung abzielen und sich kollektiv in Zusammenschlüssen organisieren. Eine solche Bewertung in der sicherheitspolitischen Logik, welche „Handlung“ inwiefern als „gefährdend“ einzuschätzen ist oder nicht, kann erstens im Rahmen unserer Untersuchung nicht geleistet werden und zweitens erscheint sie für

dieses Vorhaben auch nicht zielführend. Viel entscheidender ist für unseren Zusammenhang die Frage nach der Rechtsradikalismus-Einordnung. Versteht man „Rechtsradikalismus“ als ein historisch-kulturelles und politisch spezifisches Ensemble von politischen Einstellungen und Mentalitäten, in dessen Zentrum „autoritäre Politik- und Gesellschaftsvorstellungen (etwa Antiliberalismus, Rassismus, Geschichtsrevisionismus) [stehen], die auf die Wiederherstellung imaginierter vordemokratischer Zustände zielen“⁷⁵, kann viel stärker und tiefergehend etwas über das gesellschaftliche Potenzial und die politisch-kulturelle Empfänglichkeit der Mehrheitsgesellschaft für rechtsradikale Versprechungen ausgesagt werden.⁷⁶ Kurzum: Mit einem solchen „Rechtsextremismus“-Begriff können Randmarkierungen zu einer „demokratisch“ legitimierten Grenze gezogen werden, womit zumeist⁷⁷ die freiheitlich-demokratische Grundordnung (fdGO) gemeint ist.⁷⁸ Wenn man aber nicht an einer solchen Grenzziehung interessiert ist, sondern sich vielmehr für das „rechtsradikale Denken“ (Iring Fetscher) und die potenzielle Empfänglichkeit gewisser Teile der Gesellschaft für rechtsradikale Versprechungen (Theodor W. Adorno) interessiert, bietet sich der „Rechtsradikalismus“-Begriff viel eher an, weil er erstens nicht auf die sicherheitspolitische Logik abzielt und zweitens keinen entsprechend

72 Ebd.

73 Lucke, Albrecht von: Gegen '68: Grün-Schwarz und der Kulturkampf der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2016, S. 5–8, hier S. 5.

74 Das Landesprogramm der AfD Niedersachsen unterscheidet sich in den zentralen Grundlinien kaum vom Bundestagswahlprogramm, weshalb in diesem Rahmen auf nähere Ausführungen hierzu verzichtet werden kann. Die AfD Niedersachsen bekennt sich ebenfalls zur „Kulturnation“ (Alternative für Deutschland: Niedersachsen. Unsere Heimat. Unsere Zukunft. Landesprogramm des Landesverbandes Niedersachsen der Alternative für Deutschland, beschlossen auf dem Landesparteitag der AfD Niedersachsen am 6. und 7. Mai 2017 in Hannover, S. 77) und verschreibt sich dem Kampf um die Erhaltung der deutschen Identität und der „deutschen Leitkultur“ (ebd., S. 10).

75 Vgl. Fodex-Forschungsperspektive, in: fodex-online, URL: <https://www.fodex-online.de/ueber-fodex/#prime> [10.02.2020].

76 Vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina: Politische Kulturforschung als Zugang zur Analyse rechtsradikaler Bewusstseinsformen, in: Demokratie-Dialog 4/2019, S. 57–64.

77 Es gibt auch Stimmen im Forschungsfeld, die sich der Problematik einer Konnotation des Begriffes im Paradigma der Verfassungsschutzbehörden bewusst sind, indes trotzdem für die Verwendung des Begriffes plädieren, vgl. beispielsweise Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2014, S. 16f.

78 Vgl. Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 13.

vergleichbaren exklusiven Charakter hat.⁷⁹ Ganz abgesehen davon ist aber selbst in der Logik der Extremismusforschung die Einordnung der Partei als „rechtsextrem“ umstritten, weil die AfD (noch) nicht vergleichbar sei mit der „rechtsextremistischen“ NPD.⁸⁰ Eckhard Jesse urteilt, dass sich die AfD zwar in den letzten Jahren programmatisch weiter nach rechts entwickelt habe, „[g]leichwohl ist sie im Kern trotz Radikalisierung keine extremistische Partei – jedenfalls bejaht der überwiegende Teil der politisch Verantwortlichen den demokratischen Verfassungsstaat“⁸¹. Die AfD ist programmatisch aber auch keineswegs bürgerlich-konservativ.⁸² Partei und Parteifunktionäre wie Alexander Gauland nutzen vielmehr aus taktischen Gründen den Deckmantel des Konservativen, um an das bürgerliche Lager anschlussfähig zu bleiben und um national-chauvinistischen Inhalt zu bedecken.⁸³ In programmatischer Hinsicht spricht einiges dafür, die AfD zumindest tendenziell zwischen nationalkonservativ, deutschnational und rechtsradikal einzustufen.⁸⁴

Die Bedeutung der unterschiedlichen Dimensionen einer Einordnung erscheint aber gerade deshalb so wichtig, weil allein durch die Kategorisierung der Partei in programmatischer Hinsicht für das Verständnis der politisch-kulturellen Umbrüche und den AfD-Wahlerfolg noch relativ wenig gewonnen ist. Denn auch wenn die AfD keine genuin konservative Partei ist, kann sie sehr wohl eine Partei mit konservativen Mitgliedern und vor allem mit bürgerlich-konservativen Wählern sein. Vor allem die Ereignisse rund um die Regierungsbildung in Thüringen zu Beginn des Jahres 2020, als ein FDP-Kandidat mit Stimmen von FDP, CDU und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde und kurz darauf infolge einer bundesweiten Empörungswelle wieder zurücktrat, haben den „Burn-out des bürgerlichen Lagers“⁸⁵, der sich schon seit Jahren abzeichnete, für jeden offensichtlich werden lassen. Die politisch-geistige Verwahrlosung und die mangelnde parteipolitische Repräsentation von bürgerlichen, konservativen, traditionellen und überhaupt kleinbürgerlichen Kreisen der Gesellschaft – inklusive deren politischen Vorstellungswelten und Wahlmotiven – sind in den letzten Jahren viel zu wenig berücksichtigt und erforscht worden. Es ist entscheidend, die Situation nachzuvollziehen, in der sich das bürgerliche Lager in Deutschland heutzutage befindet (und ob es diese „Bürgerlichkeit“ überhaupt noch gibt), und die dafür gesorgt hat, dass diese gesellschaftlichen Kreise zumindest potenziell empfänglich sind für die Verheißungen der AfD.⁸⁶ Die nachfolgenden Wahl- und Wähleranalysen zeigen, dass die AfD – auch in Niedersachsen – in *allen* Teilen und Berufsgruppen der Gesellschaft Zuspruch erfährt.

79 Vgl. Fetscher, Iring: Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik, in: ders. (Hrsg.): Rechtsradikalismus, Frankfurt a. M. 1967, S. 11–29, hier S. 14; Adorno, Theodor W.: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag, Berlin 2019.

80 Pfahl-Traughber, Armin: Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive, Wiesbaden 2019, S. 41.

81 Jesse: Das Aufkommen der Alternative für Deutschland, S. 124–125.

82 Siehe zu dieser Einordnung etwa Caspari, Lisa: „Eine Neuwahl wäre für Deutschland wohl die beste Lösung“. Interview mit Andreas Rödder, in: Zeit Online, 10.02.2020, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/andreas-roedder-cdu-neuwahlen-bund-konservativismus-forscher/komplettansicht> [11.02.2020].

83 Siehe zu dieser Einordnung im Zusammenhang mit dem Wandel des Konservatismus, Finkbeiner, Florian: Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung. Zum Wandel des konservativen Nationsverständnisses nach der deutschen Vereinigung, Bielefeld 2020 (i. E.).

84 Vgl. Pfahl-Traughber: Die AfD und der Rechtsextremismus; Niedermayer: Eine neue Konkurrentin

im Parteiensystem?; Decker: Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung.

85 Vgl. Walter, Franz: Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbildung, Frankfurt a. M. 2008, S. 138–181.

86 Vgl. Dieckmann, Cornelius: „Die Grenzen zum Terror sind dabei fließend“. Interview mit Claus Legewie, in: Süddeutsche Zeitung, 13.02.2020, URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/nachwahl-in-thueringen-die-grenzen-zum-terror-sind-dabei-fluessend-1.4794824> [15.02.2020].

5 Annäherungen an das Profil der AfD-Wähler in Niedersachsen

5.1 Zur Forschungsdebatte: Wer wählt warum die AfD?

Es ist weiterhin unklar, warum die AfD eigentlich so erfolgreich ist. Im Folgenden werden daher zunächst die verschiedenen aktuellen Erklärungsversuche für die AfD-Wahlerfolge diskutiert, um im Anschluss die aktuelle Kontroverse über die AfD-Wahlmotive skizzieren zu können. Das Vorgehen orientiert sich an der empirischen Wahl- und Parteienforschung. Eike Hennig pointierte die Bedeutung von Wahlanalysen einmal folgendermaßen: Die Wahlanalyse ist „aus interpretativer Sicht [...] lediglich Mittel zum Zweck“, sie ist die „analytische Vorarbeit vor den analysengeleiteten Erklärungsversuchen, welche ohne die Vorschaltphase aber in Gefahr stehen, zu völlig beliebigen und subjektiven bzw. schulengebundenen Verstehensakten und Sinnrekonstruktionen zu verkommen.“⁸⁷ Zwar beziehen sich diese Anmerkungen zunächst einmal auf die Erklärungsversuche für die Konsolidierung bestimmter sozialmoralischer Milieus (M. Rainer Lepsius) und darauf aufbauend auf die regional unterschiedlichen Parteierfolge beispielsweise der NSDAP.

Aber diese Einsicht kann sicherlich verallgemeinert werden. Denn „Parteien sind Agenten von Milieus, aber ein Milieu kann als überparteilicher Sozialzusammenhang unterschiedliche Parteien gleichermaßen bestimmen.“⁸⁸ Indem also die Momente identifiziert werden, die Menschen dazu bewegen, die AfD zu unterstützen, kann überdies vertiefend etwas darüber ausgesagt werden, was Menschen (noch vorgeschaltet vor dem eigentlichen Wahl- oder Parteiunterstützungsakt) politisch bewegt und umtreibt.

Zunächst also geht es darum, einen forschungspraktischen Zugriff auf das politisch-soziale Phänomen des Wahlverhaltens zu erhalten: Es kursieren ganz unterschiedliche Erklärungsansätze, um Wahlpräferenzen für Parteien zu bestimmen. Entscheidend ist hierbei, auf welcher Ebene diese Erklärungsansätze ansetzen, bzw. welchen Punkt in der Kette der Wahlentscheidung sie zu bestimmen versuchen. Eine klassische Einteilung aus der Wahl- und Parteienforschung bestimmt für die Analyse des Wahlverhaltens drei Ebenen (Partei-, Kandidaten- und Sachthemen-Orientierung).⁸⁹ Mit diesem Einteilungsmodell lässt sich zugleich auch das jeweilige Wählerpotenzial von Parteien einordnen. Grundlegend ist

⁸⁷ Hennig, Eike: Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: Die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: Best, Heinrich (Hrsg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 119–154, hier S. 132.

⁸⁸ Ebd., S. 151.

⁸⁹ Vgl. Gabriel, Oscar W.: Parteiidentifikation, Themen- und Kandidatenorientierungen, in: ders./Niedermeier, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 228–249.

dabei die Bedeutung sogenannter „Ebenen“ oder „Dimensionen“, die das Wahlverhalten bestimmen und auf bzw. in denen sich unterschiedliche Entwicklungen abspielen: Die erste Ebene betrifft die **Partei-Orientierung** bzw. Parteiidentifikation. Sie zeigt den langfristigen Grad an Stammwählern und verlässlicher Basis an. Für kleine Parteien liegt hier die Schwelle zur Etablierung. Die Parteiidentifikation ist vor allem für große, respektive Volksparteien entscheidend, denn die Lagerbindungen und Loyalitäten der Stammwählerschaften verschaffen den Parteien eine stabile Basis und ermöglichen einen gewissen Handlungsspielraum für die Parteien. Allerdings wird schon seit Jahren ein Rückgang der Parteiidentifikation festgestellt, der das politische Parteienspektrum insgesamt erfasst.⁹⁰ Auch für kleinere Parteien sind diese Parteibindungen bedeutend, allerdings in wesentlich kleinerem Umfang und vor allem wesentlich schwieriger herzustellen. Die zweite Ebene bestimmt die sogenannte **Kandidaten-Orientierung**.⁹¹ Sie ist kurzfristig angelegt und vor allem im Wahlkampf für die großen Parteien bedeutend. Mit einem unbeliebten Spitzenkandidaten hat eine Partei in der Regel schlechte Chancen auf einen Wahlerfolg. Und die dritte Ebene ist die **Sachthemen-Orientierung**. Sie ist besonders kurzfristig, unterliegt thematischen Moden und ist fluide. Keine dieser Ebenen kann allein für sich genommen jeweils den Wahlerfolg von Parteien ausreichend erklären, anhand eines Vergleichs der Ebenen lassen sich allerdings übergreifend die strukturellen Unterschiede zwischen den Parteien anzeigen. Mit diesem Wahlverhaltensmodell werden auch Wahlerfolge für Parteien rechts der Mitte analysiert, bzw. wird diese Ebenen-Einteilung zur Hilfe genommen, um die inneren Entwicklungstendenzen einer entsprechenden Partei

einzufragen.⁹² Dieses grobe Ebenen-Modell wird im weiteren Verlauf die Untersuchung vorstrukturieren. Hierdurch wird es möglich, einen Überblick über die Forschungsdebatte und gleichzeitig einen Zugriff auf das Phänomen des AfD-Wahlerfolgs zu erhalten. Kurzum: Mithilfe dieser Ebenen kann sich der **Black-Box** AfD-Erfolg systematisch angenähert werden.

Betrachten wir nun das Profil der AfD-Wähler: Dabei muss natürlich zunächst eingeschränkt werden, dass die aktuellen Untersuchungen hierzu lediglich mit den Daten von 2016 und 2017, teilweise bis 2018, arbeiten. Das bedeutet, wenn über die *aktuelle* Forschungsdebatte gesprochen wird, geht es zumeist um die Beschreibung *zeitlich zurückliegender* Phänomene. Dieser Umstand ist strukturell bedingt ein normaler Modus in der Forschungslandschaft. Aber gerade für aktuell hochumstrittene Thematiken wie dem AfD-Erfolg scheint ein solcher Hinweis doch angebracht. Denn damit wird schon angezeigt, dass es ein immanentes Spannungs- und Wechselverhältnis gibt zwischen dem Wandel des empirischen Phänomens und dem Forschungsergebnis samt dem daraus resultierenden Erklärungsversuch. Dies ist zugleich schon ein entscheidender Punkt in der Forschungsdebatte, denn die AfD-Wählerschaft hat sich im Laufe der noch jungen Entwicklungsgeschichte der Partei seit 2013 gewandelt. Darüber hinaus deuten die aktuellen Erhebungen über das Sozioprofil der AfD-Wähler- und Anhängerschaft auf zwei allgemeine Tendenzen bezüglich des Geschlechts und des Alters hin: Das AfD-Wählerprofil ist vor allem männlich und mittleren Alters. Deutlich mehr als die Hälfte der AfD-Wähler sind in der Regel Männer. Der größte Anteil der Wählerschaft ist in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen zu finden, während die geringste

⁹⁰ Vgl. Gabriel, Oscar W./Keil, Silke I./Thaidigsmann, S. Isabell: Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidungen bei der Bundestagswahl 2005, in: Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard/Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2009, S. 267–303, hier S. 268.

⁹¹ Vgl. ebd.

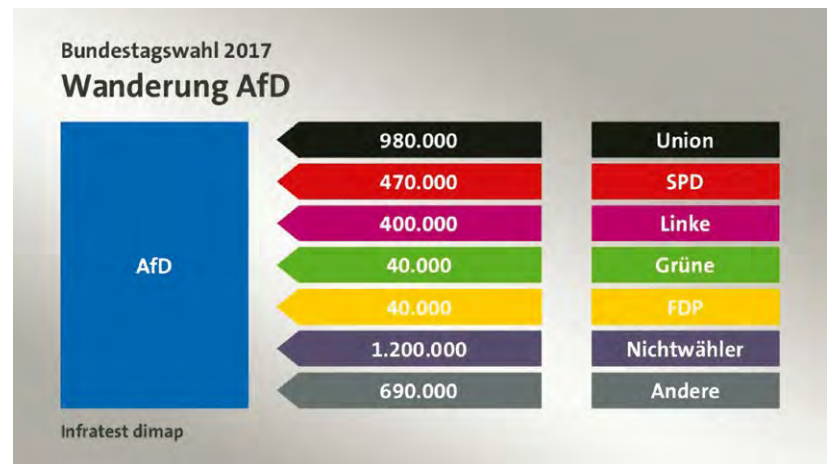
⁹² Andere Erklärungsmodelle verhandeln Wahlentscheidungen zwar teilweise mit anderen Begrifflichkeiten, folgen aber der gleichen Logik, siehe dazu etwa die Analyse von Schmitt-Beck, van Deth und Staudt, die die Wahlentscheidung für die AfD anhand einer Vermittlungskette mit drei Partialmodellen und deren Wirkung auf Wahlentscheidung untersucht, vgl. Schmitt-Beck, Rüdiger/Deth, Jan W. van/Staudt, Alexander: Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 27 (2017), H. 3, S. 273–303.

Zustimmung, so eine Untersuchung von 2016, bei den Jüngeren (18 bis 24 Jahren) liegt.⁹³ Bezüglich der Bildungsabschlüsse lässt sich zumindest ein tendenzieller Wandel im Sozioprofil ablesen⁹⁴: Während Untersuchungen von 2014 und 2015 vor allem auf niedrige bis mittlere Bildungsabschlüsse hindeuteten, hat sich dieses Verhältnis inzwischen verschoben, da der Anteil an mittleren und höheren Bildungsabschlüssen immer weiter steigt. Aktuelle Studien bemessen den Anteil der AfD-Wähler mit „hohem Schulabschluss“ bei etwa einem Viertel bis einem Drittel⁹⁵, wobei hier anzumerken ist, dass sich die Vergleichswerte der Studien teils unterscheiden, je nachdem was unter einem „hohen Schulabschluss“ verstanden wird.

Woher kommen aber die AfD-Wähler parteipolitisch und was haben sie vorher gewählt? Die parteipolitische Herkunft des größten Anteils der Wählerschaft war zu Beginn vor allem die FDP, die Gruppe der Kleinparteien und der Nichtwähler, aber in Relation je nach Wahl und Zeitpunkt gab es von Beginn an auch relativ große Anteile von CDU und der Linken.⁹⁶ Diese Tendenz hat sich im Laufe der

Parteienentwicklung verändert: Den nominal größten Anteil machen die ehemaligen Nichtwähler und CDU-Wähler aus, gefolgt von den Linkspartei-Wählern, die in absoluten Zahlen zwar weniger Wähler an die AfD abgegeben haben als die Sozialdemokraten, aber im Vergleich zur Partei- und Wählergröße der SPD natürlich prozentual mehr abgeben mussten.

Schaubild 1: Parteipolitische Herkunft der AfD-Wähler



Quelle: Infratest dimap für Tagesschau, URL: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/analyse-wanderung.shtml> [27.01.2020].

Der für das Sozioprofil der Partei wohl entscheidendste Punkt ist die soziale Gruppierung der Wählerschaft nach Berufsgruppen. Denn aus der (vermeintlich) sozialen Schichtung werden in der politischen Debatte unmittelbar gewisse Erklärungsmuster abgeleitet, wie die populäre Schnellschuss-Erklärung, dass es Arme, Schlechtverdienende, Arbeiter und/oder Sozial-Abgehängte seien, die der Partei vor allem ihre Stimme geben würden. Dabei muss von vorneherein konstatiert werden: Es gibt nicht *die eine* Berufsgruppe, die die AfD-Wählerschaft ausmacht. Vielmehr speist sich das Elektorat aus allen sozialen Schichten und Berufsgruppen.⁹⁷ Zwar ist der Anteil an Arbeitslosen und Arbeitern am höchsten, aber inzwischen finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen AfD-Anhänger, wobei es – so die Analyse von Schmitt-Beck – vor allem Angehörige

⁹³ Niedermayer/Hofrichter: Die Wählerschaft der AfD, S. 273.

⁹⁴ Vgl. Kroh, Martin/Fetz, Karolina: Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, in: DIW-Wochenbericht Nr. 34/2016, S. 711–719.

⁹⁵ Hambauer, Verena/Mays, Anja: Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 12 (2018), H. 1, S. 133–154, hier S. 141.

⁹⁶ Vgl. Schmitt-Beck, Rüdiger: Wähler und Parteien bei der Bundestagswahl 2017: Eine Analyse des Entscheidungsverhaltens auf Basis von Paneldaten der *German Longitudinal Election Study*, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, Jg. 15 (2017), H. 4, S. 627–656, hier S. 631.

⁹⁷ Vgl. Nickel, Carsten: Populismus, Politikwissenschaft und die Zukunft der Sozialdemokratie, in: Leviathan, Jg. 48 (2020), H. 1, S. 59–69, hier S. 60.

des alten Mittelstands der Selbstständigen und Landwirte sowie Arbeiter seien.⁹⁸ Auch Holger Lengfeld betont, dass es keineswegs klassische „Modernisierungsverlierer“ der unteren Statuslagen seien, die die AfD wählen würden, weil ein relativ großer Anteil der Wählerschaft besser Verdienende seien.⁹⁹ Niedermayer und Hofrichter zufolge stieg von 2013 bis 2016 die „Affinität der Arbeiterschaft zur AfD“¹⁰⁰ kontinuierlich, aber auch sie kommen zu dem Ergebnis, dass der größte Anteil der AfD-Wählerschaft vor allem Angestellte seien.¹⁰¹ Diese teils unterschiedlichen Urteile zeigen schon, dass die genaue Verteilung umstritten ist, einerseits liegt dies (wie oben bereits angedeutet) an den zeitlichen Entwicklungstendenzen, andererseits an teils erheblichen Unterschieden je nach Region und Bundesland. Zum Beispiel unterscheiden sich die soziostrukturellen Zusammensetzungen der AfD-Wählerschaft zwischen Ost und West. Während im Westen ein deutlicher Männer-Überschuss weiterhin feststellbar ist, relativiert sich dieses Übermaß im Osten. Eine ähnliche Tendenz ist für den Bildungsgrad und das Einkommen der ostdeutschen Wähler festzustellen.¹⁰² Von der groben Tendenz her ist die Partei, wie Bergmann, Diermeier und Niehus festhalten, „im Durchschnitt heute zweifelsohne sozio-demographisch eine Partei der Mitte“¹⁰³.

Um nun Aussagen über das Sozioprofil hinaus treffen zu können, also um etwas über die parteipolitische Bedeutung aussagen zu können, wird auf das oben skizzierte Wahlentscheidungsmodell zurückgegriffen. Ein Blick auf die Ebenen-Einteilung verdeutlicht eine parteipolitische Veränderung in der Wählerschaft, die quer zum Wandel der AfD-Wählerschaft aus Sicht des Sozioprofils liegt. Auf den ersten Blick erfolgte die Wahlentscheidung für die AfD bei der Bundestagswahl 2017 hauptsächlich aus Enttäuschung über andere Parteien, weshalb vor allem bei den etablierten Parteien die Rede vom „Protestwähler“ weiterhin beliebt ist. Aber: So einfach ist es leider nicht. Auch wenn die Parteibindung/Parteidentifikation für die AfD noch keineswegs besonders ausgeprägt ist, allein aufgrund der zeitlichen Dimension auch überhaupt nicht übermäßig aufgebaut sein kann, deuten zumindest aktuelle Studien bereits darauf hin, dass der Anteil der Parteidentifikation in den letzten Jahren im Vergleich schon deutlich zugenommen hat.¹⁰⁴ Die AfD hat zwar noch verhältnismäßig wenige Stammwähler und auch ihre Mitgliederzahl – obwohl inzwischen auf beachtliche 33.000 Mitglieder angewachsen – rangiert noch deutlich hinter den Werten der anderen Parteien.¹⁰⁵ Aber berücksichtigt man die Skandale, Spaltungen und Entwicklungen, die die Partei bereits hinter sich hat, sind alleine diese Zahlen schon überraschend hoch. Es scheint, als hätte die Partei in puncto Skandal-Anhäufung, personeller Unfähigkeit und interner Querelen regelrechte Narrenfreiheit bei ihren Wählern. Außerdem deuten die aktuellen Analysen gerade hier auf weitere Entwicklungstendenzen hin: Vor allem nimmt der Bereich der Partei-Überzeugung weiter zu. Die Studie von Schwarzbözl und Fatke betont schon für die Anfangsphase der AfD ein nicht unerhebliches Potenzial an AfD-

98 Vgl. ebd., S. 650.

99 Lengfeld, Holger: Die „Alternative für Deutschland“: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 69 (2017), H. 2, S. 209–232. Zur Kritik an Lengfeld, vgl. Lux, Thomas: Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie, Jg. 70 (2018), H. 2, S. 181–199.

100 Niedermayer/Hofrichter: Die Wählerschaft der AfD, S. 271.

101 Vgl. ebd., S. 272.

102 Vgl. Hambauer/Mays: Wer wählt die AfD?, S. 140f.

103 Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith: Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48 (2017), H. 1, S. 57–75, hier S. 71.

104 Vgl. Hertel, Florian R./Esche, Frederike: Die rechte Mitte? Zur Rolle objektiver Position und subjektiver Verunsicherung für die Identifikation mit rechten Parteien, in: Lübke, Christiane/Delhey, Jan (Hrsg.): Diagnose Angstgesellschaft? Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen, Bielefeld 2019, S. 255–285, hier S. 271.

105 Niedermayer: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2019, S. 6.

Stammwählerschaft.¹⁰⁶ Weitere Studien haben dies auch für die weitere Parteientwicklung bestätigt und noch vertieft.¹⁰⁷ Diese Entwicklung kann mehrere Gründe haben. Nach aktuellen Untersuchungen liegt es zwar weniger an der sogenannten Kandidaten-Orientierung (was allerdings auch wiederum typisch wäre für kleinere Parteien), jedoch ist anzunehmen, dass das parteipolitische Auftreten von Parteigrößen wie Jörg Meuthen, Alice Weidel, Alexander Gauland oder Björn Höcke für die jeweilig angesprochene Kernklientele doch eine gewisse Bedeutung hat. Auch die sogenannte Sachthemen-Orientierung dürfte für einen gewissen Teil der Wählerschaft eine mitentscheidende Bedeutung haben, wie es aktuelle Umfragen immer wieder betonen, da AfD-Wähler beispielsweise anfangs besonders gegen die Euro-Rettungspolitik und später vor allem gegen Migration eintraten, bzw. diese Themen besonders bei der AfD parteipolitisch vertreten sahen. Nicht zuletzt dürfte sich ein gewisser Teil der Wählerschaft, der sich derzeit schon offen zur AfD bekennt, auch aufgrund der politisch-gesellschaftlichen Polarisierung und Verhärtung immer stärker mit der Partei identifizieren.

In der Forschung wird derzeit aber nicht nur über die empirisch erfassbare Wählerschaft debattiert, sondern auch über die Frage nach den Wahlmotiven. Dabei zeigt sich ein Spannungsverhältnis: Einerseits ist diese Frage äußerst umstritten, andererseits dominieren doch besonders zwei beliebte Erklärungsmuster: die sogenannte Modernisierungsverlierer- und die Protestwähler-These. Wie im Folgenden gezeigt wird, hängt beides miteinander zusammen und vor allem bleiben die aktuellen Erklärungsfolien schablonenhaft und können die AfD-Wahlmotive zwar oberflächlich, aber keineswegs vertiefend und ausreichend beschreiben. Es existieren inzwischen ganz unterschiedliche Ausprägungen und Abstufungen innerhalb

der Modernisierungsverlierer-These: Meinte diese ursprünglich eine „Modernisierungsverlierer-Theorie“ im inhaltlichen Sinn als „spezifische Verbindung von Erklärungen auf den Ebenen des sozialen Wandels, der sozialen Lage des Individuums und seiner psychischen Disposition“¹⁰⁸, so wird sie heutzutage tendenziell inhaltlich verflacht, indem sie entweder auf ökonomisch-soziale oder auf psychologische Faktoren reduziert wird. In ökonomisch-sozialer Ausprägung besagt die Modernisierungsverlierer-These, dass sozioökonomisch Abgehängte oder sich zumindest so Fühlende von der Wahrscheinlichkeit her eher Parteien rechts der Mitte wählen würden. In politisch-psychologischer Ausprägung hingegen wird die Modernisierungsverlierer-These mit der sogenannten relativen Deprivation erklärt: Diese bezeichnet einen Zustand der Enttäuschung und Unzufriedenheit (Deprivation meint die Nicht-Erfüllung bestimmter Erwartungen bzw. Bedürfnisse): „Unter Deprivation soll ein Zustand des tatsächlichen oder perzipierten Entzugs bzw. der Entbehrung von etwas Erwünschtem verstanden werden.“¹⁰⁹ Daraus wird abgeleitet, dass vor allem rechtspopulistische Parteien diesen gesellschafts-politischen Unmut aufgreifen und weiter anfeuern. Aus diesem Grund hängt diese Ausprägung eng mit der Protestwähler-These zusammen. Diese bezeichnet die Annahme, dass sich politischer Unmut (hier übersetzt die Frustration über die etablierte Politik) in einem Protestverhalten zugunsten von rechtspopulistischen Parteien artikuliert. Die entscheidende Variable ist dabei die Selbsteinschätzung der eigenen politischen Einflusschancen (die wiederum vom Bildungsgrad und der materiellen Zufriedenheit abhängt).¹¹⁰

106 Vgl. Schwarzbözl, Tobias/Fatke, Matthias: Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 57 (2016), H. 2, S. 276–299.

107 Vgl. Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp: Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative?, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 59 (2018), H. 3, S. 433–461.

108 Spier, Tim: Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden 2010, S. 57.

109 Rippl, Susanne/Baier, Dirk: Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 57 (2005), H. 5, S. 644–666, hier S. 645.

110 Vgl. Hennig, Eike: Politische Unzufriedenheit. Ein Resonanzboden für Rechtsextremismus?, in: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 339–380.

Innerhalb der Forschungsdebatte sind die Modernisierungsverlierer- und Protestwähler-These äußerst umstritten.¹¹¹ Wie bereits angedeutet, hängt eine Positionierung innerhalb dieser Kontroverse vor allem davon ab, mit welchem Verständnis von der Modernisierungsverlierer-These operiert wird. Zudem wird diese Erklärung zugleich wegen ihres Protest-Begriffs kritisiert, weil die Frage nach der „Enttäuschung“ immer schon nur ein Erklärungsaspekt gewesen und damit nicht mit der Protestwahl gleichzusetzen sei. Denn es kann schließlich ganz unterschiedliche Gründe und Motive haben, warum man von einer eigentlich präferierten Partei enttäuscht ist und ob man potenziell überhaupt zu dieser zurückkommen kann. Versteht man in der empirischen Überprüfung das Protestmotiv in dem Sinn, dass der Protestwähler mit dem Wahlakt für eine Protestpartei den anderen Parteien einen sogenannten „Denkzettel“ verpassen will, dann stößt die Protestwähler-These allein schon empirisch relativ schnell an ihre Grenzen, weil von den bloßen Zahlen her diese Form der Protestwähler immer nur einen Teil innerhalb der Wählerschaft ausmacht.¹¹² Auch aus diesem Grund betonen aktuelle Untersuchungen immer wieder, dass es sich bei den AfD-Sympathisanten inzwischen „keineswegs um ‚ökonomisch prekäre‘ Protestwähler“¹¹³ handle.

Andere Erklärungsansätze versuchen das Wahlverhalten geradezu phänomenologisch zu erklären. Manche aktuell diskutierten Erklärungsversuche setzen das Vorhandensein von

„Einstellungen“ mit dem entsprechenden „Wahlverhalten“ gleich. So z.B. die sogenannte „Nationalismusthese“ von Holger Lengfeld¹¹⁴, die davon ausgeht, dass die politische Einstellung der Menschen auch zum entsprechenden Wahlverhalten (hier der AfD) führt. Dies ist allein schon deshalb nicht haltbar, weil diese Gleichsetzung bedeuten würde, dass alle, die beispielsweise für einen starken Staat eintreten würden, automatisch auch die AfD (und nicht etwa CDU oder SPD) wählen. Ein anderes Beispiel für diese Art der Erklärung ist die sogenannte Anti-Migrations-These, die davon ausgeht, dass die Ablehnung von Flüchtlingen oder der Protest gegen Migration zur AfD-Wahl führt.¹¹⁵ Zwar findet sich empirisch nachweisbar eine etwas erhöhte Zustimmung in aktuellen Umfragen bei AfD-Wählern hinsichtlich restriktiver Forderungen in der Migrations- und Asylpolitik oder auch bei Fragen nach Recht und Ordnung. Aber es gibt bisher keinen Nachweis einer empirischen Evidenz und eines AfD-Spezifikums, sondern es wurde bislang lediglich gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit steigen kann, die AfD zu wählen, wenn man diese Einstellung beispielsweise zu einer restriktiveren Migrationspolitik teilt. Wie Philip Manow bemerkt, hilft es nur bedingt weiter, den Protest gegen Migration lediglich als „Ausdruck eines kulturellen Abwehrreflexes“¹¹⁶ zu interpretieren, wie es beispielsweise durch die Pathologisierungen der AfD-Wählerschaft, der Kulturalisierungen der politischen Konflikte und der Komplexitätsreduzierungen qua Simplifizierungen mit Denkschablonen wie Protestwählern und Modernisierungsverlierern implizit geschehe. Vielmehr müsse nach Manow der Zusammenhang entschlüsselt werden zwischen dem Protest gegen Migration, den gesellschaftlichen Verteilungskämpfen und den politischen Interessen der jeweiligen Parteien.

Um inhaltlich an diese Kritik von Manow anzuschließen, wird nachfolgend auf noch zwei weitere Überlegungen eingegangen, die in der

¹¹¹ Vgl. Rippl, Susanne/Seipel, Christian: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?, in: Kölner Zeitschrift für Sozialpsychologie, Jg. 70 (2018), H. 2, S. 237–254.

¹¹² Siehe dazu als Fallanalyse Finkbeiner, Florian: Mächtiges Überraschen. Die Crux des AfD-Erfolges am Beispiel der Landtagswahl in Niedersachsen 2017, in: Demokratie-Dialog 2/2018, S. 80–86, hier S. 84.

¹¹³ Siri, Jasmin/Lewandowsky, Marcel: „Wir sind das Volk“. Zur Herausbildung eines Diskurses der identitären Demokratie im Umfeld der Partei Alternative für Deutschland (AfD), in: Bergem, Wolfgang/Diehl, Paula/Lietzmann, Hans J. (Hrsg.): Politische Kulturforschung reloaded: Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse, Bielefeld 2019, S. 273–293, hier S. 283.

¹¹⁴ Lengfeld: Die „Alternative für Deutschland“: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, S. 211.

¹¹⁵ Vgl. Hambauer/Mays: Wer wählt die AfD?, S. 148.

¹¹⁶ Manow: Die Politische Ökonomie des Populismus, S. 13.

Wahl- und Parteienforschung zwar regelmäßig in Erwägung gezogen werden, aber kaum analytisch weiterverfolgt werden. In der aktuellen Forschungsdebatte wird immer wieder diskutiert, dass ein spezifisches Politik- und Demokratieverständnis bestimmter Bevölkerungsteile diese für die AfD-Wahl prädisponierten, oder sie zumindest empfänglich machen würden für die Politikangebote dieser Partei. Dabei unterscheiden sich zugleich die Begriffsbestimmungen, welche Form des Demokratieverständnisses überhaupt als ausschlaggebende Ursache für die AfD-Präferenz angenommen werden. Einige Forscher sehen in der allgemeinen tendenziellen Unzufriedenheit mit der Demokratie ein zentrales Erklärungsmoment.¹¹⁷ Manche Forscher betonen gerade in einer „diffusen identitären Demokratieverstellung“¹¹⁸ das Erklärungsmoment. Andere identifizieren demgegenüber einen Zusammenhang zwischen „rudimentär und normorientiert-gouvernementalen Lebenswelten“¹¹⁹ und einem „direkten Demokratieverständnis“, was ihrer Ansicht nach die AfD-Parteineigung erklären würde. Und wiederum andere bestimmen eine „populistische Demokratiekonzeption“¹²⁰ als Erklärungsfolie für die Affinität zur Wahl der AfD. Die zweite Überlegung rückt vor allem ein politisch-emotionales Bedrohungsgefühl im Zusammenhang mit einer polarisierten politischen Kultur in den Vordergrund. Demnach drücke sich eine (nicht nur) gefühlte politisch-gesellschaftliche Spaltung, eine politisch-kulturelle Polarisierung, in einem neuen „Cleavage“ aus. Dieser Cleavage, also diese neue gesellschaftliche

Konfliktlinie, verlaufe entlang der Frage, ob die Grenzen international geöffnet (multikulturalistisch, universalistisch und pluralistisch) oder bedingt geschlossen (partikularistisch, protektionistisch) werden sollten.¹²¹ Aktuelle Studien betonen in diesem Zusammenhang vor allem die Erklärungskraft einer kulturellen Bedrohung für die potenzielle Empfänglichkeit gewisser Bevölkerungsteile.¹²² Sie beziehen sich hierbei vor allem auf das Faktum, dass AfD-Anhänger stärker als Anhänger anderer Parteien Flüchtlinge ablehnen.¹²³ Allerdings kann diese Flüchtlings-Ablehnung alleine natürlich kaum das Mysterium des AfD-Wahlerfolges erklären: Schließlich gab es die AfD schon vor der „Flüchtlingswelle“ 2015 und außerdem bleibt dadurch weiterhin relativ unklar, was die Menschen am bloßen Faktum, dass Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wirklich stört – oder sozialpsychologisch ausgedrückt: Was die Einwanderung von Menschen nach Deutschland bei den Autochthonen auslöst oder welche Wünsche, Sehnsüchte und Ängste dabei eigentlich genau angesprochen werden. Nicht zuletzt ist die Frage, ob es wirklich einen neuen Cleavage gibt oder ob sich die alten Cleavages nur verändern, weiterhin umstritten.¹²⁴

In der Forschung ist es weiterhin strittig, worin genau die Ursachen für die aktuellen Konflikte liegen. Gemeinsam ist den meisten Erklärungsansätzen, dass sie den soziokulturellen Entwicklungen eine mitentscheidende Rolle einräumen.¹²⁵

117 Bieber/Roßteutscher/Scherer: Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft, S. 456.

118 Siri/Lewandowsky: „Wir sind das Volk“, S. 289.

119 Frankenberger, Rolf/Gensheimer, Tim/Buhr, Daniel: Zwischen Mitmachen und Dagegen sein. Politische Lebenswelten in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg-Stiftung (Hrsg.): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/17, Wiesbaden 2019, S. 149–172, hier S. 170.

120 Steiner, Nils D./Landwehr, Claudia: Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie, Working Paper number 1812, Gutenberg School of Management and Economics, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz 2018.

121 Rippl/Seipel: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie.

122 Vgl. Lengfeld/Dilger: Kulturelle und ökonomische Bedrohung.

123 Ebd., S. 191.

124 Vgl. Hooghe, Liesbet/Marks, Gary: Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan and the transnational cleavage, in: Journal of European Public Policy, Jg. 25 (2018), H. 1, S. 109–235; Koppetsch, Cornelia: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld 2019; Franz, Christian/Fratzsch, Marcel/Kritikos, Alexander S.: Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, Jg. 86 (2019), H. 34, S. 591–603.

125 Vgl. Jesse: Das Aufkommen der Alternative für Deutschland, S. 118f.

Sowohl die Erklärungsthese bestimmter Politik- und Demokratievorstellungen als auch die Hypothese einer politisch-kulturellen Spaltung können einige Plausibilität beanspruchen, auch wenn sie beide empirisch bisher kaum bestätigt wurden, bzw. die bisherigen Studien zumeist nur Teilaspekte der jeweiligen Erklärungsthese analysiert haben. Auch aus diesem Grund bietet es sich an, diese Thesen in die weiteren Analyseschritte miteinzubeziehen. Denn diese Ausführungen zur aktuellen Forschungsdebatte sollten verdeutlicht haben, dass es offensichtlich kein einheitliches „Profil“ des AfD-Wählers insgesamt gibt, und dass sich dieses zugleich zeitlich auch noch wandelt. Deshalb gilt weiterhin der Umstand, wie ihn Schmitt-Beck festgestellt hat, dass die Wahl- und Parteienforschung das AfD-Wahlverhalten noch „nicht hinreichend“ erklären kann und es weiterführende Untersuchungen braucht.¹²⁶

5.2 Sekundärauswertung des NDM 2019 für das AfD-Parteiprofil

Wer wählt die AfD in Niedersachsen und aus welchen Gründen? Was macht den AfD-Wähler in Niedersachsen aus und worin unterscheidet sich dieser genau von Wählern anderer Parteien? Im Folgenden wird sich dem Profil der AfD-Wähler in Niedersachsen in zwei Teilschritten angenähert: Der erste Teil versucht mit einer Sekundärauswertung des Materials des *Niedersächsischen Demokratie-Monitors 2019* (NDM)¹²⁷, der bereits erwähnten repräsentativen Umfrage in der niedersächsischen Bevölkerung, tiefgehender an Wahlstrukturmomente und politische Einstellungsmuster der AfD-Wähler im Vergleich zu den Wählern anderer Parteien heranzukommen. Im zweiten Teil werden unter Rückgriff auf Thesen aus der aktuellen Forschungsdebatte die AfD-Wahlverteilungen analysiert, um die soziodemographischen Konstituierungsbedingungen im Zusammenhang

mit den bisherigen Erkenntnissen über Wahlmotive und das Wählerprofil zu diskutieren.

Bevor wir uns nachfolgend in konzentrischen Kreisen immer mehr dem Sozialprofil, den politischen Vorstellungswelten und damit dem Kern, also dem Motiv für die AfD-Wahl, Schritt für Schritt annähern, bedarf es einer (nicht nur methodisch) notwendigen Einschränkung: Aufgrund der teilweise doch relativ geringen Fallzahlen für die einzelnen Parteiwähler-Profile können wir kaum Aussagen über „den Typus“ generieren. Die vorliegenden Daten behandeln lediglich die Antworten 48 bekennender AfD-Wähler, weshalb keine Repräsentativität beansprucht werden kann (und soll) und die Aussagen entsprechend nur eingeschränkte Erklärungskraft beanspruchen können.¹²⁸ Zudem fallen einige Besonderheiten auf, die im späteren Interpretationsprozess berücksichtigt werden müssen: Wir haben aufgrund des Erhebungsverfahrens offensichtlich doch eher ältere Kohorten in unserem Sample. Die Mehrheit aller Partei-Wähler ist über 50 Jahre (bspw. bei den Grünen) bei manchen Parteien sogar über 65 Jahre (bspw. bei der CDU) und liegt damit über dem niedersächsischen Altersdurchschnitt. Wir haben insgesamt nur eine geringe Fallzahl an AfD-Wählern, aber auch hier fällt auf, dass wir eher ältere Wählerkohorten erreicht haben. Mit diesem Problem der relativ geringen Fallzahlen haben auch andere Projekte zu kämpfen.¹²⁹ Eine der wenigen überhaupt existierenden Studien zu AfD-Mitgliedern beispielsweise baut auf einer Fallzahl von 95 auf, weil nicht mehr Datensätze über die Online-Befragung generiert werden konnten.¹³⁰ Die nachfolgende Analyse nutzt zumindest die vorliegenden Daten, um durch eine Kontrastierung der Wählerprofile der anderen

¹²⁶ Schmitt-Beck: Wähler und Parteien bei der Bundestagswahl 2017, S. 639.

¹²⁷ Vgl. Marg et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019.

¹²⁸ Die Fallzahlen: SPD = 190; CDU = 202; Grüne = 235; Linke = 46; FDP = 50; AfD = 48.

¹²⁹ Vgl. dazu auch jüngst die Sekundärauswertung der Leipziger Autoritarismus-Studie über die AfD-Wählerschaft: Schuler, Julia et al.: Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität: AfD-Wähler_innen weisen die höchste Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen auf, Arbeitsgruppe der Leipziger Autoritarismusstudien, Universität Leipzig 2020.

¹³⁰ Vgl. Kleinert: Die AfD und ihre Mitglieder, S. 54.

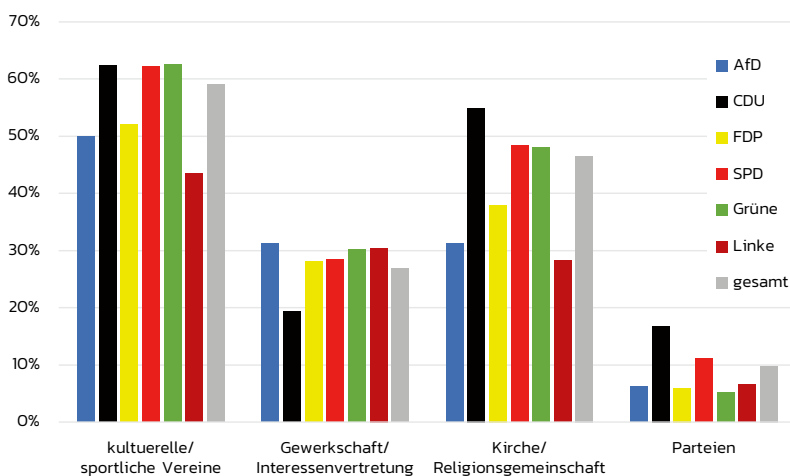
Parteien sich zumindest cursorisch dem Wählerprofil der AfD anzunähern. Die grundlegende Frage lautet hierbei, ob es etwas Bestimmtes gibt, was diese AfD-Wähler ausmacht oder ob es gar „den“ AfD-Wähler gibt.

Politisches Interesse und Partizipation

Der Blick auf die Verteilung von Mitgliedschaften in kulturellen oder sportlichen Vereinen offenbart kaum Unterschiede zwischen allen Parteien. Dies gilt ebenso für den Aktivitätsgrad in den jeweiligen Vereinigungen. Die in unserem Sample erfassten Wähler sind so gut wie gar nicht Parteimitglieder, egal welcher Partei sie nahestehen. In Gewerkschaften ist insgesamt nur eine Minderheit Mitglied. Die Aufteilung hierbei reicht anteilig von knapp einem Fünftel (bei CDU) bis zu einem Drittel (bei der Linkspartei). Auffallend ist, dass sich die Anteile von Gewerkschaftsmitgliedern in unserem Sample zwischen Grünen-, FDP- und AfD-Wählern kaum unterscheiden. Fast alle Anhänger sind kaum oder gar nicht in Gewerkschaften aktiv, nur bei den Linkspartei-Wählern gibt knapp die Hälfte an, auch aktiv zu sein. Die AfD- und die Linkspartei-Wähler sind am wenigsten in einer Kirche Mitglied (weniger als ein Drittel), demgegenüber sind Wähler der CDU, der Grünen und der SPD am meisten Kirchenmitglied (etwa die Hälfte).

Das politische Engagement unserer Befragten hängt insgesamt nicht mit einer gewissen Parteipräferenz zusammen. Je nach Form der politischen Aktivität verteilt sich die Parteieigung unterschiedlich. Nimmt man der Übersicht halber aber die unterschiedlichen Formen von Partizipation (wie Unterschriftensammlung, politische Meinung im Internet äußern, Kontaktaufnahme zu Politikern, Boykott, Mitarbeit in Bürgerinitiative/politischem Verein, Teilnahme an Demonstrationen oder auch Volksbegehren/Bürgerentscheid) zusammen, dann sind die Linkspartei-Wähler insgesamt die aktivsten. Fast alle Linkspartei-Wähler haben schon einmal an einer Unterschriftenaktion teilgenommen, drei Viertel auch schon einmal an einem Boykott oder einer Demonstration; und die Hälfte hat schon einmal an einem Volksbegehren partizipiert, einen Politiker kontaktiert oder seine Meinung im Internet kundgetan. Jeder Vierte ist in einer Bürgerinitiative/politischem Verein, aber dieser Wert ist generell bei allen Parteien relativ niedrig – ebenso wie die Teilnahme an einer Blockade einer Demonstration politischer Gegner. Bei allen anderen Parteien (von AfD, Grüne und SPD, CDU bis FDP) gibt es ansonsten relativ wenige Auffälligkeiten: Die meisten haben schon einmal an einer Unterschriftensammlung teilgenommen, aber kaum jemand ist in Bürgerinitiativen aktiv, auf die übrigen Partizipationsformen verteilen sich die Anteile relativ gleichmäßig. Ansonsten ist lediglich bemerkenswert, dass es (entgegen der Vermutung) nicht die AfD-Wähler zu sein scheinen, die besonders häufig ihre politische Meinung im Internet äußern. Die AfD-Wähler in unserem Sample tun dies nach eigenen Angaben äußerst selten. Am meisten äußern den eigenen Angaben zufolge dagegen die Wähler der Linken und der Grünen ihre Meinung im Internet.

Diagramm 2: Mitgliedschaft in Vereinen, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und Parteien nach Parteieigung



Unsere Erhebung aus dem Winter 2018/2019 spiegelte die politischen Machtverhältnisse nach der Landtagswahl 2017 wider. Dies zeigt nicht nur die von uns gestellte Sonntagsfrage, die relativ nah an den zu diesem Zeitpunkt aktuellen Umfragewerten lag, sondern es zeigt sich auch bei der Konstanz der Wahlentscheidungen. Fast alle Wähler, die bei der nächsten Wahl die entsprechende Partei wählen würden (Sonntagsfrage), haben dieser Partei auch bei der letzten Wahl ihre Stimme gegeben – besonders ausgeprägt ist diese Treue bei Wählern von CDU und SPD, die fast ausnahmslos auch bei der letzten Wahl ihre Stimme für Sozial- oder Christdemokraten abgegeben haben. Die volatilste Wählergruppe gibt es bei den Grünen, bei denen zwar drei Viertel der Anteile konstant blieben, aber immerhin ein Viertel hat die potenzielle Grünen-Wählerschaft hinzugewonnen aus ehemaligen SPD- und CDU-Wählerkreisen. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass sich die AfD-Wählerbasis, zumindest nach den Angaben aus dem Monitor, zu verfestigen scheint. Der Großteil derjenigen, die bei der letzten Landtagswahl die AfD wählten, würde auch bei der nächsten Wahl der Partei seine Stimme geben. Lediglich ein kleiner Anteil aus ehemaligen CDU- und SPD-Wählern würde nun auch zur AfD tendieren. Zwar sind diese Zahlen keineswegs repräsentativ, aber sie zeigen dennoch eine gewisse politische Tendenz an, dass sich die AfD-Wählerbasis stabilisiert.

Diagramm 3: Politisches Engagement nach Parteineigung

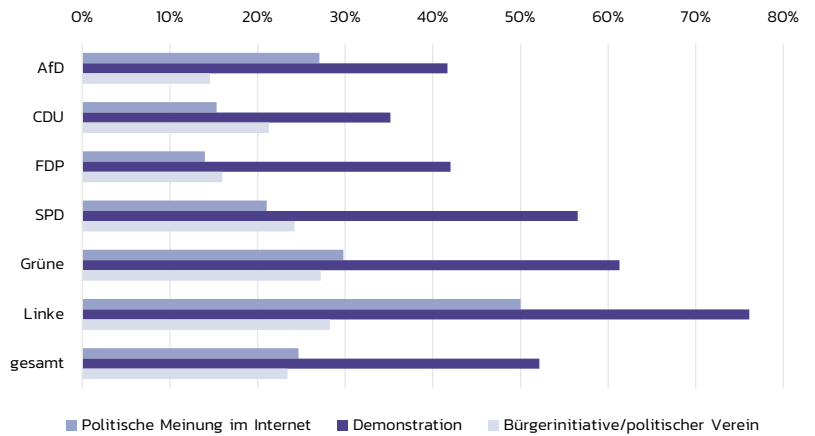


Diagramm 4: Politische Meinung im Internet nach Parteineigung

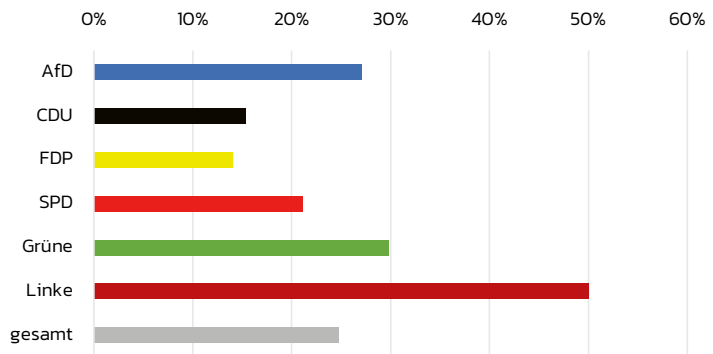
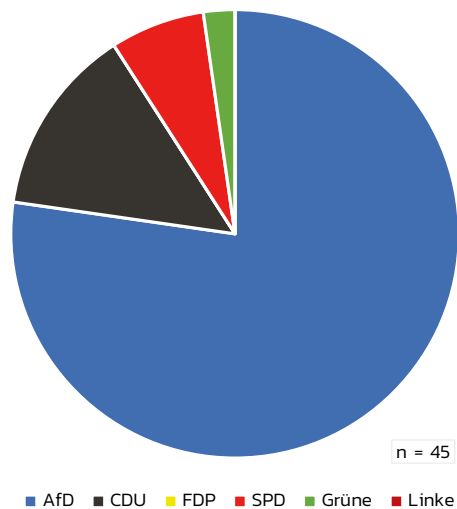


Diagramm 5: Wahlentscheidung von AfD-Sympathisanten bei letzter Landtagswahl



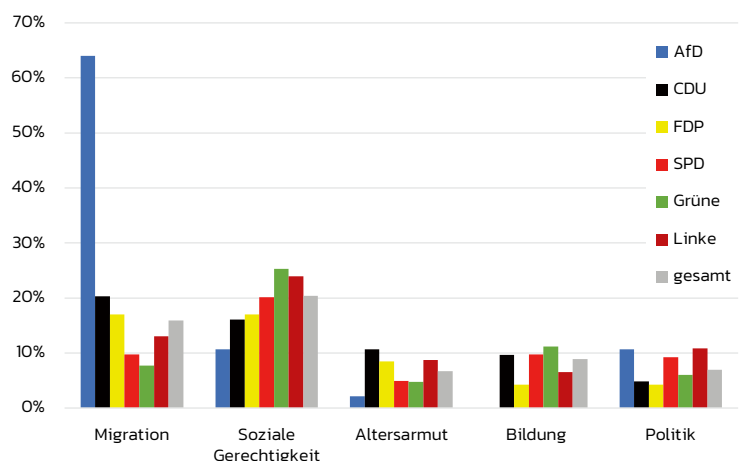
Bewertung der Politik

Der Niedersächsische Demokratie-Monitor 2019 hat gezeigt, dass die Bürger in Niedersachsen mit der Politik überwiegend unzufrieden sind oder diese zumindest relativ schlecht bewerten, wenn es darum geht, dass diese Probleme in der Gesellschaft angeht und löst. Zudem unterschieden sich je nach Parteineigung zum Teil deutlich die Wahrnehmungen über die drängendsten Probleme. Für die CDU- und AfD-Wähler stellt jeweils die Migration das wichtigste Problem dar. Sowohl bei den SPD- und Linkspartei-Wählern als auch bei den Grünen ist es demgegenüber die soziale Gerechtigkeit. Nur bei den FDP-Wählern gibt es nicht das *eine* hervorstechende zentrale Problem – stattdessen sind die Themen soziale Gerechtigkeit, Infrastruktur und Migration relativ gleichmäßig verteilt. Darüber hinaus fallen drei Dinge bei den Nennungen über die wichtigsten Probleme auf: Erstens ist das Thema Umwelt selbst bei den Grünen-Wählern nur auf Platz zwei, also noch hinter der sozialen Gerechtigkeit; zweitens gibt es besonders bei den SPD-Wählern (nach der sozialen Gerechtigkeit) eine große Streuung bezüglich der drängenden Probleme (von Migration, Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Bildung) – ebenso wie bei der CDU, bei der sich nach der Migration die Anteile auf soziale Gerechtigkeit, Altersarmut und Bildung verteilen; das bedeutet, dass vor allem die alten Volksparteien aufgrund der besonders großen Heterogenität ihrer Wählerschichten weiterhin auch ganz unterschiedliche Problemwahrnehmungstypen versammeln. Als Drittes fällt auf, dass bei den Linkspartei-Wählern nach der sozialen Gerechtigkeit die Themen Migration und Politik im Allgemeinen als drängendste Probleme auftauchen.

Wesentlich aussagekräftiger als die Antwort auf die Frage, welches das wichtigste Problem in Deutschland sei, das die Politik angehen sollte, waren die Aussagen bezüglich des zweitwichtigsten Problems. Während es bei fast allen Partei-Wählern jeweils ein dominantes erstgenanntes Problem gibt, zeigen sich bei der Zweit-Nennung bei allen Parteien große Streuungen. Bei den SPD-, Grünen- und Linkspartei-Wählern stimmen

die Problemwahrnehmungen zwischen dem erst- und zweitgenannten Problem relativ überein (soziale Gerechtigkeit auch als das zweitwichtigste Problem). Bei den anderen Parteien differieren die Problemwahrnehmungen zum Teil deutlich. Bei den FDP-Wählern gibt es keine herausgehobenen Ausreißer, sodass sich kaum ein Muster erkennen lässt, welche gesellschaftlichen Probleme als besonders drängend empfunden werden. Bei den CDU-Wählern fällt auf, dass soziale Gerechtigkeit bei den zweitgenannten Problemen am meisten adressiert wurde, danach folgen relativ gleichmäßig verteilt Migration, Bildung, Umwelt und Altersarmut. Am auffälligsten ist der Kontrast zwischen dem erst- und zweitgenannten Problem bei den AfD-Wählern. Hier zeigt sich deutlich, dass es sehr heterogene Problemwahrnehmungen bei den Wählern gibt, die sich relativ gleichmäßig verteilen auf Politik im Allgemeinen, die Wirtschaftsstruktur, Altersarmut, soziale Gerechtigkeit und Migration. Für die AfD-Wählerschaft lässt sich hieraus schließen, dass Migration zwar ein dominant wahrgenommenes Problem darstellt, die Migrationsproblemwahrnehmung aber – auch wenn sie am deutlichsten ausgeprägt ist von allen Parteien – kein AfD-Wahl-Charakteristikum darstellt.¹³¹ Außerdem lässt sich im Verhältnis zum

Diagramm 6: Wichtigstes Problem in Deutschland (erstgenannt) nach Parteineigung

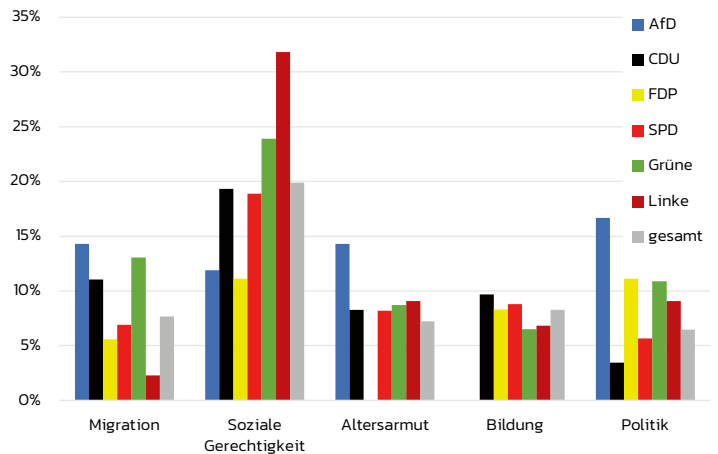


¹³¹ An diesem Punkt scheint es Parallelen zu den politischen Einstellungen und Motiven der Wählerschaft der Republikaner in den 1990er Jahren zu geben.

zweitgenannten Problem festhalten, dass die Migrationsfrage offenkundig tieferliegende Probleme verdeckt oder symbolhaft verdichtet. So liegt die Vermutung nahe, dass die Migrationsfrage eine Art Katalysator oder Ausdrucksform zum Einklagen von sozialen Verteilungsfragen sein könnte, bzw. dass, allgemeiner gesprochen, „Migration“ als Stellvertreterthema von Liberalisierung, Marktöffnung, Transnationalisierung usw. verhandelt wird. Zweifelsfrei belegen lässt sich ein solcher Zusammenhang allerdings nicht – insbesondere, weil die monokausale Rückführung der AfD-Wahl auf materielle/ökonomische Motive im Gesamtpanorama der Umfrageresultate Zweifel wecken muss.

Die Bürger in Niedersachsen schätzen die Gerechtigkeit in der Gesellschaft unterschiedlich ein. Auf die Frage „Geht es in Deutschland Ihrer Meinung nach alles in allem gerecht zu?“ zeigen sich zum Teil deutliche Unterschiede je nach Parteipräferenz.

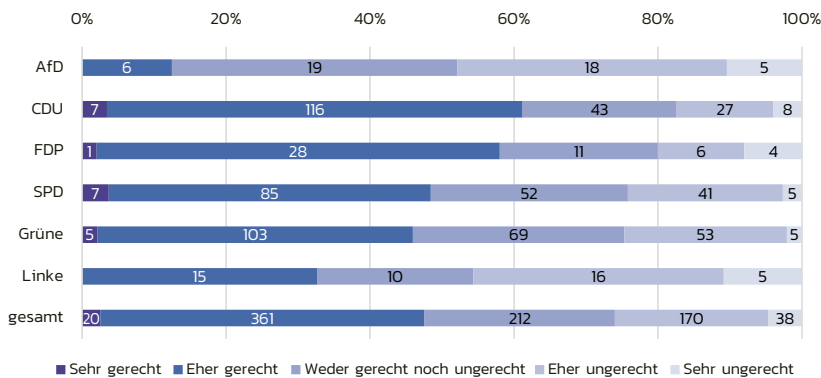
Diagramm 7: Wichtigstes Problem in Deutschland (zweitgenannt) nach Parteineigung



Die Wähler von CDU und FDP finden die Situation in Deutschland „alles in allem“ mehrheitlich gerecht. Bei den Wählern der Grünen und der SPD ist es annähernd die Hälfte. Die Wähler der Linkspartei und der AfD finden die Verhältnisse mehrheitlich „eher ungerecht“ oder „sehr ungerecht“.

Interessanterweise unterscheiden sich diese Gerechtigkeitseinschätzungen von einer anderen Frage. Die Frage, ob die „Wirtschaftsordnung in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht“ sei, führt zu einem gespaltenen Ergebnis. Am gerechtesten finden die Wähler von CDU, SPD und FDP die Wirtschaftsordnung mit jeweils mehr als der Hälfte, während bei den Grünen der größte Anteil darüber unschlussig ist; am ungerechtesten finden indes wieder die Linkspartei- und AfD-Wähler die Wirtschaftsordnung.

Diagramm 8: „Die Wirtschaftsordnung in der BRD ist gerecht“ nach Parteineigung



Da sich die Einschätzungen, ob es in Deutschland insgesamt gerecht zugeht oder ob die „Wirtschaftsordnung“ insgesamt gerecht ist, zum Teil unterscheiden, ist davon auszugehen, dass die Befragten nicht unbedingt das Wirtschaftssystem, also die Ökonomie, als zentralen Austragungspunkt für die Gerechtigkeit in Deutschland identifizieren. Diese Unterschiede in den Einschätzungen zeigen sich auch bei den Wählern von Linkspartei und AfD: AfD-Wähler schätzen im direkten Vergleich die Wirtschaftsordnung

Denn auch die Wähler der Republikaner haben etwas häufiger als die Wählerschaften der anderen Parteien die Themen „Ausländer und Asyl“ als „wichtigste Problemfelder der Politik“ angesehen. Allerdings hat schon Jürgen Falter darauf hingewiesen, dass dies keinen genuinen Erklärungsfaktor darstellt, sondern lediglich eine zusätzliche Bedingung der Wahrscheinlichkeit „zur Wahl rechter Parteien“ darstellt; Falter, Jürgen W.: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994, S. 155.

gerechter ein als die Situation im Allgemeinen. Demgegenüber empfinden die Linkspartei-Wähler im direkten Vergleich die Situation in Deutschland gerechter als die Wirtschaftsordnung. Bei dieser Diskrepanz stellt sich die Frage, welchen gesellschaftlichen Bereich, vielleicht auch welche politische Institution die Befragten als Verursacher oder auch als Regulierer der sogenannten Gerechtigkeit in Deutschland ansehen.

Die Wähler aller Parteien erwarten von der eigenen Zukunft nicht besonders viel. Sie schätzen ihre eigene Zukunft im Vergleich zu heute überwiegend gleichbleibend ein. Bei den Grünen-, SPD-, CDU- und FDP-Wählern schätzt kaum jemand die eigene Zukunft als schlechter ein. Bei den Linkspartei- und AfD-Wählern ist es umstritten, aber auch hier findet sich jeweils nur ein Drittel, das pessimistisch in die eigene Zukunft schaut.

Was diese unterschiedlichen Zukunftsaussichten und Erwartungshaltungen letztlich aussagen, ist schwer einzuschätzen, weil die Erklärungskraft hierbei kaum zu bestimmen ist. Schließlich gehen andere Studien davon aus, dass „allgemeiner wirtschaftlicher Pessimismus“¹³² ein zentraler Erklärungsfaktor für die AfD-Wahl sei. Ob dieser Faktor allerdings eine notwendige und hinreichende Bedingung sein könnte oder ob sich die Konditionalität je nach Fall unterscheidet¹³³, lässt sich mit dem vorliegenden Datenmaterial nicht bestimmen. So kommen auch Bergmann, Diermeier und Niehues in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass AfD-Wähler zwar die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Zukunft etwas pessimistischer einschätzen als andere Parteiwähler, aber der Abstand ist

Diagramm 9: „Die eigene Zukunft wird im Vergleich zu heute“ nach Parteineigung

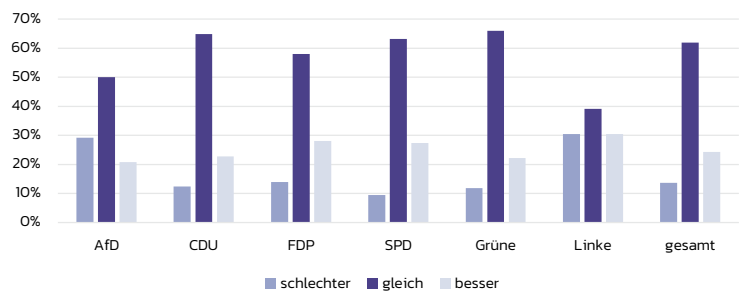
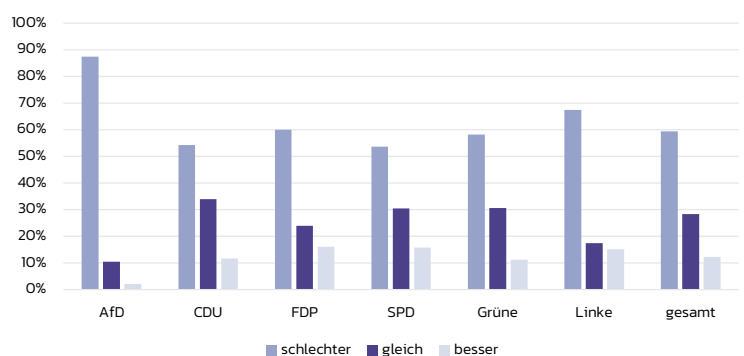


Diagramm 10: „Die Zukunft künftiger Generationen wird im Vergleich zu heute“ nach Parteineigung



keineswegs so groß, als dass dies ein entscheidendes Charakteristikum wäre.¹³⁴

Ganz anders sieht es bei der Einschätzung der Zukunft allgemein im Vergleich zu heute aus. Bei allen Parteien findet sich jeweils eine Mehrheit, die die Zukunft – abstrahiert von der individuellen – insgesamt negativ einschätzt. Die Wähler von SPD, CDU und Grünen schätzen jeweils zu ungefähr einem Drittel die Zukunft der Gesellschaft als zumindest gleichbleibend ein. Aber auch unter diesen Wählerschaften sieht kaum jemand die Zukunft künftiger Generationen als besser werdend. Bei den FDP-, Linkspartei- und AfD-Wählern ist es jeweils die absolute Mehrheit, die negativ in die Zukunft schaut – wobei sich hier natürlich der Eindruck aufdrängt, dass die Motive für diesen Zukunftspessimismus je nach Wählerschaften unterschiedlicher Art sein könnten.

¹³² Schmitt-Beck: Wähler und Parteien bei der Bundestagswahl 2017, S. 653.

¹³³ Hambauer und Mays identifizieren hier einen Ost-West-Unterschied: Die AfD-Wähler in Ostdeutschland sehen „generell pessimistischer, was die Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage“ angeht als die AfD-Wähler in Westdeutschland in die Zukunft, Hambauer/Mays: Wer wählt die AfD?, S. 146.

¹³⁴ Vgl. Bergmann/Diermeier/Niehues: Die AfD, S. 63.

Politische Einstellungen

Die Frage nach der politischen Selbstverortung bestätigt die Macht der „Mitte der Gesellschaft“. Das Mantra der Mitte, Hort der Stabilität und Sehnsuchtsort maßvoller Politik¹³⁵, zeigt sich auch bei dieser Erhebung. Zwar überraschen die Rechts-Links-Selbstverortungen der Partei-Wähler nicht unbedingt, aber es wird klar, dass vier Parteien um die Gunst der goldenen „Mitte“ konkurrieren – von den Grünen (Mitte-links) über SPD (Mitte/Mitte-links) und CDU (Mitte/Mitte-rechts) bis zur FDP (Mitte/Mitte-rechts). Lediglich Linkspartei- und AfD-Wähler positionieren sich nicht mehrheitlich in der Mitte, sondern tendenziell eher Links/Mitte-links, bzw. Mitte-rechts.

Bei den Zustimmungsaussagen zum sogenannten „Autoritarismus“ fällt ein politischer Lagerkonflikt ins Auge. Gefragt nach der Zustimmung oder Ablehnung zur Aussage, dass es eine „starke Führung brauche, der alle folgen müssen“, stimmen so gut wie alle AfD-Wähler zu. Im Gegensatz dazu lehnen vor allem die Linkspartei-Wähler diese Aussage ab. Aber auch bei den CDU- und FDP-Wählern ist die Zustimmung relativ hoch, bzw. relativ viele in diesen Wählerschaften wollen weder zustimmen noch ablehnen. Anders bei den SPD- und Grünen-Wählern: Zwar stimmen auch bei diesen Wählerkreisen jeweils knapp die Hälfte dieser Aussage voll und ganz oder eher zu, aber gleichzeitig lehnen hier auch relativ viele diese Aussage ab. Eine ähnliche Verteilung zwischen den Partei-

Lager-Gruppierungen findet sich bei den Zustimmungswerten zur Aussage, dass es mehr Recht und Ordnung bedarf und man „härter gegen Außenseiter und Unruhestifter“ vorgehen müsse.

Diagramm 11: Links-/Rechts-Selbsteinordnung nach Parteieignung

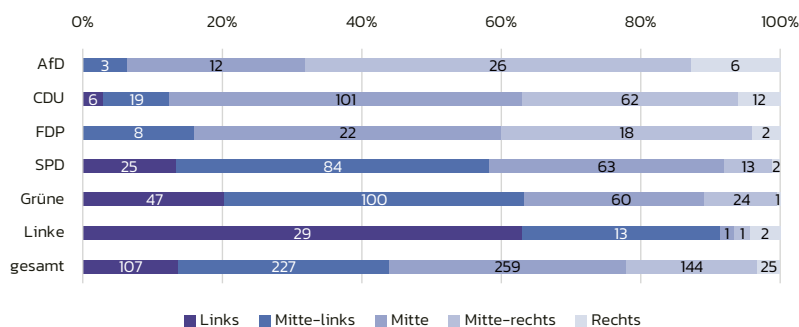


Diagramm 12: „Starke Führung, der alle folgen müssen“ nach Parteieignung

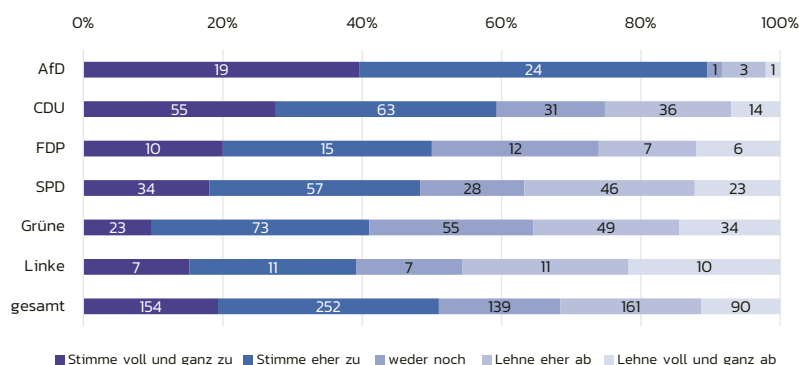
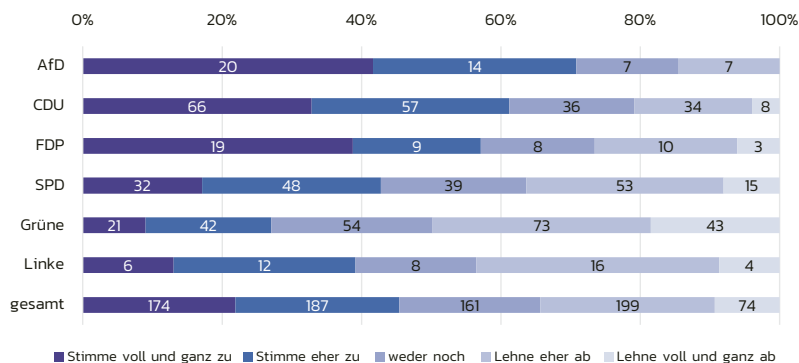


Diagramm 13: „Härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“ nach Parteieignung

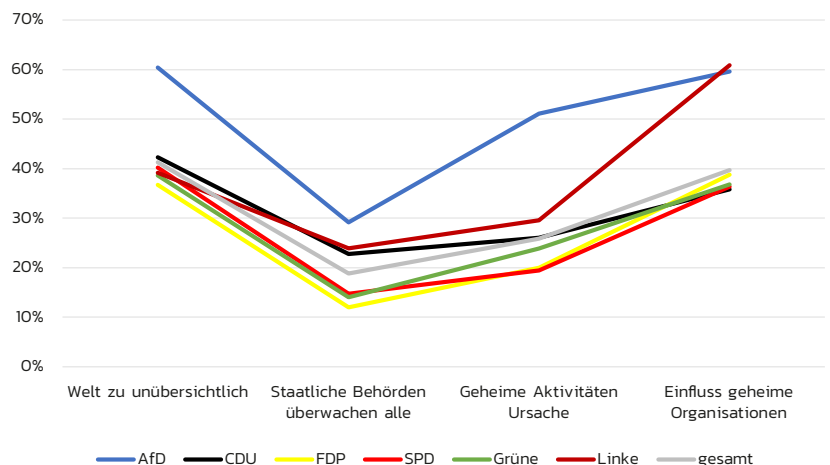


¹³⁵ Vgl. Münkler, Herfried: Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010.

AfD-Wähler unterscheiden sich hier nur unwesentlich von den CDU- und FDP-Wählern. Demgegenüber stimmen bei den Grünen-, SPD- und Linkspartei-Wählern jeweils weit weniger als die Hälfte zu.

Gewisse Tendenzen zum Verschwörungsglauben finden sich unter allen Parteianhängern. Allerdings sind diese sowohl zwischen den Parteien als auch je nach Dimension unterschiedlich ausgeprägt. Der Aussage, die Welt ist zu unübersichtlich geworden, stimmt bei fast allen Wählern etwas weniger als die Hälfte zu. Am wenigsten teilen die FDP-Anhänger diese Ansicht, hier ist es etwas mehr als ein Drittel, am meisten sind die AfD-Wähler dieser Ansicht (etwas mehr als die Hälfte). Quer durch alle Wählerschaften ist weniger als ein Drittel der Ansicht, dass staatliche Behörden alle überwachen würden, prozentual gesehen ist der Anteil bei den FDP-Wählern abermals am geringsten, wo nur knapp jeder zehnte dieser Ansicht ist, am höchsten liegt der Anteil in Relation bei den Linkspartei- und AfD-Wählern, wo knapp jeder Fünfte dieser Aussage zustimmt. Bei der Frage, ob geheime Aktivitäten Ursache von scheinbar unabhängigen Ereignissen seien, ist das Ergebnis zwiespältig: Unter den AfD-Wählern stimmen hier die meisten zu (jeder zweite ist dieser Ansicht). Aber auch bei den Linkspartei-Wählern ist es etwa ein Drittel. Die FDP-Wähler lehnen diese Aussage demgegenüber am stärksten ab, hier stimmt nur jeder Fünfte zu. Es gibt offensichtlich einen Unterschied aus Sicht der Wähler zwischen der Frage nach geheimen Aktivitäten als Ursache von scheinbar unabhängigen Ereignissen und der Frage nach einem großen Einfluss geheimer Organisationen auf die Politik. Denn bei dieser zweiten Frage liegen die Zustimmungswerte bei allen Wählerschaften deutlich höher als beim ersten Item. Der Ansicht, dass geheime Organisationen im Verborgenen agieren und großen Einfluss ausüben, sind mit knapper Mehrheit vor allem Wähler von AfD und der Linkspartei. Aber auch bei Grünen, SPD, CDU und FDP stimmen hier jeweils mehr als ein Drittel der Wählerschaften zu.

Diagramm 14: Zustimmung zum Itemset „Verschwörungstheorien“ nach Parteineigung

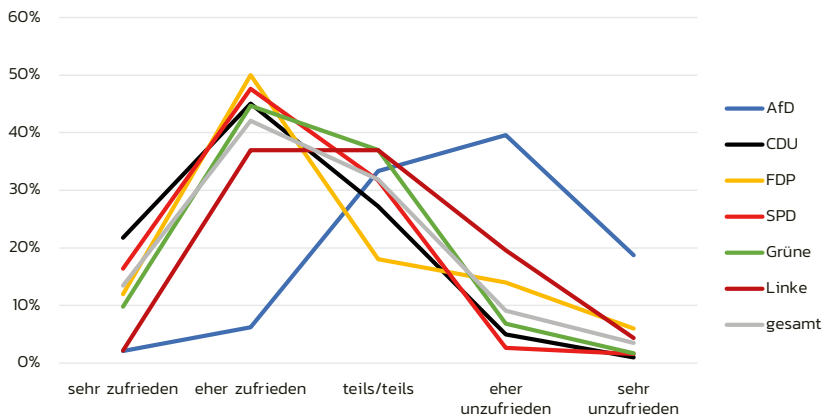


Demokratie

Die AfD-Wähler sind am unzufriedensten mit dem Zustand und Funktionieren der Demokratie. In Relation dazu sind die SPD-Wähler am zufriedensten, gefolgt von den FDP- und CDU-Wählern – hier liegt der Anteil an Personen, die angeben, „sehr“ oder „eher“ zufrieden zu sein, zwischen 60 und 70 Prozent. Gleichzeitig gibt kaum jemand unter den Wählern dieser Parteien an, wirklich unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie zu sein. Bei den Grünen ist zwar auch knapp die Mehrheit zufrieden, aber ein relativ großer Teil ist sich unsicher (teils/teils); ganz ähnlich bei den Linkspartei-Wählern, wobei der Anteil der Zufriedenen bei nur 40 Prozent liegt. Schmitt-Beck kommt in seiner Analyse des Wahlverhaltens zu einem durchaus vergleichbaren Ergebnis. Demnach seien die AfD-Wähler tendenziell unzufriedener mit der Demokratie als andere Parteiwähler, aber gleichwohl sei dies kein signifikanter Erklärungsfaktor, schließlich seien auch die Wähler anderer Parteien relativ unzufrieden. Er deutet diese Unterschiede in der „Unzufriedenheit mit der Performanz der Demokratie“ gesellschaftspolitisch als Ausdruck einer Polarisierungstendenz, indem er das Wahlverhalten mit der Demokratiezufriedenheit verbindet. Demnach drücke sich diese gesellschaftspolitische Konfliktlinie zwischen dem Wahlverhalten der AfD und den Grünen vor allem darin aus, wer derzeit von den politisch-kulturellen Verhältnissen profitiere, aber

eben noch mehr erreichen möchte (weshalb die Grünen-Wähler tendenziell eher mit der Realität der Demokratie zufrieden seien) und wer demgegenüber meint, er profitiere derzeit überhaupt nicht von diesen Verhältnissen (weshalb die AfD-Wähler zwar mit der Idee der Demokratie zufrieden, aber mit dem Funktionieren und der Realität tendenziell am unzufriedensten seien).¹³⁶

Diagramm 15: Demokratie-Zufriedenheit nach Parteineigung



Angesichts der Zahlen (hier und im Folgenden) erscheint es plausibel, einen latent wirksamen Faktor anzunehmen, der für die Demokratie-zufriedenheit entscheidend sein mag: Die Selbstpositionierung zum (vorhandenen oder gefühlten) „Establishment“, d. h. zur als herrschend wahrgenommenen Gruppe von Eliten in den politischen Repräsentationsorganen, Institutionen, Medien usw., oder salopp: das Empfinden, dass andere als „die eigenen Leute“ an den Schalthebeln der Macht sitzen. Wenn unter AfD-Wählern (und in geringerem, aber doch auffallendem Maße unter Linkspartei-Wählern) das Gefühl grassiert, Politiker würden gegen die Interessen der Bevölkerung handeln (siehe nachfolgend), könnten ebendiese „Interessen“ Chiffren für die Mitbestimmungsgewalt der eigenen Leute sein. In den *Studien zum autoritären Charakter* wurden diese Mechanismen bereits ausführlich untersucht. Die Studien-Autoren Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik,

Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford beobachteten bereits in den 1950er Jahren in empirischen Untersuchungen, dass die „Erbitterung“¹³⁷ über die gefühlte Machtlosigkeit des Individuums in einem demokratischen System über personalisierte Projektionsmechanismen abgeleitet würde. Aus diesem Grund richte sich das Ressentiment weniger gegen die Struktur der „wirtschaftlichen Ungleichheit“, sondern „gegen die demokratische Staatsform selbst“¹³⁸, bzw. gegen den politischen Usurpator, dessen Prototyp der ehemalige US-Präsident F.D. Roosevelt war und an dem in den *Studien* der sogenannte „Usurpator-Komplex“ gebildet wurde: „In der Regel ist der Usurpator-Komplex mit dem Problem der Familie verknüpft. Usurpator ist der, welcher behauptet, Mitglied einer Familie zu sein, die nicht die seine ist, oder der zumindest Rechte beansprucht, die einer anderen Familie gebühren.“¹³⁹

Gefragt nach den Vor- und Nachteilen der Demokratie, zeigt sich, dass es kaum Unterschiede zwischen den Wählergruppen gibt in der Wert-schätzung bestimmter Prinzipien oder Faktoren der Demokratie. Der mit Abstand größte Vorteil der Demokratie ist für alle Wähler der Wert der Meinungsfreiheit. Bei den einzelnen Parteien unterscheidet sich jeweils nur, welcher Vorteil als Zweites rangiert: Bei den FDP-Wählern folgt die politische Teilhabe, dann das politische System und dann Freiheit – genauso bei den Grünen- und SPD-Wählern. Bei den CDU-Wählern sind diese drei Kategorien relativ gleichmäßig verteilt, übrigens ebenso wie bei den Linkspartei-Wählern. Die einzelne Aufteilung bezüglich der Demokratie-vorteile bei den AfD-Wählern ist relativ unauffällig und unterscheidet sich kaum von anderen Wählergruppen. Vielmehr lässt sich hieraus schluss-folgern, dass die Kategorien von Meinungsfreiheit

¹³⁶ Schmitt-Beck: Wähler und Parteien bei der Bundestagswahl 2017, S. 656.

¹³⁷ Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 1995, S. 221.

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Ebd., S. 224.

und Freiheit im Allgemeinen viel zu ungenau und abstrakt sind, als dass hierüber nähere Bestimmungen getroffen werden könnten. Ein gewisser Unterschied besteht in der Stellung zur Möglichkeit politischer Teilhabe als Vorteil der Demokratie. Anteilsmäßig heben v. a. Wähler der FDP, Grünen und Linkspartei diesen Vorteil hervor, während die Differenz zum Item Meinungsfreiheit bei AfD, CDU und SPD-Sympathisanten deutlicher ist. Der größte Nachteil der Demokratie ist für alle Wähler der prozedurale Charakter, also der Umstand der langen bürokratischen Entscheidungsprozesse. Diese Kritik ist bei allen ausgeprägt, unabhängig davon, welche Partei präferiert wird. Bei den Grünen-, SPD-, FDP- und CDU-Wählern ist dies auch mit großem Abstand der am häufigsten genannte Nachteil. Alle anderen als Nachteile bestimmten Faktoren wurden verhältnismäßig wenig genannt. Bei den AfD-Wählern fällt auf, dass es – entgegen der Annahme, die AfD-Wählerschaft vereine eine gemeinsame Kritik – ganz unterschiedliche Faktoren sind, die als zentrale Nachteile der Demokratie genannt werden. So nimmt auch Migration bei den AfD-Wählern keine herausgehobene Rolle ein. Und entgegen den von der Studie von Frankenberger/Gensheimer/Buhr nahegelegten Ergebnissen¹⁴⁰ scheinen die AfD-Wähler in unserem Sample die Demokratie-Komponente „Meinungsfreiheit“ nicht überdurchschnittlich wichtig zu finden. Es handelt sich hier durchweg (Gesamtwert 99 Prozent) um einen hochgeschätzten Aspekt bzw. Vorteil demokratischer politischer Systeme.

Gleichwohl gibt es einige Punkte oder Kernparadigmen, die aus Sicht der AfD-Wähler das Wesen der Demokratie ausmachen: Für nahezu alle AfD-Wähler in unserem Sample ist klar, dass

Diagramm 16: Vorteile der Demokratie nach Parteineigung

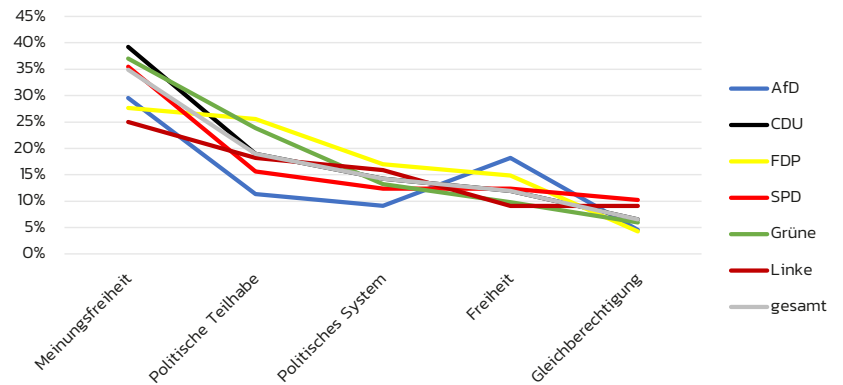
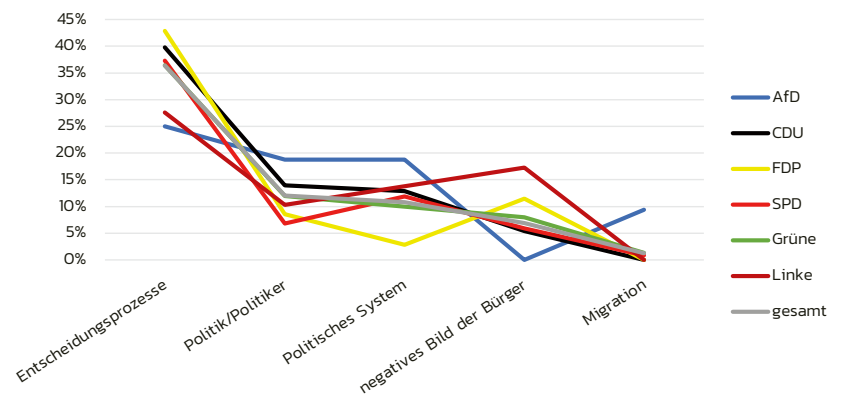


Diagramm 17: Nachteile der Demokratie nach Parteineigung



Gewaltenteilung oder ein Machtwechsel durch Wahlen unbedingt zu einer Demokratie dazugehören, genauso wie Volksentscheide auf Bundesebene, eine nationale Leitkultur und das staatliche Gewaltmonopol sowie die prinzipielle Kompromissfähigkeit. Aber ebenso eindeutig gehört demnach der Respekt vor Andersdenkenden, die informationelle Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit, Chancengleichheit, Leistungsgerechtigkeit und die soziale Marktwirtschaft zu einer Demokratie dazu. Einzelne Kernfragen sind für die AfD-Wählerschaft offensichtlich umstritten, so z. B. die Frage, ob das Austragen von Konflikten zu einer Demokratie dazugehört oder nicht. Zwar ist eine Mehrheit unbedingt oder eher dafür, aber knapp jeder Vierte sieht dies anders. Genauso bei der Frage, ob die parlamentarische Repräsentation ein bedeutsamer Faktor ist. In der Frage nach der Rolle der Experten scheint die AfD-Wählerschaft besonders gespalten. Knapp die Hälfte glaubt,

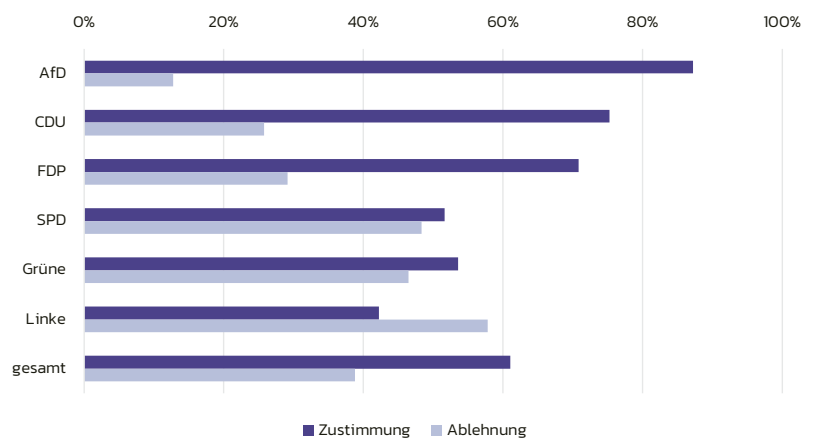
¹⁴⁰ Vgl. Frankenberger/Gensheimer/Buhr: Zwischen Mitmachen und Dagegen sein, S. 165.

dass Experten in einer Demokratie entscheiden sollten, während nicht ganz die andere Hälfte dies ablehnt. Und dann gibt es nicht zuletzt einzelne mit der Demokratie assoziierte Leitbilder, die aber aus Sicht der AfD-Wähler keineswegs dazugehören: Dies ist vor allem der Wert der Solidarität, also die Frage, ob der Staat auch für die Fürsorge von Menschen aufkommen sollte, die zuvor nicht in die Sozialkassen einbezahlt haben. Eine Mehrheit der AfD-Wähler sieht dies nicht als zur Demokratie dazugehörig an.

Sind dies nun die Umriss eines spezifischen Demokratie- oder Staatsbildes, das den AfD-Wähler auszeichnet? Mit Blick auf die Demokratievorstellungen der Wähler anderer Parteien lässt sich konstatieren: Die Demokratievorstellungen der AfD-Wähler unterscheiden sich nur unwesentlich von denen anderer Wähler. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die Wertigkeiten oder Priorisierungen der AfD-Wähler ebenso bei anderen Wählern auftreten, also keineswegs als Alleinstellungsmerkmal eines spezifischen AfD-Elektorats bezeichnet werden können: Die Grünen-Wähler beispielsweise sind in der Frage des Expertentums ganz ähnlich gespalten, nur eine knappe Mehrheit ist dafür. Aber auch mit Blick auf die anderen Wählergruppen zeigt sich, dass dies eine Art politischer Grundskonflikt zu sein scheint. So fällt beispielweise auf, dass die Verteilungen bei Wählern der Linkspartei und der FDP nahezu identisch sind – etwa eine Hälfte ist jeweils „eher“ dafür respektive dagegen, während ein sehr kleiner Anteil in beiden Lagern sich komplett gegen Expertenentscheidungen stellt oder diese ausnahmslos begrüßt. Die oft erwähnte direktdemokratische Vorstellungswelt, die den AfD-Wähler auszeichnen würde, dass also ein „direktes Demokratieverständnis“¹⁴¹ ein AfD-Wahlentscheidender Faktor sei, kann mit Blick auf den NDM nicht bestätigt werden. Die Anteile zur

Befürwortung von Volksentscheiden auf Bundesebene liegen bei den AfD-Wählern in etwa auf gleicher Höhe wie bei den Linkspartei-Wählern, aber auch die Werte bei den SPD-Wählern sind nur unwesentlich geringer. Insgesamt decken sich unsere Werte mit dem Befund vieler Umfragen der letzten Jahre, die über Parteigrenzen hinweg eine deutliche Befürwortung für derlei direktdemokratische Elemente auch auf Bundesebene feststellen konnten.¹⁴² Selbst die Wertung einer nationalen Leitkultur ist keineswegs ein AfD-Spezifikum. Schließlich ist auch fast die Hälfte der Grünen-Wähler unbeding oder eher für diese. FDP- und CDU-Wähler haben eine ähnliche Priorisierung

Diagramm 18: Befolgung einer „nationalen Leitkultur“ als Bestandteil von Demokratie nach Parteineigung



¹⁴² So zeigt eine repräsentative Meinungsumfrage des Institutes YouGov, dass 75 Prozent der Befragten bundesweite Volksentscheide voll oder eher befürworten würden (YouGov: Große Mehrheit für bundesweiten Volksentscheid, Union-Wähler und Junge kritischer, URL: <https://yougov.de/news/2016/10/18/grosse-mehrheit-fur-bundesweiten-volkse-scheid-un/> [13.11.2019]); Merkel und Ritzi verweisen mit Bezug auf eine Studie der Bertelsmann Stiftung, dass sich im Jahr 2011 mehr als 80 Prozent der Deutschen mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten wünschten (Merkel, Wolfgang/Ritzi, Claudia: Direkte Demokratie oder Repräsentation? Zum Reformbedarf liberal-repräsentativer Demokratie im 21. Jahrhundert, in: Wolfgang Merkel/Clau-dia Ritzi (Hrsg.): Die Legitimität direkter Demo-kratie. Wie demokratisch sind Volksabstimmun-gen?, Wiesbaden 2017, S. 227–250, hier S. 232.

¹⁴¹ Frankenberger/Gensheimer/Buhr: Zwischen Mitmachen und Dagegen sein, S. 152.

hinsichtlich einer nationalen Leitkultur als Teil der Demokratie. Die entschiedensten Gegner gegen diese sind dagegen die Wähler der Linkspartei.

Wenn überhaupt, dann gibt es ex negativo zwei Auffälligkeiten hinsichtlich dessen, was andere Wählergruppen auszeichnet und die offensichtlich nicht für das AfD-Elektorat gelten. Die erste Auffälligkeit betrifft die Zurechnung der Solidarität zur Demokratie. Von SPD und CDU, Grünen und Linkspartei bis selbst zur FDP; mindestens drei Viertel jeder Wählerschaft gibt an, dies als Wert zur Demokratie dazuzuzählen. Im Vergleich schätzen AfD-Wähler den Wert der Solidarität nur gering. Das ist auffällig und ein deutlicher Hinweis auf eine mögliche Bereitschaft zur Unterstützung sozialchauvinistischer Politikvorstellungen. Ein Wahlmovers, das durchaus der Hypothese des „Establishment-Misstrauens“ bzw. des „Usurpatorkomplexes“ hinsichtlich eines rigiden Nationalgeozentrismus entsprechen würde. Die zweite Auffälligkeit ist eine Differenz in der Frage der Leistungsgerechtigkeit: Für AfD-Wähler zählt diese unbedingt zu einer Demokratie dazu, kaum jemand zweifelt hieran. Hierin sind sich AfD-Wähler sehr ähnlich mit CDU- und FDP-Wählern. Während zwar auch bei den Grünen- und SPD-Wählern die Mehrheit dies auch so sieht, aber zumindest ein knappes Drittel dies eher nicht zur Demokratie dazu zählt, ist ein Unterschied vor allem zu den Linkspartei-Wählern zu beobachten. Mehr als ein Drittel lehnt die Leistungsgerechtigkeit als nicht zur Demokratie dazugehörig ab.

Egal, welche Partei die Wähler unterstützen, sie alle eint der Anspruch an das demokratische System, dass Politiker/Parteien sich nach den Vorgaben der Wähler richten müssten. Bei allen Wählergruppen stimmen dieser Aussage jeweils mindestens drei Viertel zu. Zwar haben alle Wähler einen ähnlichen Anspruch an das demokratische System, aber

nicht alle sehen diesen Anspruch erfüllt. Es ist bei Wählern von SPD, CDU, FDP und den Grünen, also den sogenannten „etablierten“ Parteien, jeweils immer nur ein knappes Drittel, das der Aussage zustimmt, dass Politiker gegen die Interessen der Bevölkerung handeln würden, gewissermaßen also dem Anspruch auf responsive Repräsentation der gewählten Politiker nicht gerecht werden. Demgegenüber sind drei Viertel der AfD-Wähler dieser Ansicht, fühlen sich also überdurchschnittlich stark von den politischen Eliten betrogen – nur etwas mehr als 10 Prozent der AfD-Wähler verwirft diese Aussage teils oder ganz. Neben den AfD-Wählern vermutet auch die Gruppe der Linkspartei-Wähler ein Handeln gegen die Interessen der Bevölkerung. Die Hälfte von ihnen stimmt ganz oder teils zu, jedoch lehnen immerhin fast 30 Prozent die Aussage ab.

Diagramm 19: Bestandteile von Demokratie nach Parteineigung

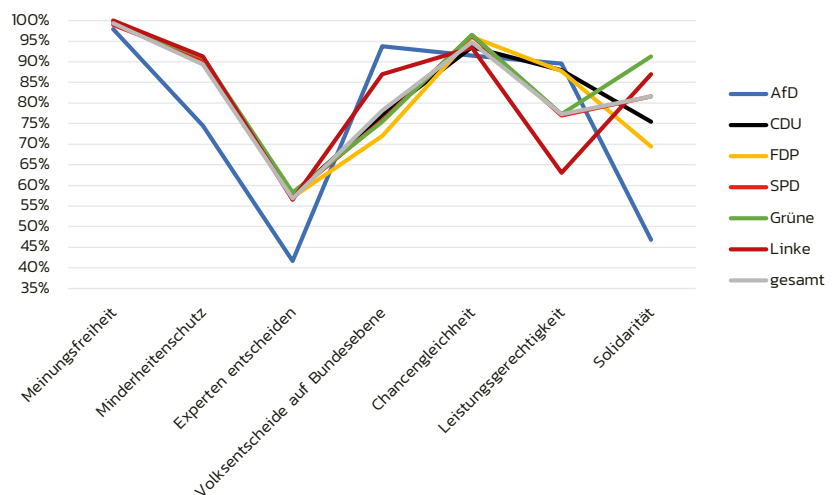


Diagramm 20: „Politiker/Parteien müssen den Vorgaben des Wählers folgen“ nach Parteineigung

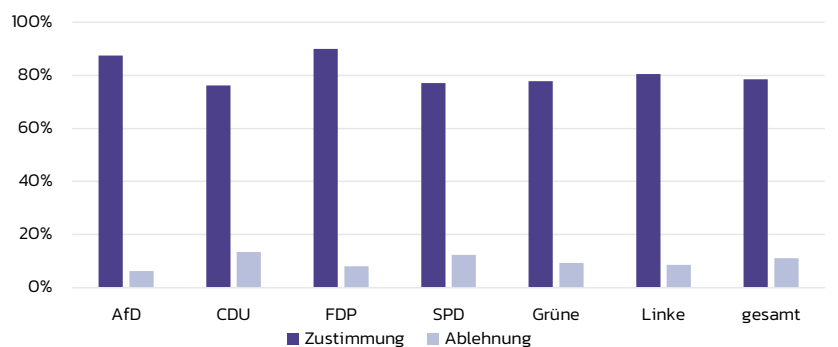
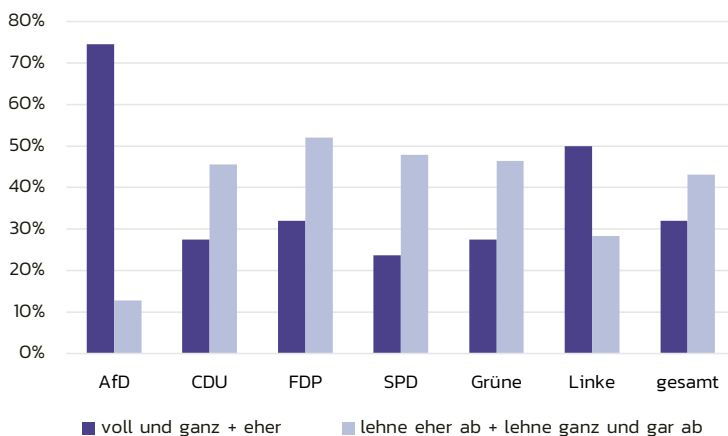


Diagramm 21: „Politiker handeln gegen die Interessen der Bevölkerung“ nach Parteineigung

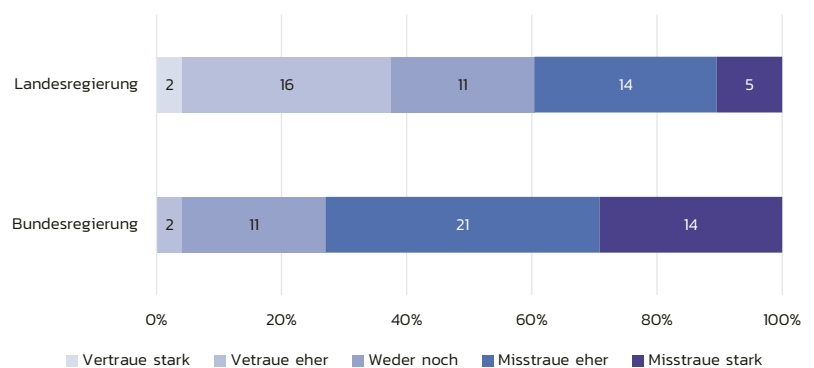


Kaum jemand schenkt Politikern und Parteien ein gewisses Maß an Vertrauen. Es ist bei allen Wählergruppen weniger als die Hälfte. Unter den SPD- und CDU-Wählern vertrauen dabei die meisten noch „eher“. Bei den Grünen-, Linkspartei- und FDP-Wählern vertraut jeweils nur etwa ein Drittel. Am wenigsten Vertrauen in Politiker und Parteien haben die AfD-Wähler. Dabei wird deutlich, dass der Wähler zwischen Politikern und Parteien auf der einen Seite und der Bundesregierung auf der anderen Seite unterscheidet. Denn vor allem bei SPD-, CDU-, Grünen- und FDP-Wählern gibt es ein außerordentlich hohes Vertrauen (von weit mehr als der Hälfte) in die Bundesregierung. Unter CDU-Wählern sind es sogar mehr als drei Viertel. Zumindest jeder dritte Linkspartei-Wähler schenkt der Bundesregierung ein gewisses Maß an Vertrauen. Hier unterscheiden sich die AfD-Wähler, denn nur hier gibt es quasi keine Vertrauensebene – zwar ist sich ein Drittel unschlüssig („weder noch“), aber drei Viertel sprechen offen ihr Misstrauen aus. Interessanterweise setzen AfD-Wähler offensichtlich die Bundes- nicht mit der Landesregierung gleich. Denn in der Frage des Vertrauens in die niedersächsische Landesregierung ist sich die AfD-Wählerschaft uneins. Zwar misstraut ein knappes Drittel auch der Landesregierung, aber etwa ein Drittel ist sich

unsicher („weder noch“) und etwas mehr als jeder Dritte schenkt der Landesregierung sogar ein gewisses Maß an Vertrauen. Die Vertrauenswerte für die Landesregierung sind dennoch deutlich schwächer als bei den anderen Parteien – die Linkspartei-Wähler vertrauen der Regierung in Hannover zumindest knapp zur Hälfte, bei FDP und Grünen sind es etwa drei Viertel; und bei SPD- und CDU-Wählern sind es erwartungsgemäß fast alle. Auffällig ist auch, dass selbst wenn sich die Personen aus dieser Gruppe nicht dazu hinreißen lassen, der Landesregierung ihr Vertrauen auszusprechen, nur die wenigsten aktiv ein Misstrauen kundtun.

Welchen staatlichen Institutionen vertrauen die Bürger? Die von uns befragten Niedersachsen vertrauen dem Bundesverfassungsgericht wie kaum einer anderen staatlichen Institution. Quer durch alle Parteineigungen hinweg misstraut kaum jemand dem höchsten deutschen Gericht. Selbst unter den AfD-Wählern, die noch die geringsten Vertrauenswerte im Vergleich haben, vertrauen ihm mehr als drei Viertel. Ähnlich hohe Vertrauenswerte erhält sonst – überraschenderweise – nur die Polizei. Auch hier gibt es kaum Unterschiede zwischen den Parteiwählerschaften. Die geringsten Vertrauenswerte haben im Vergleich die Linkspartei-Wähler, aber selbst unter diesen vertrauen drei Viertel der Polizei. Auch das Vertrauen zum Verfassungsschutz ist insgesamt relativ hoch. Mehr als die Hälfte der CDU-, FDP- und SPD-Wähler spricht diesem ihr Vertrauen aus. Selbst bei Grünen- und AfD-Wählern ist es aber

Diagramm 22: AfD-Sympathisanten - Vertrauen in Bundes- und Landesregierung



immerhin fast die Hälfte, die dem Verfassungsschutz traut, bzw. der größte Teil unentschlossen („weder noch“) ist. Das größte Misstrauen haben die Linkspartei-Wähler, nur jeder Dritte vertraut, aber annähernd die Hälfte misstraut offen dem Verfassungsschutz.

Den meisten anderen gesellschaftlichen, kulturellen und staatlichen Institutionen vertrauen die Wähler deutlich weniger. Das EU-Parlament genießt erwartungsgemäß kein sehr hohes Vertrauen. Bei den meisten Parteien ist es unter der Wählerschaft jeweils nur knapp die Hälfte, die dem EU-Parlament eher vertraut. Lediglich bei den AfD-Wählern findet sich ein deutlich niedrigerer Wert: Hier vertraut nur knapp jeder Fünfte dem EU-Parlament. Offensichtlich haben aber auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften unter der Wählerschaft keinen guten Stand. Nur eine Minderheit unter allen Parteien schenkt den religiösen Institutionen Vertrauen. Selbst unter den CDU-Wählern ist es nur jeder Dritte. Bei allen anderen Parteien sind es noch weniger.

Den öffentlich-rechtlichen Medien vertrauen vor allem die Wähler der Grünen und der SPD, jeweils mehr als drei Viertel. Bei der CDU- und FDP-Wählerschaft ist es jeweils etwas mehr als die Hälfte. Unter den Linkspartei-Wählern ist es jeweils nicht ganz jeder Zweite, bei den AfD-Wählern wiederum nur knapp jeder Fünfte. Die Verteilung bei den Vertrauenswerten zur gedruckten Tagespresse ist ähnlich zu der der öffentlich-rechtlichen Medien. Auch hier vertrauen Grünen- und SPD-Wähler am stärksten, während die AfD-Wähler der Tagespresse am wenigsten Vertrauen schenken. Es ist auffallend, dass den sozialen Medien so gut wie gar nicht in irgendeiner Weise vertraut wird. Das Misstrauen ist bei allen Wählergruppen, auch bei der AfD, äußerst ausgeprägt. Dieser Wert mag überraschen, geben AfD-Wähler doch in anderen Untersuchungen überdurchschnittlich häufig an, dass sie soziale Medien wie

Diagramm 23: Vertrauen (stark und eher) in Politiker, Parteien und Institutionen nach Parteineigung

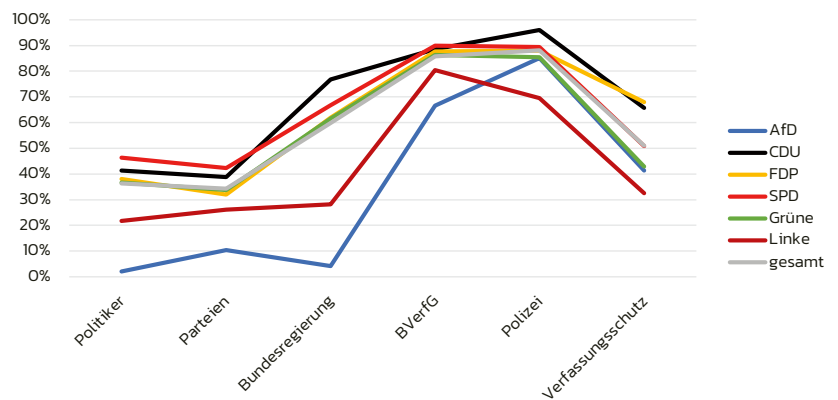
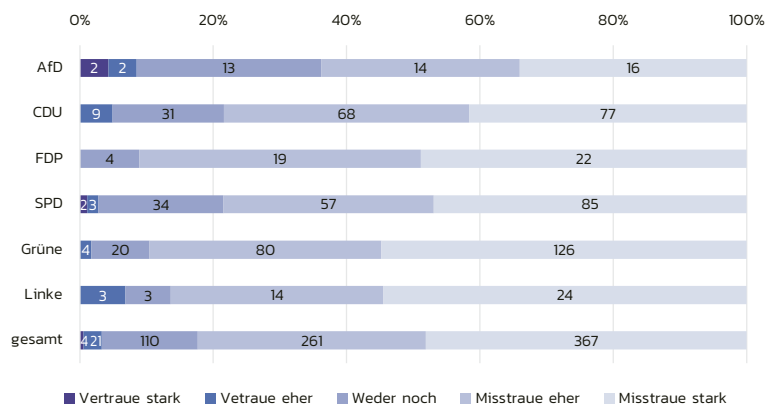


Diagramm 24: Vertrauen in Social Media nach Parteineigung



Facebook als Möglichkeit empfinden, Meinungen zu äußern, die sonst „unterdrückt“ würden.¹⁴³ Ebenso bekunden die AfD-Wähler in dieser Untersuchung, dass „sie selbst bei Facebook mutiger seien und Meinungen äußerten, die sie sonst nicht artikulieren würden.“¹⁴⁴

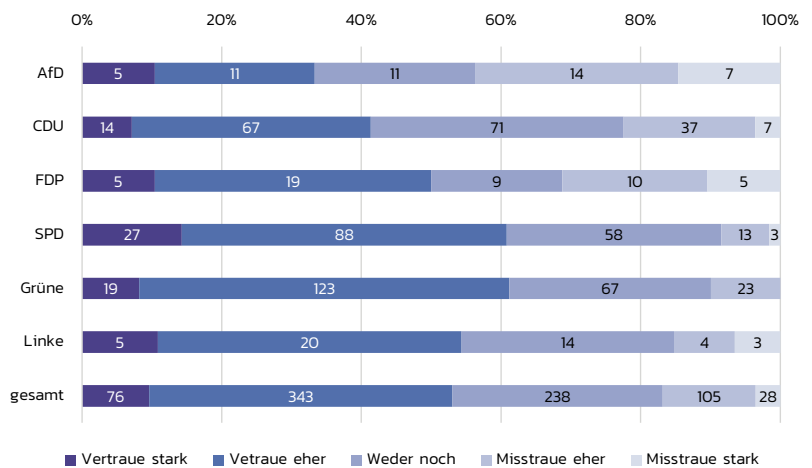
¹⁴³ Pokorny, Sabine: (Un-)Soziale Medien? Der Einfluss der Facebooknutzung auf die Sprach- und Streitkultur, Analysen & Argumente Nr. 356/2019, Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 14, URL: <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Der+Einfluss+der+Facebooknutzung+auf+die+Sprach-+und+Streitkultur.pdf/e6758fe4-3836-c0f5-d4cc-bdd33a10d469?version=1.0&t=1561010152737> [13.11.2019].

¹⁴⁴ Ebd.

Den Unternehmen in Deutschland wird insgesamt relativ wenig Vertrauen geschenkt – unter keiner Wählergruppe ist es mehr als die Hälfte. Das meiste Vertrauen mit fast jedem Zweiten haben die FDP- und CDU-Wähler, bei allen anderen Parteien ist es weniger als ein Drittel, das größte Misstrauen haben die Wähler der Linkspartei. Demgegenüber genießen Gewerkschaften insgesamt relativ viel Vertrauen. Bei fast allen Parteien vertraut ihnen mehr als die Hälfte der jeweiligen Wähler. Das größte Vertrauen schenken die Wähler von SPD und Grünen, das geringste demgegenüber die Wähler der AfD. Unter der AfD-Wählerschaft scheint die Frage des Vertrauens in die Gewerkschaften umstritten zu sein. Während fast die Hälfte diesen offen misstraut, gibt mehr als ein Drittel an, den Gewerkschaften zu vertrauen – wobei es auch sein kann, dass eben jene Vertrauenden auch diejenigen sind, die in unserem Sample Gewerkschaftsmitglieder sind.

Auch hinsichtlich der Fragen von Vertrauen und Verschwörungsneigung scheint die Motivachse des „Establishment-Misstrauens“ das Antwortverhalten zu grundieren. Denn: Das starke Institutionenmisstrauen der AfD-Wähler (und ebenso das moderate Misstrauen der Linkspartei-Wähler) führt zu einer stärkeren Bereitschaft zum Verschwörungsglauben. Gerade AfD-Wählern scheint es nach Responsivitätserfahrungen geradezu zu dürsten. Allerdings messen sie, so ließe sich vermuten, ihr Repräsentationsdefizit gerade

Diagramm 25: Vertrauen in Gewerkschaften nach Parteineigung



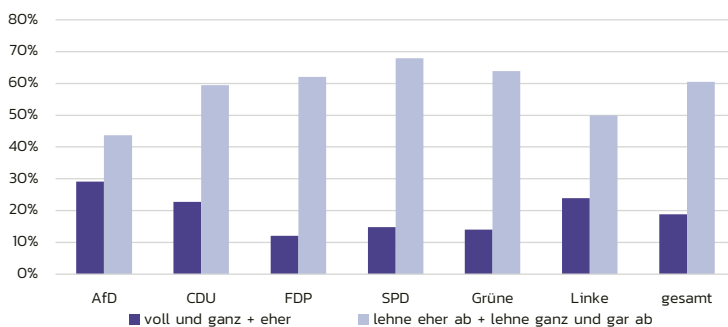
nicht primär daran, ob ihre materiellen Interessen oder auch Privilegien parteipolitisch und legislativ bzw. exekutiv umgesetzt werden, sondern vor allem an der mangelnden Abbildung ihres imaginierten Kollektivs (ihrer „Truppe“) in den Parlamenten, Institutionen und Posten.

Zwischenbilanz

Ließen sich bis hierhin schon Charakteristika extrahieren, was die AfD-Wähler ausmacht? Gibt es überhaupt „den AfD-Wähler“? Aktuelle Untersuchungen suggerieren zumindest auf den ersten Blick, dass sich die AfD-Wählerschaft grundlegend vom Rest der Bevölkerung unterscheidet, weil (vermeintlich allein) die AfD-Wähler „antidemokratisch“ geprägt seien. Diese These mag im nominalistischen Sinn zutreffen, wenn im direkten statistischen Vergleich allein danach geschaut wird, bei welchen Einstellungsitems die AfD-Wähler die höchsten Zustimmungswerte liefern. Die jüngst erschienene Sekundärauswertung der Leipziger Autoritarismus-Studie kommt zu diesem Ergebnis, weil sie allein die „Unterschiede“¹⁴⁵ herauszustellen versucht.

145 Schuler, Julia et al.: Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität: AfD-Wähler_innen weisen die höchste Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen auf, S. 4.

Diagramm 26: „Die staatlichen Behörden überwachen alle“ nach Parteineigung



Ihre empirische Untersuchung bestätigt zwar nach der Logik ihres Vorgehens, dass die AfD-Wähler hinsichtlich der erfragten Dimensionen von „rechtsextremen Einstellungen“ die höchsten Zustimmungswerte haben. Aber ihre Auswertung bestätigt im gleichen Atemzug *auch*, dass die Unterschiede zu den meisten anderen Partei-Wählergruppen je nach Frage-Item keineswegs besonders groß sind, was die Autoren allerdings nicht ausdrücklich thematisieren.¹⁴⁶ Insofern bestätigt diese Studie *ex negativo* doch die Befunde unserer vorliegenden Untersuchung, dass allein auf positivistischer Einstellungsebene kaum ausreichend die AfD-Wahl erklärt werden kann.

Unsere Vermutung ist vielmehr, dass das Movens in politisch-kulturellen Mentalitätsgründen zu suchen ist. Daher formulieren wir die These, dass der AfD-Wähler derjenige Parteiwähler mit dem größten „Establishment-Misstrauen“ ist. Er geht davon aus, dass „seine Leute“ von den politischen Repräsentationsorganen und damit von den Schalthebeln der Macht ferngehalten werden („Usurpatorkomplex“). Diese grundsätzliche Haltung scheint sich in den Einzelaspekten (Problemwahrnehmung, Demokratieverständnis, Verschwörung und Vertrauen) stärker auszudrücken, so dass diese kollektivitätsstiftender wirken als spezifische inhaltliche Motivationen (trotz der dominanten Migrationskritik). Und: Im „Establishment-Misstrauen“ ist der niedersächsische AfD-Wähler dem Linkspartei-Wähler am nächsten: Beide sehen ihre Gruppe nicht politisch abgebildet. Ungeklärt ist hier die auffällig geringe Zustimmung zum Wert der Solidarität, der durchaus auf ein spezifisches sozialchauvinistisches Wahlmovens hindeuten könnte – und den einzigen genuinen Unterschied zwischen AfD-Wählern und Linkspartei-Wählern darstellt. Wenn das stimmt, genügt weder eine Einzelthematik noch ein bestimmtes Einstellungsmuster als hinreichender Erklärungsfaktor für die AfD-Wahl.

¹⁴⁶ Beispielsweise hinsichtlich der Wahlpräferenz und Ausländerfeindlichkeit (ebd., S. 9), der Wahlpräferenz und Sozialdarwinismus (ebd., S. 10) oder auch der Wahlpräferenz und der Zustimmung zur Aussage: „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“ (ebd., S. 13), welche zugleich zeigt, dass sich die Wählerschaften von AfD und Linkspartei in einigen Punkten sehr ähnlich sind.

Abgesehen davon finden wir kaum Anzeichen dafür, was hinsichtlich der Sozialstruktur und der politischen Einstellungen eine ausschlaggebende Besonderheit der AfD-Wähler ausmachen könnte. Nicht nur die aktuell diskutierten Erklärungs-„Modelle“ zur AfD-Wahl beschreiben kein Spezifikum der AfD-Wähler¹⁴⁷, sondern es scheint auch empirisch in unserem Sample der Fall zu sein, dass es nicht *den* AfD-Wähler in Niedersachsen gibt. Ähnliche Diskussionen wurden bereits früher bei anderen Parteien rechts der Mitte geführt. So wurde etwa Anfang der 1990er Jahre bei dem kurzen Erfolgslauf der Republikaner diskutiert, ob das wahlentscheidende Moment für die Republikaner mit der sogenannten „Protestwähler-“ oder der „Modernisierungsverlierer“-These begriffen werden könne. Doch weder diese Thesen noch die Vermutung, dass sich die Republikaner-Wählerschaft damals grundlegend von den Wählerschaften der anderen Parteien unterscheiden würde, konnten in späteren Analysen bestätigt werden. Ganz im Gegenteil, sie unterschieden sich „bezogen auf ihre Sozialstruktur sowie [...] ihre politischen Einstellungen und Problemsichten“¹⁴⁸ kaum, sondern wiesen vergleichend „große Übereinstimmung“ zu den anderen Partei-Wählerschaften auf.

¹⁴⁷ So auch die Vermutung von Nachtwey, Oliver/Heumann, Maurits: Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus, in: Dörre, Klaus et al. (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Wiesbaden 2019, S. 435–453.

¹⁴⁸ beispielsweise Scheike, Ivo: Die Wählerschaft der Republikaner: Eine Analyse vor dem Hintergrund ihres früheren Wahlverhaltens, in: Dörner, Christine/Erhardt, Klaudia (Hrsg.): Politische Meinungsbildung und Wahlverhalten. Analysen zum „Superwahljahr“ 1994, Wiesbaden 1998, S. 184–202, hier S. 200.

5.3 Wahl-Verteilung der AfD in Niedersachsen

Die AfD ist keine rein ostdeutsche Partei.¹⁴⁹ Auch wenn sie bisher tendenziell eher in den neuen Bundesländern erfolgreicher war als in den alten, erzielte die AfD dennoch etwa auch bei den Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg 15,1 Prozent. Dies wirft letztlich die grundlegende Frage auf, ob der AfD-Erfolg – oder eben auch regionaler Misserfolg – Ausdruck eines politisch-kulturellen Traditionsbestandes ist, oder ob wir gerade erste Tendenzen eines solchen Traditionsbruchs beobachten können. Wie schneidet die AfD also in Niedersachsen bei Wahlen ab, wo ist sie eher erfolgreich und woran liegt das?

Tabelle 1: AfD-Ergebnisse in Niedersachsen

Wahl	Prozent
Bundestagswahl 2013	3,7
Europawahl 2014	5,4
Kommunalwahlen 2016	7,8
Bundestagswahl 2017	9,1
Landtagswahlen 2017	6,2
Europawahl 2019	7,9

Quelle: Angaben nach Landeswahlleiterin.

Die AfD tut sich in Niedersachsen verhältnismäßig schwer. Nicht nur partei- und personalpolitische Probleme hemmen derzeit ihre Entwicklung. Die AfD erhält auch elektoral noch relativ wenige Stimmen. Bei den Bundestagswahlen 2017 erreichte sie in Niedersachsen 9,1 Prozent, bei den niedersächsischen Landtagswahlen 2017 schaffte sie mit 6,2 Prozent den Einzug in den Landtag.

Bis vor wenigen Jahren hätte ein solches Wahlergebnis einer Partei rechts der Mitte einen Aufschrei ausgelöst, inzwischen wirken AfD-Erfolge dermaßen normal, dass der knappe Einzug als beruhigend interpretiert wird, weil weitaus höhere Ergebnisse schon befürchtet wurden und werden. Jedenfalls: Betrachtet man die AfD-Wahlergebnisse in Niedersachsen genauer, fallen unterschiedliche elektorale Schwerpunktregionen auf, in denen die Partei überproportional viele Stimmen erhielt. Diese Fragmentierung innerhalb Niedersachsens gilt es genauer zu beleuchten.¹⁵⁰

Im Bezirk Braunschweig erhielt die AfD bei den letzten Wahlen tendenziell überdurchschnittliche Stimmenanteile im Vergleich zum jeweiligen Landesdurchschnitt. Bei den Kommunalwahlen 2016 erzielte sie hier ihre besten Ergebnisse in Wolfsburg (10,5), Wolfenbüttel (10,6) und Goslar (11,1) – das schlechteste in Göttingen (5,4). Auch bei den Bundestagswahlen 2017 erlangte sie hier überdurchschnittliche Stimmenanteile, wobei ihre Hochburgen oder „elektoralen Schwerpunktregionen“ (Eike Hennig) besonders in Helmstedt-Wolfsburg (10,9) und Salzgitter-Wolfenbüttel (12,3) lagen. Dieses Muster bestätigte sich auch bei den niedersächsischen Landtagswahlen 2017. Ihr landesweit bestes Ergebnis erzielte sie hier im Wahlkreis Salzgitter mit 13,7 Prozent.¹⁵¹

Auch im Bezirk Hannover lagen die AfD-Ergebnisse tendenziell etwas über dem Landesdurchschnitt. Bei den Kommunalwahlen 2016 schaffte die AfD ihre besten Ergebnisse in Hameln-Pyrmont (10,5) und in der Region Hannover (10,1), ihr schlechtestes in Diepholz (7,7). Bei der Wahlanalyse der Bundestagswahl 2017 im Bezirk Hannover fällt auf, dass die AfD in Großstädten wie Hannover (Hannover-Stadt II: 7,6) deutlich schlechter abschnitt als im Umland (Hannover-Land II: 10,4). Lediglich bei den Landtagswahlen 2017 verändert sich die Verteilung, denn die AfD trat hier im Bezirk Hannover nicht in allen Wahlkreisen an, wo sie sich jedoch zur Wahl stellte, schaffte sie lediglich zwischen 5 und 7 Prozent.

¹⁴⁹ Vgl. Begrich, David: AfD. Die neue Macht im Osten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2019, S. 9–12.

¹⁵⁰ Nachfolgende Angaben beziehen sich auf Angaben der Landeswahlleiterin und Infratest Dimap: Wahlreport Landtagswahl Niedersachsen 2017. Eine Analyse der Wahl vom 15. Oktober 2017, Berlin 2017.

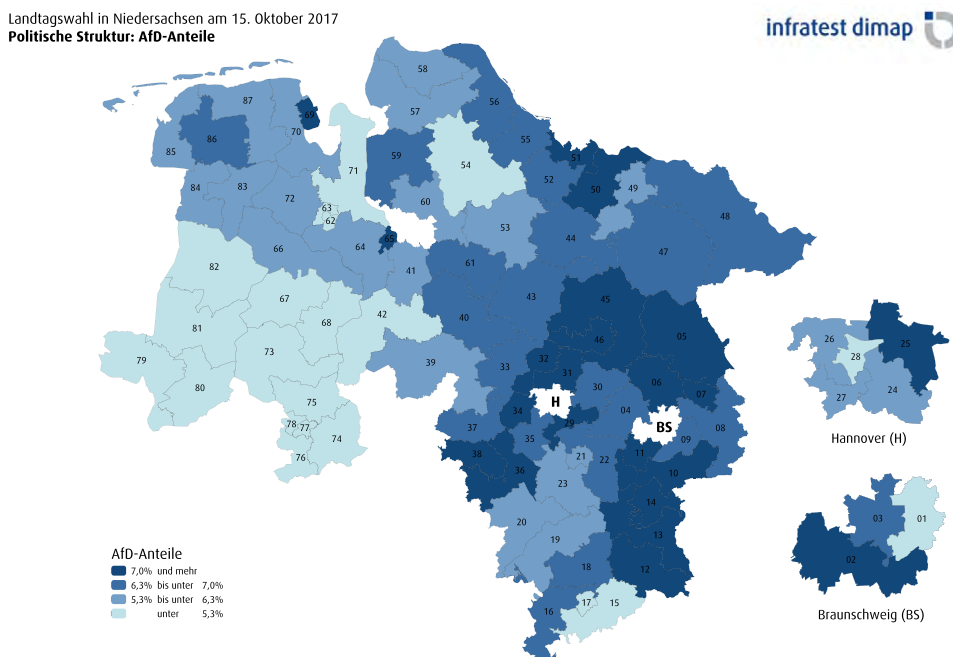
¹⁵¹ Vgl. ebd., S. 60.

Im Bezirk Lüneburg allerdings tut sich die AfD überraschenderweise erstaunlich schwer. Bei den Kommunalwahlen 2016 erreichte sie hier nur durchschnittliche Ergebnisse. Zwar erzielte sie in Celle 10,7 Prozent, schwankte sonst allerdings zwischen 6,6 in Rotenburg (Wümme) und 9,2 in Verden. Auch bei der Bundestagswahl 2017 kam die AfD hier nur auf durchschnittliche Ergebnisse zwischen 8 und 10 Prozent. Auch die Ergebnisse bei der Landtagswahl 2017 für die AfD im Bezirk Lüneburg sind bemerkenswert. Denn gerade in dieser Region, die eine lange Tradition rechter Erfolge aufweist¹⁵², tut sich die AfD außerordentlich schwer. Sie erzielte auch hier nur landesdurchschnittliche Ergebnisse. In Regionen wie Bremervörde oder Rotenburg (Wümme), wo die SRP in den 1950er Jahren enorme Erfolge erzielen konnte, tritt die AfD nicht einmal an. Lediglich in Celle schaffte sie 8,7 Prozent.

152 Vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina: Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Ein historischer Problemaufriss, Fodex-Studie Rechtsradikalismus, Göttingen 2019.

Im Bezirk Weser-Ems zeigen sich regionale Ambivalenzen. Im nördlichen Weser-Ems-Bezirk kam die AfD teilweise auf hohe, teilweise auf sehr schlechte Ergebnisse. Während sie bei den Kommunalwahlen 2016 in einigen Kreisen nicht einmal antreten konnte, oder etwa in Aurich nur 6,1 Prozent erzielte, schaffte es die AfD auf 11,2 Prozent in Wilhelmshaven und in Delmenhorst gar auf 15,1 Prozent. Bei den Landtagswahlen 2017 kam sie hier auf durchschnittliche Ergebnisse, einzige Ausnahme war wiederum Delmenhorst, wo sie 11,0 Prozent erhielt. Demgegenüber kam die AfD im südlichen Weser-Ems-Bezirk auf ihre landesweit schlechtesten Ergebnisse. So erzielte sie etwa bei den Kommunalwahlen 2016 in Os nabrück oder Vechta lediglich 5,6 bzw. 5,9 Prozent, in Cloppenburg gar nur 3,3 Prozent. Auch bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die AfD im südlichen Bezirk Weser-Ems ihre landesweit schwächsten Ergebnisse. In Mittelems erhielt sie ihr schlechtestes Ergebnis von ganz Niedersachsen mit gar nur 5,0 Prozent. Dieses Muster bestätigte sich auch bei der niedersächsischen Landtagswahl 2017. Die AfD trat hier in weniger als der Hälfte der Wahlkreise überhaupt erst an, was für

Karte 1: AfD-Ergebnisse in Regionen bei der Landtagswahl 2017



Quelle: Infratest Dimap: Wahlreport Landtagswahl Niedersachsen 2017, S. 77.

Organisationsprobleme und eine schwache lokale Verankerung spricht. Und wo sie antrat, schaffte sie nur zwischen 3 und 4 Prozent.

Die jeweiligen regionalen AfD-Ergebnisse dürfen an dieser Stelle freilich nicht überbewertet werden, dafür sind nach bisherigem Forschungsstand die Wahlmotive, die soziostrukturellen Profile und die regional-kulturellen Kontextbedingungen zu diffus und heterogen. Allerdings dienen diese spezifischen Wählerreservoirs als ein Indiz und ein weiterführendes Puzzleteil für die vertiefende Forschung über die Performanz der Parteien rechts der Mitte in Niedersachsen.

5.4 Zur Soziodemographie der AfD-Wähler

Die nachfolgende Darstellung zur Eruierung sozioökonomischer und soziokultureller Momente, die potenziell eine gewisse Erklärungskraft für das Wahlverhalten haben können, orientiert sich sowohl an vorhergehenden Wahlanalysen zu früheren Parteien rechts der Mitte als auch an anderen vergleichend angelegten Länderanalysen.¹⁵³ Für die Ausführungen des folgenden Abschnitts wurde auf Datensätze des *Niedersächsischen Landesamts für Statistik*¹⁵⁴ zurückgegriffen. Konkret haben wir die Zweitstimmenergebnisse der Partei „Alternative für Deutschland“ in Niedersachsen bei der Bundestagswahl 2017 (9,1 Prozent) und der Landtagswahl 2017 (6,2 Prozent) sowie in Teilen¹⁵⁵ die Ergebnisse der AfD bei der Europawahl 2019 (7,9 Prozent) verwendet, um nach sozioökonomischen und demographischen

Mustern sowie Besonderheiten im Bereich der Wahlbeteiligung innerhalb niedersächsischer Gebietsgliederungen (Landkreise bzw. kreisfreie Städte) zu fragen.¹⁵⁶

Wahlbeteiligung

Eine aktuelle Studie zu den Landtagswahlen 2014 und 2019 in Thüringen zeigt, dass die AfD tendenziell in solchen Regionen überdurchschnittliche Erfolge erzielt, in denen – am Landesdurchschnitt gemessen – eine niedrige Wahlbeteiligung herrscht.¹⁵⁷ Um das Bestehen einer solchen negativen Korrelation auch für den niedersächsischen Fall zu überprüfen, wurde das statistische Standardmaß des Pearson-Korrelationskoeffizienten¹⁵⁸ für die Bundestagswahl, Landtagswahl und Europawahl in Niedersachsen berechnet. Tatsächlich zeigen die Daten¹⁵⁹ für die Bundestagswahl (BTW) 2017, die Landtagswahl (LTW) 2017 sowie die Europawahl (EW) 2019 einen negativen Zusammenhang zwischen niedriger Wahlbeteiligung in einer Gebietsgliederung und einem höheren Ergebnis für die AfD. Dabei ist der Zusammenhang mit einem Korrelationskoeffizienten („r“) von $-0,467$ bei der LTW und $-0,401$ bei der BTW mittelstark ausgeprägt. Für die EW zeigt sich sogar ein noch stärker ausgeprägter Zusammenhang mit einem Wert

¹⁵³ Vgl. beispielsweise Scheike: Die Wählerschaft der Republikaner; Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias: Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden, Jena 2019.

¹⁵⁴ Landesamt für Statistik Niedersachsen: LSN-Online Datenbank, URL: <https://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/default.asp>.

¹⁵⁵ Die Aufbereitung der Ergebnisse zur Europawahl war lediglich im Abschnitt „Stadt/Land“ nicht möglich, weil hier nicht für alle Gebietsgliederungen zuverlässige Daten vorliegen.

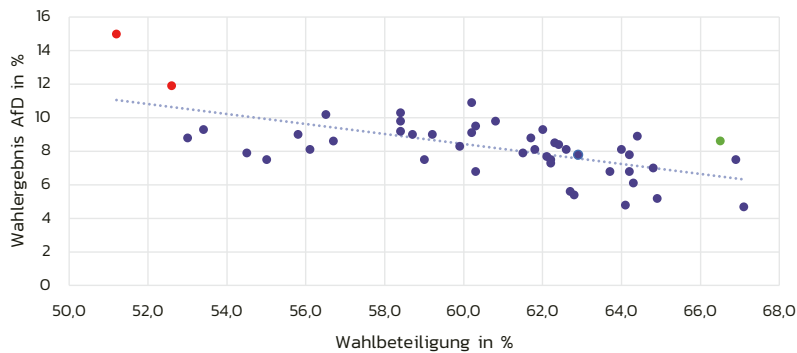
¹⁵⁶ Die letzten Zahlen zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegen lediglich für das Jahr 2011 vor, weswegen wir für diesen Bereich auf eine Bezugnahme verzichten.

¹⁵⁷ Richter/Salheiser/Quent: Rechtsradikale Landnahme, S. 8.

¹⁵⁸ Der Korrelationskoeffizient r gibt Auskunft über den Zusammenhang zwischen zwei Variablen – sofern dieser linear ist. Ein negativer Koeffizient deutet dabei auf einen negativen Zusammenhang hin (höhere Werte einer Variable gehen mit niedrigeren Werten der anderen Variable einher), ein positiver Koeffizient zeigt einen positiven Zusammenhang an (hohe Werte einer Variable gehen mit hohen Werten der anderen Variable einher), während bei einem Koeffizienten von 0 kein Zusammenhang besteht. Je mehr sich die Werte dabei 1 (positiv) bzw. -1 (negativ) annähern, desto stärker ist der Zusammenhang.

¹⁵⁹ Vgl. dazu Tabelle im Anhang.

Diagramm 27: Wahlbeteiligung und Wahlerfolg der AfD zur Europawahl 2019



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik.

von $-0,640$. Allerdings verdeutlicht selbst die zugehörige Punktwolke, dass eine durchaus große Streuung entlang der Trendlinie für die Europawahl vorliegt.

Auffällig ist indes trotzdem, dass die zwei Städte mit den höchsten Anteilen für die AfD (Salzgitter-Stadt – 15 Prozent bei EW und Delmenhorst-Stadt – 11,9 Prozent bei EW) auch solche Gebietsgliederungen in Niedersachsen sind, die im Landesdurchschnitt zu den Gebieten mit der schwächsten Wahlbeteiligung gehören. Diese sind in der Grafik oben rot markiert. Genauso zeigt die vorliegende Grafik aber auch, dass eine hohe Wahlbeteiligung nicht automatisch vor einem überdurchschnittlichen Ergebnis der AfD bewahrt. Das beste Beispiel hierfür dürfte der Fall des Kreises Harburg (grün markiert) sein, der trotz der landesweit drittbesten Wahlbeteiligung von 66,5 Prozent ein überdurchschnittliches Ergebnis für die AfD (8,6 Prozent) aufweist.

Demographie und Abwanderung

Ein Erklärungsansatz für den Wahlerfolg der AfD bedient sich soziodemographischer Variablen. Insbesondere solche Gebiete, in denen die Gesellschaft überaltert, während gleichzeitig jüngere Menschen abwandern, sowie Gebiete, in denen Arbeitsplatzverlust und eine schlechte wirtschaftliche Lage drohen, scheinen im westdeutschen Vergleich gute Ergebnisse für die AfD zu

bergen.¹⁶⁰ Wie verhält sich dieser Befund zu den 46 niedersächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten in unserer Untersuchung? Zur Annäherung an diese Frage wurden zuerst die Datensätze analysiert, die Aufschluss über die Bevölkerungsentwicklung in den Gebieten geben. Einerseits beziehen wir uns hierbei auf das Durchschnittsalter der einzelnen Gebietsgliederungen, um zu erfragen, ob Gebiete mit einer älteren Bevölkerung in der Tendenz auch solche Gebiete sind, in denen vermehrt AfD gewählt wird. Andererseits beziehen wir uns auf das Maß des Wanderungssaldos,

das Aufschluss darüber gibt, inwiefern Kreise und kreisfreie Städte von einer Bevölkerungsabwanderung betroffen sind.

Als „ältere“ Gebietsgliederungen sollen im Folgenden solche gelten, die das Maß der statistischen Standardabweichung zum vorliegenden niedersächsischen Altersdurchschnitt von 44,6 Jahren erreichen oder überschreiten. In diesem Fall beträgt die standardmäßige Abweichung – berechnet aus der Varianz der Durchschnittsalter aller Regionen zum Mittelwert¹⁶¹ – 1,7 Jahre. Angewendet auf den vorliegenden Datensatz ergeben sich aus diesem Schema neun Landkreise, die diese Bedingung erfüllen, weil ihr Altersdurchschnitt den Wert von 46,3 Jahren erreicht oder überschreitet. In der **Tabelle 2** sind die Anteile der AfD hervorgehoben (gefettet), die den Landesdurchschnitt bei der LTW 2017 (6,2 Prozent), der BTW 2017 (9,1 Prozent) oder der EW 2019 (7,9 Prozent) überschreiten. Die hier hervorgehobenen Gebietsgliederungen erfüllen bei allen drei Wahlen diese Bedingung eines überdurchschnittlichen Ergebnisses für die AfD – Holzminden weist nur für die Bundestagswahl und Europawahl erhöhte Werte auf, für Cuxhaven gilt die Feststellung nur bei der Europawahl. Während die älteste Region

¹⁶⁰ Franz/Fratzcher/Kritikos: Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, S. 601.

¹⁶¹ Vgl. hierzu Tabelle im Anhang.

Tabelle 2: Gebietsgliederungen mit dem höchsten Altersdurchschnitt in Niedersachsen

Gebietsgliederung	Altersdurchschnitt	AfD BTW 2017	AfD LTW 2017	AfD EW 2019
354 Lüchow-Dannenberg	48,2	7,8	5,4	7,5
153 Goslar	47,9	11,1	7,8	10,3
255 Holzminden	47,3	9,6	6,0	8,3
360 Uelzen	47,0	9,4	6,7	8,8
155 Northeim	47,1	9,5	6,3	8,1
455 Friesland	46,9	8,2	5,9	7,7
252 Hameln-Pyrmont	46,8	10,5	7,2	9,8
257 Schaumburg	46,5	10,3	6,9	9,0
352 Cuxhaven	46,5	8,9	5,9	8,1

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik

Niedersachsens, Lüchow-Dannenberg, sich dem vermuteten Trend entzieht, können bei sieben (EW), sechs (BTW) und fünf (LTW) aus neun Gebieten überdurchschnittliche Werte für die „Alternative für Deutschland“ festgestellt werden. Allerdings ist äußerste Vorsicht geboten, hieraus eine Regelmäßigkeit ableiten zu wollen. Um das Maß der Überalterung in Relation zu einer verstärkten AfD-Affinität des Elektorats zu setzen, scheinen doch gerade solche Werte, die den AfD-Landesdurchschnitt nur um wenige Zehntelprozent überschreiten, ungeeignet. Stattdessen werden wir die neun aufgeführten Gebietsgliederungen mit der Liste der zehn Landkreise und kreisfreien Städte im Bundesland vergleichen, die die höchsten Stimmanteile für die AfD aufweisen. Für die Ergebnisse der Bundestagswahl kann so konstatiert werden, dass immerhin drei der angesprochenen sechs Gebiete (Goslar, Hameln-Pyrmont, Schaumburg) auch zu den zehn Gebieten in Niedersachsen mit den höchsten AfD-Wahlergebnissen bei der Bundestagswahl gehören. Im Bereich der Landtagswahlen und Europawahlen erfüllen nur zwei der fünf bzw. sieben Gebiete (Goslar, Hameln-Pyrmont) diese Prämisse. Die AfD-

Hochburgen in Niedersachsen sind also mitnichten stets überalterte Städte oder Kreise – wie folgende Aufstellung veranschaulicht.

Während **Tabelle 3a** und **Tabelle 3b** zur Bundestags- und Landtagswahl zeigen, dass unter den fünf Gebietsgliederungen mit den höchsten AfD-Anteilen (hervorgehoben) keine den vorher definierten Status einer *älteren Region* erreicht, gelingt dies bei der Europawahl (**Tabelle 3c**) lediglich Goslar. Mehr noch: Die niedersächsischen Landkreise bzw. kreisfreien Städte, die in einer statistischen Definition den Begriff der *Hochburg*¹⁶² erfüllen, liegen mit Ausnahme von Celle, Goslar und Wilhelmshaven sogar unter dem landesweiten

¹⁶² Eine Hochburg ist nach einer statistischen Definition eine Region, deren Abweichung vom arithmetischen Mittel der Stimmenverteilung im Land (9,1 bei BTW / 6,2 bei LTW) die der Standardabweichung ($\sigma = 1,84$ bei BTW / $\sigma = 1,66$ bei LTW) überschreitet (vgl. dazu Kaack, Heino: Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese. Regionale Stimmenverteilung, Chancen der Kandidaten und Ausleseverfahren, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1965, Bonn 1969, S. 21).

Tabelle 3 a–c: Gebietsgliederungen mit den höchsten AfD-Ergebnissen bei Bundestagswahl, Landtagswahl, Europawahl sowie deren Durchschnittsalter

Gebietsgliederung	Ø Alt.	AfD BTW	Gebietsgliederung	Ø Alt.	AfD LTW
102 Salzgitter, Stadt	44,2	16,4	102 Salzgitter, Stadt	44,2	13,6
401 Delmenhorst, Stadt	44,0	13,1	401 Delmenhorst, Stadt	44,0	10,5
103 Wolfsburg, Stadt	44,4	11,7	405 Wilhelmshaven, Stadt	46,2	8,3
351 Celle	45,2	11,7	103 Wolfsburg, Stadt	44,4	8,1
151 Gifhorn	43,9	11,4	351 Celle	45,2	8,0
153 Goslar	47,9	11,1	153 Goslar	47,9	7,8
405 Wilhelmshaven, Stadt	46,2	10,6	151 Gifhorn	43,9	7,3
252 Hameln-Pyrmont	46,8	10,5	158 Wolfenbüttel	46,1	7,2
157 Peine	44,6	10,3	252 Hameln-Pyrmont	46,8	7,2
257 Schaumburg	46,5	10,3	353 Harburg	45,1	7,1
Gebietsgliederung	Ø Alt.	AfD EW			
102 Salzgitter, Stadt	44,2	15,0	Altersdurchschnitt von 44,6 Jahren. Wenn wir also über die AfD-Hochburgen in Niedersachsen sprechen, sind diese tendenziell nicht älter, sondern jünger als der landesweite Durchschnitt. Der von Franz/Fratzscher/Kritikos beschriebenen AfD-Anfälligkeit von „überalterten Regionen“ ¹⁶³ können wir zumindest mit Blick auf das Bundesland Niedersachsen also nur in bedingtem Maße zustimmen. Insgesamt scheinen sich die Ergebnisse dagegen vielmehr solchen Befunden anzuschließen, die keinen Zusammenhang zwischen AfD-Sympathie und Alter feststellen können. ¹⁶⁴		
401 Delmenhorst, Stadt	44,0	11,9	Neben der Frage nach der Überalterung stellen wir zudem die Frage nach den Wanderungsströmen in den Gebietsgliederungen. Sind solche Kreise oder kreisfreien Städte, die besonders von einer Bevölkerungsabwanderung betroffen sind, AfD-affine Gebiete? Um uns diesem Aspekt		
351 Celle	45,2	10,9			
153 Goslar	47,9	10,3			
103 Wolfsburg, Stadt	44,4	10,2			
151 Gifhorn	43,9	9,8			
252 Hameln-Pyrmont	46,8	9,8			
402 Emden, Stadt	43,5	9,5			
157 Peine	44,6	9,3			
405 Wilhelmshaven, Stadt	46,2	9,3			

Quelle: Eigene Darstellungen nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik

¹⁶³ Franz/Fratzscher/Kritikos: Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, S. 601.

¹⁶⁴ Hambauer/Mays: Wer wählt die AfD?, S. 150.

anzunähern, werfen wir einen Blick auf den totalen Wanderungssaldo der Regionen, bevor vertiefend auf die Zu- und Abwanderung innerhalb der jüngeren Bevölkerungssegmente eingegangen wird. Der Wanderungssaldo in einem Gebiet kann errechnet werden durch die Subtraktion der fortgezogenen Bürger von den zugezogenen Bürgern. Blicken wir auf die Datenreihen der untersuchten 46 Gliederungen¹⁶⁵, fällt zuerst auf, dass nur drei Gebiete in Niedersachsen (Braunschweig, Stadt; Lüchow-Dannenberg; Heidekreis) einen negativen Wanderungssaldo aufweisen. Die anderen Kreise und kreisfreien Städte tragen mit einem – zumeist leichten – Übergewicht an Zuzügen dazu bei, dass Niedersachsen im Jahr 2017 gut 38.000 Menschen mehr neu registrieren konnte, als es durch Abwanderung verlor. Weder bei den drei genannten Regionen noch bei den Gebieten, die nur knapp einen positiven Wanderungssaldo erreichen können, lassen sich jedoch Regelmäßigkeiten einer höheren AfD-Anfälligkeit feststellen.

Ist aber vielleicht nicht nur der totale Wanderungssaldo, sondern dieselbe Maßeinheit in Bezug auf jüngere Altersgruppen aufschlussgebend? Vor allem vor dem Hintergrund der Frage nach der Beziehung zwischen Alter und AfD-Wahl? Während Hambauer und Mays zwar keine statistische Signifikanz in Bezug auf Alter und

AfD-Wahlabsicht nachweisen können, zeigen sie doch, dass die AfD in Westdeutschland v. a. in der Altersgruppe der 45 bis 52-Jährigen ihren größten Rückhalt findet, während sie (mit Ausnahme der Gruppe 75–86) bei den Menschen zwischen 18 und 24 die niedrigste Zustimmung erhält.¹⁶⁶ Und auch demoskopische Daten zur letzten Landtagswahl belegen, dass die AfD-Anteile in Niedersachsen in der Altersgruppe 18–24 unter dem Landesdurchschnitt blieben.¹⁶⁷ Kann deshalb dort, wo anteilmäßig viele junge Menschen die Region verlassen, auch eine Tendenz zu erhöhten AfD-Ergebnissen erkannt werden? Um diesen Sachverhalt zu ermitteln, wurde der Wanderungssaldo der Gruppe der 18 bis 25-Jährigen in Relation zur Gesamtbevölkerung gesetzt. **Tabelle 4** führt die fünf Gebiete auf, bei denen sich der negative Wanderungssaldo am deutlichsten in Bezug auf die Gesamtbevölkerungszahl bemerkbar macht.

Anstatt aber eine Liste mit AfD-affinen Gebietsgliederungen vorzufinden, können wir eher das Gegenteil beobachten: Vier der fünf ermittelten Landkreise bleiben bei LTW und BTW unter dem landesweiten Durchschnitt; nur Osterholz weist leicht erhöhte AfD-Werte auf, rangiert aber

¹⁶⁵ Vgl. hierzu Tabelle im Anhang.

¹⁶⁶ Ebd., S. 141.

¹⁶⁷ Infratest dimap: Wahlreport Landtagswahl Niedersachsen 2017, S. 61.

Tabelle 4: Gebietsgliederungen mit der anteilmäßig höchsten Abwanderung von Menschen in der Altersgruppe 18–25 in Niedersachsen

Gebietsgliederung	Gesamtbevölkerung	Wanderungssaldo – Alter 18–25	Verhältnis Abwanderung zu Gesamtbevölkerung	AfD BTW	AfD LTW	AfD EW
354 Lüchow-Dannenberg	48424	-214	0,44	7,8	5,4	7,5
455 Friesland	98460	-369	0,37	8,2	5,9	7,7
462 Wittmund	56882	-198	0,35	8,6	5,8	8,8
356 Osterholz	113517	-351	0,31	9,6	6,6	8,1
352 Cuxhaven	198213	-577	0,29	8,9	5,9	8,1

Quelle: Eigene Berechnung mit Daten von LSN Online: Tabellen A100001G und K1200050 sowie Z5000312, M5000312 und M500e313.

weit hinter den zuvor festgestellten Hochburgen. Bei der EW überschreiten zwar Cuxhaven und Osterholz den landesweiten Durchschnitt knapp, während Wittmund mit 0,9 Prozent darüber liegt – trotzdem bleiben die Gebiete damit noch weit von den Hochburgen im Land entfernt.

Arbeitslosigkeit

Noch umstrittener als die Frage nach der Fixierung der AfD-Wähler durch demografische Variablen ist die Frage nach dem Verhältnis zu sozioökonomischen Indikatoren. Nahm man die AfD in ihrer Frühphase öffentlich gerne als „Professorenpartei“ wahr¹⁶⁸, verweist Alexander Häusler schon für diese Anfangszeit auf den Sammlungscharakter, den die Partei für unterschiedliche politische Milieus und Wählerschichten besaß.¹⁶⁹ Wie aber sehen diese verschiedenen Wählerschichten aus? Bezieht man diese Frage auf ihren sozioökonomischen Background, erweist sich insbesondere die Diskussion als virulent, ob es sich bei den Wählern der AfD in besonderem Maße um sogenannte Modernisierungsverlierer handelt. Während Holger Lengfeld der These, nach der die AfD eine Partei für Modernisierungsverlierer sei, entschieden widerspricht¹⁷⁰, weisen Martin Kroh und Karolina Fetz auf ein starkes Übergewicht an Arbeitern und Arbeitslosen in der Wählerschaft hin.¹⁷¹ Dies ist insofern von Bedeutung, als dass Arbeitslosigkeit neben anderen Faktoren einen gewichtigen Indikator innerhalb der Modernisierungsverlierer-Theorie darstellt. Neben dem Verlust von materiellen Ressourcen, kann Arbeitslosigkeit auch immaterielle und

psychologische Folgen haben, die das Gefühl relativer Deprivation bestärken – und damit im Sinne der genannten Theorie ein Votieren für rechtspopulistische Parteien begünstigen können.¹⁷²

Um die Diskussion für Niedersachsen weiterzuführen, haben wir aktuelle Zahlen der *Bundesagentur für Arbeit* für den niedersächsischen Arbeitsmarkt mit den Wahlergebnissen der AfD im Land verglichen.¹⁷³ Wie auch bei anderen bisher angelegten Variablen verbietet sich die vorschnelle Ableitung eines kausalen Mechanismus zwischen hoher Arbeitslosigkeit (niedersächsischer Durchschnitt = 4,8 Prozent) und hohen Wahlergebnissen für die AfD. Allerdings legt nicht nur der Korrelationskoeffizient von $r_{x,y1} = 0,515$ einen Zusammenhang zwischen erhöhter Arbeitslosigkeit und erhöhten Ergebnissen für die AfD bei der zurückliegenden Landtagswahl nahe. Auch der grafische Vergleich deutet Muster in der regionalen Verteilung zwischen Arbeitslosigkeit und AfD-Wahl an.

In **Karte 2** sind die drei Regionen in Niedersachsen mit einem gelben Kreis markiert, die landesweit die höchsten Arbeitslosenquoten aufweisen: *Salzgitter, Stadt* mit 8,3 Prozent im Südwesten, *Delmenhorst, Stadt* mit 8,9 Prozent (angrenzend an Bremen) und *Wilhelmshaven, Stadt* mit 9,6 Prozent an der Nordseeküste gelegen. Doch weisen diese Städte nicht nur die höchsten Arbeitslosenquoten im Landesschnitt, sondern auch durchweg überdurchschnittliche Ergebnisse für die AfD bei den vergangenen Wahlen zu Landtag, Bundestag und dem europäischen Parlament (vgl. dazu **Tabellen 3 a-c**) auf: Demnach erscheinen die drei Regionen nicht nur auf der Karte zur Landtagswahl (**Karte 3**) als dunkelblau eingefärbte Gebiete, sondern auch insgesamt jeweils in der Liste der zehn Regionen mit den höchsten AfD-Ergebnissen. Besonders auffällig scheint diese Verbindung bei Salzgitter und Delmenhorst zu sein, die bei allen drei Wahlen die höchsten Ergebnisse für die Partei bereithielten.

Doch auch abseits der Frage nach Hochburgen der AfD lassen die dargestellten Karten gewisse Trends erkennen: Auffällig ist beispielsweise, dass

¹⁶⁸ Gamperl, Elisabeth: Europas neue Anti-Parteien, in: Zeit Online, 23.05.2013, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2013-05/protestparteien-europa-antieuro/komplettansicht> [02.12.2019].

¹⁶⁹ Häusler, Alexander: Ausblick, in: ders. (Hrsg.): Die Alternative Für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und Politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 239–245, hier S. 240.

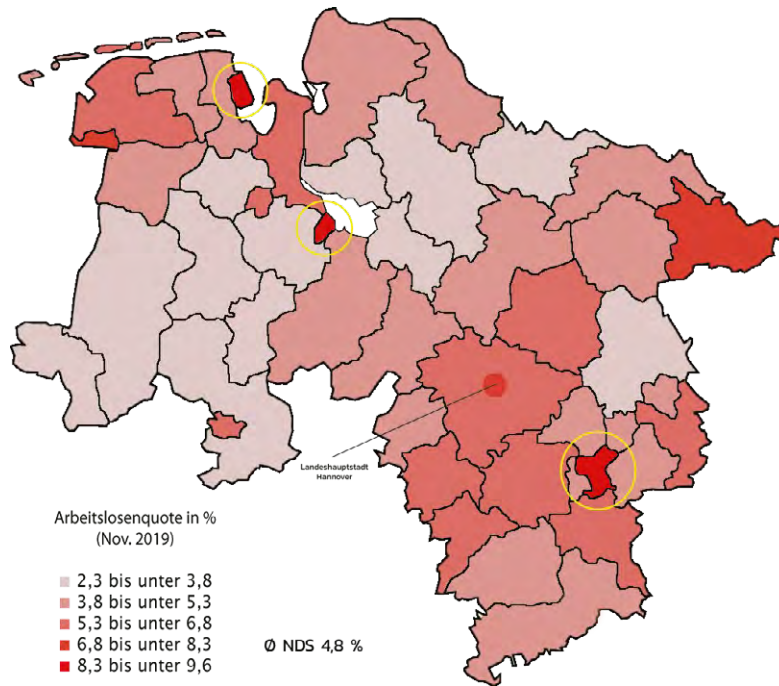
¹⁷⁰ Lengfeld: Die „Alternative für Deutschland“: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?

¹⁷¹ Kroh/Fetz: Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, S. 715 f.

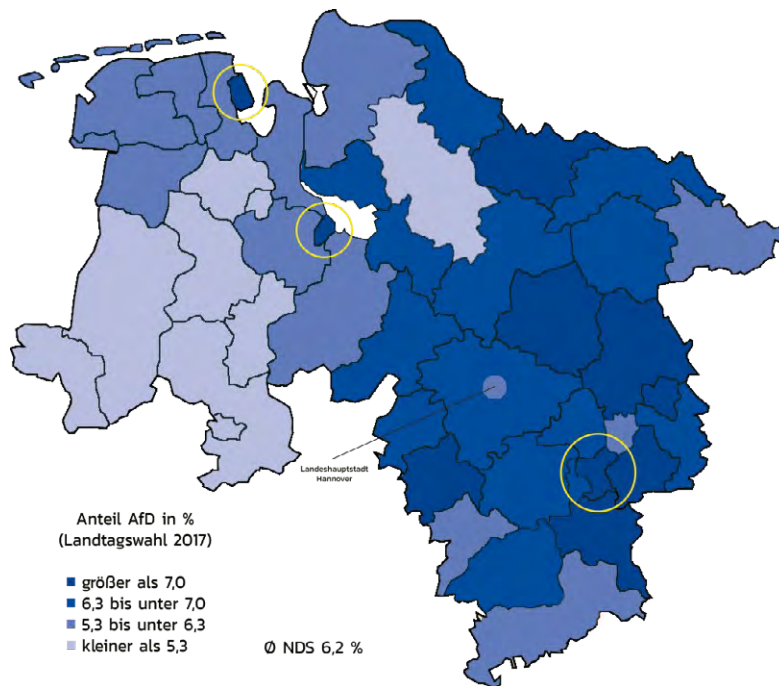
¹⁷² Spier: Modernisierungsverlierer?, S. 66.

¹⁷³ Eine vollständige Aufstellung findet sich als Tabelle im Anhang.

Karte 2: Arbeitslosigkeit in Niedersachsen



Karte 3: AfD-Wahl in niedersächsischen Gebietsgliederungen zur Landtagswahl 2017



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von: Basiskarte: NordNordWest von Wikimedia Commons [CC BY-SA 3.0]; Daten zur Arbeitslosigkeit: Bundesagentur für Arbeit: Statistik, Niedersachsen, URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Niedersachsen-Nav.html> [02.12.2019]. Für das Gebiet der Landeshauptstadt Hannover wurde in Ermangelung an Daten durch die Bundesagentur für Arbeit auf Daten der Stadt Hannover aus 2018 zurückgegriffen, siehe Stadt Hannover: Hannover in Zahlen. Arbeitsmarkt, URL: <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Wahlen-Statistik/Statistikstellen-von-Stadt-und-Region/Statistikstelle-der-Landeshauptstadt-Hannover/Hannover-in-Zahlen/Arbeitsmarkt> [05.12.2019].

die Landkreise in der westlichen Weser-Ems Region (bspw. Grafschaft Bentheim, Emsland, Cloppenburg) in beiden Karten als nur blass eingefärbte Gebiete erscheinen, während die bereits benannten Städte der Region weiter nördlich (Wilhelmshaven, Delmenhorst) bei beiden Faktoren hohe Ausprägungen aufweisen. Indes scheint aber besonders der süd- und südwestliche Teil des Bundeslandes bei beiden Variablen erhöhte Werte aufzuweisen. So lassen sich etwa für die vier Gebiete in der statistischen Region Braunschweig, die eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote haben (Salzgitter, Helmstedt, Goslar, Northeim), auch bei den vergangenen drei Wahlen überdurchschnittliche Ergebnisse für die „Alternative für Deutschland“ feststellen. Diese Tendenz bestätigen auch Ergebnisse aus der statistischen Region Hannover: Sechs von acht Gebieten wiesen im November 2019 Arbeitslosenquoten über dem niedersächsischen Mittel auf – in fünf dieser sechs Gebiete votierten die Einwohner bei den letzten drei Wahlen in überdurchschnittlichem Maße für die AfD. In **Tabelle 5** sind Werte über dem jeweiligen Durchschnitt gefettet.

Mit Ausnahme des Stadtgebietes von Hannover können für den gleichnamigen Landkreis sowie Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Holzminden und Schaumburg erhöhte Werte beim Anteil der Arbeitslosen und der AfD-Stimmen bei Bundestags-, Landtags- und Europawahl gefunden werden. Scheinen Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit in der Tendenz also tatsächlich anfälliger für gute Ergebnisse der AfD zu sein, bedeutet niedrige Arbeitslosigkeit im Umkehrschluss nicht automatisch auch niedrige Ergebnisse für die Partei im gesamten Bundesland. So weist beispielsweise der Landkreis Gifhorn eine Arbeitslosenquote von nur 3,7 Prozent auf. Sieht man von den Kreisen im Westen des Bundeslandes ab, die sich teilweise Werten der Vollbeschäftigung annähern, belegt Gifhorn damit den viertbesten Platz innerhalb der statistischen Regionen Lüneburg, Hannover und Braunschweig. Trotz dessen findet sich der Kreis bei allen untersuchten Wahlen in der Liste der zehn am stärksten AfD-wählenden Gebiete mit Werten wieder, die die Anteile in Regionen mit einer deutlich höheren Arbeitslosigkeit teilweise klar übersteigen.

Tabelle 5: Arbeitslosigkeit und AfD-Ergebnisse in den Gebieten der statistischen Region Hannover

Gebietsgliederungen in der statistischen Region Hannover	AfD BTW	AfD LTW	AfD EW	Arbeitslosenquote
241 Hannover, Region	9,4	6,4	8,1	6,2
241001 Hannover, Landeshauptstadt	8,3	5,7	6,8	7,6¹
251 Diepholz	8,4	5,5	7,5	3,8
252 Hameln-Pyrmont	10,5	7,2	9,8	5,9
254 Hildesheim	9,3	6,4	8,4	5,4
255 Holzminden	9,6	6,0	8,3	5,8
256 Nienburg (Weser)	9,8	6,4	8,6	4,5
257 Schaumburg	10,3	6,9	9,0	4,9

¹ Zahlen der Stadt Hannover, vgl. dazu die Ausführungen zur Quelle bei Karten 2/3

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik und der Stadt Hannover

Ausländeranteil

Eine Beobachtung, die in der Diskussion um die Unterstützung der „Alternative für Deutschland“ öfter hervorgehoben wird, ist die Feststellung, dass gerade da, wo nur wenige Ausländer leben, hohe Werte für die AfD festzustellen sind. Dies behaupten nicht nur journalistische Beobachtungen¹⁷⁴, sondern auch Teile der Forschung: In einer Untersuchung spüren Rees et al. den Zusammenhängen zwischen Arbeitslosigkeit und Ausländeranteil auf der einen Seite sowie Hassverbrechen und AfD-Wahl auf der anderen Seite nach.¹⁷⁵ Dabei kommen sie in ihrer Untersuchung von 401 deutschen Gebietsgliederungen (294 Landkreise; 107 kreisfreie Städte) unter anderem zu dem Ergebnis, dass eine negative Korrelation zwischen dem Anteil an Ausländern und den Wahlanteilen für die AfD besteht.¹⁷⁶

Lässt sich auch für Niedersachsen eine Tendenz zwischen einem geringen Anteil an Ausländern in der Gesamtbevölkerung und erhöhten Wahlergebnissen für die AfD erkennen? Um dies zu überprüfen, wurde zuerst die Zahl an Ausländern in den niedersächsischen Gebieten in Relation zur Gesamtbevölkerung gesetzt.¹⁷⁷ Als Ausländer in der statistischen Definition gelten alle Menschen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft nach Artikel 116 des Grundgesetzes besitzen. Für unsere Untersuchung haben wir erneut das Maß des Pearson-Korrelationskoeffizienten berechnet, um nach einem linearen Zusammenhang zwischen den Variablen zu fragen. Hierbei ist x_6 = Anteil der ausländischen Bevölkerung an Gesamtbevölkerung in der Region, y_1 = AfD-Anteile bei der Landtagswahl in der Region, y_2 = AfD-Anteile

bei der Bundestagswahl in der Region und y_3 = AfD-Anteile bei der Europawahl in der Region. Aus der Tabelle im Anhang zu diesen Daten ergeben sich folgende Korrelationskoeffizienten r für die niedersächsischen Kreise und kreisfreien Städte:

$$r_{x_6y_1} = 0,220$$

$$r_{x_6y_2} = 0,149$$

$$r_{x_6y_3} = 0,063$$

Überraschenderweise können wir die Richtung der Korrelation, die Rees et al. für die kumulierten Daten in Deutschland nachweisen, für den spezifischen niedersächsischen Fall nicht erkennen. Statt einer negativen Korrelation, weisen unsere Daten einen – wenn auch sehr schwach ausgeprägten – positiven Zusammenhang zwischen den zwei Variablen aus. Während diese Korrelation bei den Daten der Europawahl verschwindend gering ist, kann zumindest für die Daten der Landtagswahl ein schwacher positiver Zusammenhang festgestellt werden. Allerdings müssen hierbei zwei Einschränkungen berücksichtigt werden: Erstens wird die von Gordon W. Allport begründete *Kontakthypothese*, nach der Kontakt eines Mitglieds der Ingroup mit Mitgliedern der Outgroup zum Abbau von Vorurteilen führe¹⁷⁸, auf die Individualebene bezogen¹⁷⁹ und nicht wie in unserem Fall auf Aggregatdaten. Zweitens profitiert unser Datensatz deutlich von den Werten der AfD-Hochburgen Salzgitter und Delmenhorst, die mit 13,6 Prozent bzw. 10,5 Prozent nicht nur die höchsten AfD-Anteile bei der Landtagswahl, sondern mit 18,9 Prozent (Salzgitter) bzw. 16,7 Prozent (Delmenhorst) auch den zweit- und dritthöchsten Anteil an ausländischer Bevölkerung in Niedersachsen vorweisen: Lassen wir diese beiden Gebiete in unserer Korrelationsrechnung unberücksichtigt, ergibt sich auch für den vorliegenden Fall eine schwache negative Korrelation.

Generell bedeutet ein höherer Ausländeranteil also mitnichten immer auch hohe Ergebnisse

¹⁷⁴ Backes, Laura: „Nischt is‘ passiert“, in: Spiegel Online, 10.09.2016, URL: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-146741962.html> [11.01.2020].

¹⁷⁵ Rees, Jonas/Rees, Yann P. M./Hellmann, Jens/Zick, Andreas: Climate of Hate: Similar Correlates of Far Right Electoral Support and Right-Wing Hate Crimes in Germany, in: Frontiers in Psychology, H. 10/2019, S. 1–14.

¹⁷⁶ Ebd., S. 10.

¹⁷⁷ Vgl. hierzu Tabelle im Anhang.

¹⁷⁸ Allport, Gordon: Die Natur des Vorurteils, Köln 1971, S. 273.

¹⁷⁹ Hierzu etwa die Untersuchung von Weins, Cornelia: Fremdenfeindlichkeit durch Zuwanderung? Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik, in: Kaspar, Hanna et al. (Hrsg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2009, S. 67–84.

für die AfD, wie anhand zweier weiterer Beispiele, der Landeshauptstadt Hannover und der Grafschaft Bentheim, illustriert werden soll: Unter den knapp 540.000 Einwohnern der Stadt Hannover befinden sich über 20 Prozent Ausländer – damit übersteigt der Ausländeranteil sogar den der Stadt Salzgitter und stellt den höchsten Anteil ausländischer Bevölkerung im Bundesland dar – trotzdem gaben nur 5,7 Prozent der Hannoveraner der niedersächsischen AfD ihre Stimmen bei der Landtagswahl, womit die Partei noch unter dem Landesdurchschnitt blieb. Noch eindrücklicher ist der Fall der Grafschaft Bentheim im Westen Niedersachsens: In der ländlichen Region um die Kreisstadt Nordhorn leben unter 136.500 Einwohnern 21.500 Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen – ein Anteil von 15,8 Prozent (Platz vier im niedersächsischen Vergleich). Aller Tendenz zum Trotz ist der Landkreis aber die Region in Niedersachsen, die für die Landtagswahl 2017 das schlechteste Ergebnis für die AfD bereit hielt. Nur 3,3 Prozent gaben demnach ihre Stimme für die AfD ab und blieben damit knapp 3 Prozent unter dem landesweiten Durchschnitt. Diese beiden Beispiele verdeutlichen abschließend, dass keineswegs von einer Regelmäßigkeit zwischen höherem Ausländeranteil und erhöhten AfD-Ergebnissen gesprochen werden kann.

Religion

Die letzte Erhebung zu den Religionszugehörigkeiten der Niedersachsen wurde vom Zensus 2011 durchgeführt.¹⁸⁰ Dabei liegt eine differenzierte Aufschlüsselung in die Kategorien römisch-katholische Kirche, evangelische Kirche, evangelische Freikirchen, orthodoxe Kirchen, jüdische Gemeinden, Sonstige sowie keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft zugehörig in den 38 Landkreisen¹⁸¹, acht kreisfreien Städten und der

Landeshauptstadt Hannover vor.¹⁸² Wie die Datensätze belegen, zeigen sich im Bundesland aber vor allem drei dieser Gruppen dominant. Der evangelischen Kirche gehörten 2011 51,5 Prozent der Niedersachsen an, keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft zugehörig zeigten sich 25,8 Prozent und der römisch-katholischen Kirche 18,3 Prozent angehörig. Zusammen repräsentieren diese drei Statusgruppen über 95 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung – deshalb werden wir uns im Folgenden auf den Vergleich dieser drei Statusgruppen konzentrieren.¹⁸³

Bisher mangelt es in der Forschungsliteratur zwar an Studien, die dezidiert der Frage der Konfessionalität des AfD-Elektorats nachgehen. Allerdings scheinen repräsentative Umfragen und Wahlstatistiken eine Tendenz bezüglich der Kirchenzugehörigkeit der AfD-Sympathisanten zu zeichnen. So gaben 2014 laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Forsa* 47 Prozent der AfD-Sympathisanten an, konfessionslos zu sein, während 29 Prozent auf Mitglieder der evangelischen Kirche und 24 Prozent auf Mitglieder der katholischen Kirche fielen.¹⁸⁴ Auch aus der Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2017 geht hervor, dass die Partei am meisten von der Gruppe der Konfessionslosen profitiert (17 Prozent entschieden sich für die AfD), während nur 11 Prozent der Protestanten und lediglich 9 Prozent der Katholiken für die AfD votierten.¹⁸⁵

den aktuellen Gebietsgliederungen sicherzustellen, wurden die absoluten Zahlen aus beiden Kreisen addiert und hieraus die jeweiligen prozentualen Anteile unter den Religionskategorien berechnet.

¹⁸⁰ Püschel, Otto: Religion und Glauben im Blickpunkt des Zensus 2011, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 8/2014, S. 395–404, hier S. 395.

¹⁸¹ Zum Zeitpunkt der Erhebung waren die Landkreise *Göttingen* und *Osterode im Harz* noch nicht zum neuen „Landkreis Göttingen“ fusioniert. Um die Vergleichbarkeit mit den Wahlergebnissen aus

¹⁸² Püschel: Religion und Glauben im Blickpunkt des Zensus 2011, S. 402f.

¹⁸³ Vgl. für den kompletten Datensatz die Tabelle im Anhang.

¹⁸⁴ Mathes, Werner: Wer die AfD wählt, in: Stern.de, URL: <https://www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-3172084.html> [12.01.2020].

¹⁸⁵ Deutscher Bundestag: Datenhandbuch zur Geschichte des Bundestages (Onlineausgabe) – 1.11 Stimmabgabe nach Beruf und Konfession (Zweitstimme), S. 9, URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/272928/2bca1c3521f6d1ee3bc7b07f648deda5/>

Tabelle 6: Gebietsgliederungen mit den höchsten Anteilen von Mitgliedern der römisch-katholischen Kirche in Niedersachsen

Gebietsgliederung	Römisch-katholische Kirche	AfD BTW	AfD LTW	AfD EW
454 Emsland	69,2	6,3	3,9	5,4
460 Vechta	67,7	7,0	4,2	6,1
453 Cloppenburg	61,4	9,1	5,2	7,5
459 Osnabrück	41,8	7,0	4,3	5,6
404 Osnabrück, Stadt	38,3	6,2	4,2	4,8
456 Grafschaft Bentheim	27,6	5,3	3,3	4,7
254 Hildesheim	24,5	9,3	6,4	8,4
159 Göttingen	20,5	8,1	5,4	6,8
103 Wolfsburg, Stadt	19,7	11,7	8,1	10,2
102 Salzgitter, Stadt	19,5	16,4	13,6	15,0

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik sowie des Zensus 2011

Beginnen wir mit einem Blick auf die Landkreise und kreisfreien Städte, deren Einwohner im überdurchschnittlichen Maße der römisch-katholischen Kirche angehören. Was hierbei zuerst auffällt, ist der starke regionale Zusammenhang. Nur vier aus den 46 untersuchten Gebieten zählen mehr Katholiken als Protestanten – alle vier (Emsland, Vechta, Cloppenburg und Osnabrück) sind aneinandergrenzende Landkreise im Westen des Bundeslandes in der statistischen Region Weser-Ems. Insgesamt zählen zu den zehn Kreisen und kreisfreien Städten, die den niedersächsischen Schnitt von 18,3 Prozent überschreiten, sechs zur Weser-Ems Region, eine zu Hannover und drei zur Region Braunschweig:

Auch wenn diese zehn Gebiete allesamt den Durchschnitt überschreiten, stechen doch die starken Unterschiede in den Anteilen ins Auge.

Während im Emsland und Vechta mehr als zwei Drittel der Bevölkerung römisch-katholisch sind, überschreiten Salzgitter und Wolfsburg das Mittel nur um wenige Prozent. Diese Aufteilung zieht sich auch durch die AfD-Wahlergebnisse (überdurchschnittliche Werte gefettet): So kann da, wo ein signifikanter Teil oder sogar die Mehrheit der römisch-katholischen Kirche angehört, nur in einem einzigen Fall (der Bundestagswahl 2017 in Cloppenburg) ein AfD-Ergebnis gefunden werden, das den niedersächsischen Durchschnitt erreicht. Ansonsten bleiben die Landkreise und die Stadt Osnabrück immer – und zum Teil sehr deutlich – unter dem niedersächsischen Mittel, während am Ende der Tabelle abermals der AfD-Spitzenreiter Salzgitter gefunden werden kann.

Berechnen wir die Korrelationskoeffizienten zwischen Anteil der katholischen Bevölkerung und den AfD-Ergebnissen aus den drei Wahlen in Niedersachsen, erhalten wir Werte in den Bereichen zwischen $-0,351$ und $-0,406$. Allerdings muss hierbei auf die mögliche Verzerrung dieser

Daten durch die genannten stark katholisch geprägten Gebiete hingewiesen werden. Während wir im Verhältnis zwischen der Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche und einer Affinität bzw. Aversion gegen die AfD keine Muster unter den niedersächsischen Gebietsgliederungen feststellen konnten (die Korrelationskoeffizienten – zu finden im Anhang – weisen höchstens einen leichten positiven Zusammenhang auf), scheint ein Blick auf die Gruppe der Menschen ohne Mitgliedschaft in einer öffentlich-rechtlichen Kirchengesellschaft interessant. Für alle Wahlen konnten wir mindestens einen schwachen, jedoch eher einen mittelstarken positiven Zusammenhang zwischen den Variablen erkennen. Den niedrigsten Koeffizienten weisen dabei die korrelierten Werte aus Europawahl und Nicht-Mitgliedschaft auf ($r_{x9y3} = 0,302$), den zweithöchsten den zur Bundestagswahl ($r_{x9y2} = 0,402$) und den höchsten der Koeffizient zur Landtagswahl ($r_{x9y1} = 0,487$). Die zugehörige Punktelwolke verdeutlicht dabei den mittelstarken positiven Zusammenhang.

Wie die eingezeichneten Konstanten der Mittelwerte von AfD-Landtagswahlanteilen und Nicht-Mitgliedschaft verdeutlichen, befinden sich die meisten Punkte in den Feldern unten links und oben rechts. Selbst unter Berücksichtigung der Ausnahme in diesem Raster lässt sich also durchaus eine gewisse Tendenz feststellen: Landkreise und kreisfreie Städte, die unter dem landesweiten Durchschnitt an Nicht-Angehörigen einer Religionsgemeinschaft bleiben, bleiben in der Tendenz auch unter dem Durchschnitt des landesweiten AfD-Ergebnisses. Gebiete, die einen der beiden Mittelwerte überschreiten, werden dagegen in Tendenz ebenfalls solche Gebiete sein, die auch über den anderen Mittelwert kommen. Dabei sollen trotzdem nicht solche Fälle außer Acht gelassen werden, die dem Trend nicht entsprechen: Im urbanen Hannover gehören über 40 Prozent der Menschen keiner Religionsgemeinschaft an – trotzdem bleiben die AfD-Werte zur Landtagswahl unter dem niedersächsischen Durchschnitt.

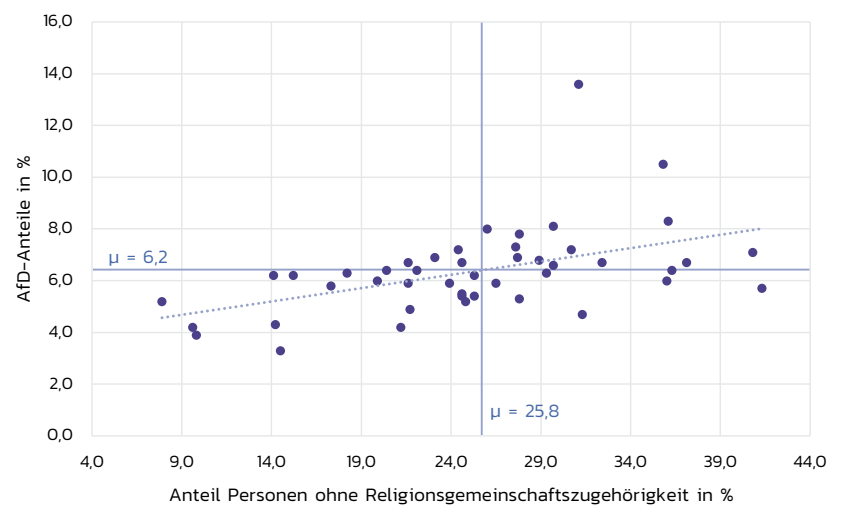
Stadt/Land

Bergen urbane oder rurale Räume das größere Wählerpotential für die „Alternative für Deutschland“ – oder sind es gerade Gebiete zwischen den Extremen, in denen die Partei überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt? Diese Frage stellen sich Deppisch/Klärner/Osigus in einer detaillierten Untersuchung der Strukturdaten aus ca. 11.000 Gemeindegewahlergebnissen und kommen dabei zu dem Ergebnis, dass eine Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland vorzunehmen sei: Während im Osten der Republik eher ländliche Gemeinden deutlich höhere Ergebnisse für die AfD bereithalten als die Städte, weisen die besonders ländlichen Gebiete im Westen gleich hohe oder sogar etwas niedrigere Werte auf als urbanere Gebiete.¹⁸⁶ Allerdings machen die Autoren der Studie darauf aufmerksam, dass die Operationalisierung von *Ländlichkeit* stark von den Variablen abhängig sei, die hierfür herangezogen würden.¹⁸⁷ So beziehen sie in Anlehnung an die Ländlichkeits-

¹⁸⁶ Vgl. Deppisch, Larissa/Klärner, Andreas/Osigus, Torsten: Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?, in: Wissen schafft Demokratie 5/2019, S. 74–87, hier S. 84.

¹⁸⁷ Ebd., S. 81.

Diagramm 28: Korrelation Nicht-Religionsgemeinschaft und AfD-Wahl zur Landtagswahl 2017



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik sowie des Zensus 2011.

Typologie von Patrick Küpper¹⁸⁸ neben Indikatoren wie Siedlungsdichte auch Werte wie etwa den Anteil an forst- und landwirtschaftlichen Flächen oder die Erreichbarkeit großer Zentren mit ein.¹⁸⁹

¹⁸⁸ Küpper, Patrick: Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Thünen Working Paper 68, Braunschweig 2016, S. 5, URL: https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn057783.pdf [12.01.2020].

¹⁸⁹ Deppisch/Klärner/Osigus: Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?, S. 81.

Für unsere Untersuchung verzichten wir aus daten- und forschungspraktischen Gründen auf eine solch differenzierte Betrachtung von *Ländlichkeit*. Stattdessen werden wir uns nur auf die Maßeinheit „Einwohner je km²“ beziehen, die das Statistische Landesamt für die niedersächsischen Gebietsgliederungen bereithält.

Schon mehrfach sind wir auf den letzten Seiten auf die beiden Gebiete eingegangen, die mit deutlichem Abstand die höchsten Werte für die „Alternative für Deutschland“ bei Bundestags- und Landtagswahl sowie bei der Wahl zum

Tabelle 7: Die 15 größten Städte Niedersachsens und die jeweiligen AfD-Ergebnisse

Stadt	Einwohner	AfD BTW	AfD LTW	Ergebnis Landkreis BTW	Ergebnis Landkreis LTW
Hannover	538.068	8,3	5,7		
Braunschweig	248.292	8,4	6,0		
Oldenburg	168.210	6,7	4,7		
Osnabrück	164.748	6,2	4,2		
Wolfsburg	124.151	11,7	8,1		
Göttingen	119.529	6,3	4,3	8,1	5,4
Salzgitter	104.948	16,4	13,6		
Hildesheim	101.744	9,4	6,4	9,3	6,4
Delmenhorst	77.607	13,1	10,5		
Wilhelmshaven	76.278	10,6	8,3		
Lüneburg	75.192	7,8	6,0	9,2	6,7
Celle	69.706	11,8	8,3	11,7	8,0
Garbsen	60.875	11,8	8,3	9,4	6,4
Hamel	57.228	10,3	7,2	10,5	7,2
Lingen	54.117	5,6	3,7	6,3	3,9

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik sowie der Landkreise Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Celle, Hannover, Hameln-Pyrmont und Emsland

Europäischen Parlament hatten: *Salzgitter, Stadt* und *Delmenhorst, Stadt*. Während Delmenhorst mit etwa 1.240 Einwohnern pro Quadratkilometer eine Bevölkerungsdichte wie ähnlich große Städte im Land aufweist (Lüneburg – 1.067 Einw. pro km²; Hildesheim – 1.102 Einw. pro km²)¹⁹⁰, ist die Fläche der Stadt Salzgitter mit nur 467 Einwohnern pro Quadratkilometer deutlich spärlicher besiedelt. Insgesamt zeigt unsere Auflistung, dass von den acht kreisfreien Städten (Braunschweig, Salzgitter, Wolfsburg, Delmenhorst, Emden, Oldenburg, Osnabrück, Wilhelmshaven) sowie dem Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover vier dieser neun Gebiete bei Landtagswahl und Bundestags-

wahl unter den Gebieten mit den höchsten AfD-Anteilen auftauchen. Bei der Europawahl kommt mit *Emden, Stadt* noch eine weitere städtische Gebietsgliederung hinzu, sodass fünf aus neun Städten in dieser Liste rangieren (siehe **Tabellen 3 a-c**). Zeigen sich kreisfreie Städte dabei insbesondere auf den ersten Plätzen relativ dominant, darf dieses Urteil nicht für alle urbanen Räume in Niedersachsen gefällt werden, wie **Tabelle 7** veranschaulicht.

In dieser Tabelle sind die 15 einwohnerstärksten Städte im Bundesland Niedersachsen sowie die Wahlergebnisse für die AfD bei Bundestags- und Landtagswahl im Stadtgebiet aufgeführt. Überdurchschnittliche Ergebnisse wurden wieder gefettet. Außerdem wurde für die Städte, die nicht kreisfrei, sondern Teil eines Landkreises sind, das jeweilige Gesamtergebnis des Landkreises eingefügt, um zu überprüfen, inwiefern die Ergebnisse eine Besonderheit für die Gesamtregion darstellen. Zuerst fällt bei dieser Aufstellung auf, dass unter den fünf größten Städten des Landes

190 Landesamt für Statistik Niedersachsen: Meine Gemeinde, meine Stadt – 355 Lüneburg, Landkreis, URL: <https://www.nls.niedersachsen.de/gemeinden/G355022.html> [12.01.2020]; Landesamt für Statistik Niedersachsen: Meine Gemeinde, meine Stadt – 254 Hildesheim, Landkreis, URL: <https://www.nls.niedersachsen.de/gemeinden/G254021.html> [12.01.2020].

Tabelle 8: Gebietsgliederungen mit der niedrigsten Bevölkerungsdichte in Niedersachsen

Gebietsgliederung	Einwohner pro km ²	AFD BTW	AFD LTW	AFD EW
354 Lüchow-Dannenberg	39,5	7,8	5,4	7,5
360 Uelzen	63,3	9,4	6,7	8,8
358 Heidekreis	74,3	9,7	6,7	9,0
357 Rotenburg (Wümme)	78,8	8,1	4,9	7,3
462 Wittmund	86,6	8,6	5,8	8,8
256 Nienburg (Weser)	86,7	9,8	6,4	8,6
352 Cuxhaven	96,3	8,9	5,9	8,1
255 Holzminden	102,2	9,6	6,0	8,3
155 Northeim	104,6	9,5	6,3	8,1
461 Wesermarsch	107,5	8,3	5,3	7,9

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik.

lediglich Wolfsburg den landesweiten Durchschnitt bei den AfD-Ergebnissen überschreitet. Hinter den ersten fünf Plätzen ändert sich das Bild etwas. Mit Ausnahme der Studentenstädte Göttingen und Lüneburg sowie der Stadt Lingen im Emsland weisen die sieben übrigen Städte durchgehend erhöhte Ergebnisse auf. Allerdings stechen sie damit nicht unbedingt aus dem Landkreismittel heraus. Mit Ausnahme von Garbsen, das die Werte der umgebenden Region Hannover um gut zwei Prozent übersteigt, ähneln sich die Ergebnisse aus Städten und Landkreisen zumeist um wenige Zehntelprozent. Für die beiden Studentenstädte Göttingen und Lüneburg kann dagegen festgestellt werden, dass sie vor allem bei der Bundestagswahl das Ergebnis des jeweiligen Landkreises deutlich unterschreiten.

Wirft man den Blick auf besonders ländliche, also spärlich besiedelte Gebiete, zeichnet sich erneut ein gemischtes Ergebnis ab (vgl. **Tabelle 8**). Sechs der zehn aufgeführten Gebiete überschreiten den landesweiten Durchschnitt bei mindestens einer der zurückliegenden Wahlen. Indes stechen selbst diese erhöhten Ergebnisse nicht im Landesvergleich heraus: Keiner der hier aufgeführten Landkreise findet sich in den Tabellen mit den höchsten AfD-Ergebnissen im Land zur Bundestagswahl, Landtagswahl oder Europawahl (vgl. **Tabellen 3 a-c**).

Wie diese Ergebnisse verdeutlichen, bleibt die Frage nach der Stadt-Land-Beziehung innerhalb der AfD-Wählerschaft in Niedersachsen unklar. Während die Partei ihre besten Ergebnisse tatsächlich in Städten erzielen kann, entziehen sich andere Ballungsgebiete diesem Trend gänzlich. Selbiges ist für die besonders spärlich besiedelten Gebiete im Bundesland festzustellen, die ebenfalls keine besonderen Regelmäßigkeiten erkennen lassen.

Zwischenbilanz

Wo war die AfD bisher überhaupt erfolgreich? In welchen niedersächsischen Gebieten genießt die Partei ihren größten Rückhalt und welche Gründe kann es haben, dass die AfD in der einen Region relativ stark und in der anderen relativ schwach ist? Um diese Fragen zu beantworten, wurden aktuelle sozioökonomische und soziostrukturelle Erklärungsansätze aus der Forschungsdebatte herangezogen, um diese Thesen empirisch am niedersächsischen Fall zu prüfen, bzw. um nach deren Aussagekraft zu fragen. Wenn wir so auch kein abschließendes Profil des niedersächsischen AfD-Wählers „an sich“ gewinnen konnten, gibt unsere Untersuchung Hinweise auf regionale Auffälligkeiten im Wahlverhalten und mögliche Gründe hierfür. Ein zentraler Befund unserer Untersuchung ist, dass ein höheres Durchschnittsalter in einer Region kein zuverlässiger Indikator für ein erhöhtes AfD-Ergebnis ist – dasselbe gilt auch für den Wert des sogenannten Wanderungssaldos im Bundesland. Nicht zuletzt zeigt unsere Analyse auch, dass einige in der Forschungsdiskussion populäre Erklärungsschablonen relativ wenig Aussagekraft für Niedersachsen besitzen. Unsere Studie zeigt etwa, dass eine erhöhte Arbeitslosenquote oder ein erhöhter Migrationsanteil in einer Region jeweils *alleine* kaum ausschlaggebend dafür ist, ob die AfD dort erfolgreich ist. Allerdings zeigt unsere Untersuchung ein anderes Muster (auch wenn nochmals bei fast allen betrachteten Variablen auf eine beträchtliche Zahl an Sonderfällen hingewiesen werden muss). Eine zuverlässige Tendenz weisen hingegen Werte der Wahlbeteiligung, Arbeitslosenquote und Konfessionalität auf: Es zeichnet sich dort ein Trend zu höheren AfD-Ergebnissen ab, wo die Wahlbeteiligung eher niedrig, die Arbeitslosigkeit und die Konfessionslosigkeit dagegen hoch sind. Gebiete, die hingegen eine gute Arbeitsmarktsituation vorweisen können und solche Gliederungen, deren Bewohner in hohem Maße der katholischen Kirche angehören, zeigen sich resistenter.

6

Zusammenführung und Schlussbetrachtung

Der FoDEx-Fachbereich Rechtsradikalismus analysiert insgesamt im Anschluss an die Studie zum *Rechtsradikalismus in Niedersachsen*¹⁹¹, in der die regionalkulturellen Verdichtungsräume und lokalspezifischen Kontextbedingungen in historischer Perspektive untersucht wurden, den Zusammenhang und die Verflechtung von rechtsradikalen Mentalitäten und der politischen Mehrheitskultur an ausgewählten Beispielen. Unser Ziel ist es, in mehreren Teilstudien die verschiedenen Aspekte des neuen Rechtsradikalismus in direkter Verbindung mit der regionalen politischen Kultur zu untersuchen. Die vorliegende Untersuchung hatte das Ziel, ein möglichst aussagekräftiges Panorama über das gesellschaftspolitische Potenzial der AfD und ihrer Wählerschaft im Bundesland Niedersachsen zu zeichnen. Aus diesem Grund waren folgende Fragen leitend: Was unterscheidet die Wähler der AfD von den Wählern anderer Parteien? Aber noch viel wichtiger: Was haben sie eigentlich alles gemeinsam? Und wo hat die AfD in Niedersachsen aus welchen Gründen elektoral mehr oder weniger Erfolg? Aufbauend auf den Erkenntnissen, Thesen und Erklärungsversuchen der aktuellen Forschung und den bisher erhobenen Daten haben wir versucht, uns in konzentrischen Kreisen dem Profil der AfD-Wählerschaft in Niedersachsen

anzunähern. Diese Orientierungspunkte wurden daraufhin einerseits auf Umfragedaten zu den Politik- und Gesellschaftsvorstellungen niedersächsischer Wähler bezogen, um zu überprüfen, in welchem Verhältnis Einstellungen der AfD-Wähler zu anderen Wählergruppen stehen. Andererseits wurden Hypothesen aus der Forschungsdebatte auf soziodemografische Kontextbedingungen der verschiedenen niedersächsischen Landesteile rückbezogen, um zu erfragen, welche Erklärungskraft bestimmte Faktoren für die Bestimmung von AfD-starken und -schwachen Regionen besitzen.

Wie lassen sich unsere Ergebnisse zusammenfassen? Welche Faktoren begünstigen die Wahl der „Alternative für Deutschland“ und finden wir Charakteristika, die *den* AfD-Wähler ausmachen? Am Anfang des Resümees steht die Erkenntnis, dass auch unsere Untersuchung keine abschließenden Befunde präsentieren kann, sondern einen Platz zwischen den Stühlen der Forschungsdebatte einnimmt. Mehr noch: Wenn etwas aus der Diskussion der Erklärungsvermutungen klar geworden sein sollte, dann, dass die Verengung auf eine Erklärung für den AfD-Erfolg zu kurz greifen muss, um das Phänomen in seiner Komplexität einzufangen; dieser Eindruck wird auch durch die vollzogene Sekundärauswertung und Analyse der Strukturdaten eindrucksvoll gestützt. Gerade in Bezug auf den Wunsch, distinkte Inhalte festzustellen, die *die* AfD-Wählerschaft definieren (und dadurch fast schon stigmatisierend vom Rest der Bevölkerung abgrenzen), ergeben sich nur wenige Anhaltspunkte. Was im Vergleich der AfD-

¹⁹¹ Vgl. Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen.

Wähler zu den Wählern der anderen Parteien stattdessen zuerst auffällt, ist wohl, wie ähnlich sich diese Gruppen in einem Großteil der analysierten Themenkomplexe sind. Zwar wick die Gruppe der AfD-Sympathisanten in den meisten Fällen etwas von der Gesamtheit der Befragten ab, doch bei den wenigsten Items kann wirklich von einem Charakteristikum der AfD-Wähler gesprochen werden. Zur Erinnerung zwei Beispiele: So ist es zwar tatsächlich die Gruppe der AfD-Wähler, die den höchsten Zustimmungswert bei der Frage aufweist, ob die Befolgung einer „nationalen Leitkultur“ ein Bestandteil von Demokratie sei – der Eindruck eines AfD-Spezifikums relativiert sich aber schnell beim Blick auf die Werte der Unterstützer von Union, FDP, SPD und selbst der Grünen, bei denen ebenfalls eine Mehrheit dieser Frage zustimmt. Ein zweites Exempel aus dem Fragenset zu politischer Beteiligung: Dass nur knapp 15 Prozent der bekennenden AfD-Unterstützer angeben, sich schon mal in einer Bürgerinitiative oder einem politischen Verein engagiert zu haben, scheint auf den ersten Blick das Bild des politisch zwar unzufriedenen, jedoch nicht zur Partizipation gewillten Bürgers¹⁹² zu stützen. Doch dass in der Gesamtheit gerade einmal 23 Prozent aller Befragten diese Frage bejahen, weist auf ein insgesamt niedriges politisches Partizipationsniveau in der niedersächsischen Gesellschaft hin.

Freilich bedeutet dies nicht, dass es keine Unterschiede zwischen AfD-Wählern und dem Elektorat der anderen Parteien gibt. Diese kristallisieren sich nur weniger in distinkten inhaltlichen Positionierungen aus, sondern – so unsere These – finden ihren Ausdruck vor allem in politisch-kulturellen Mentalitätsströmen. Diese zeigt sich etwa in einer Haltung, die den Funktionseleiten und deren Rolle in den politischen Repräsentationsorganen misstraut. Hierauf deuten vor allem die Positionierung von AfD-Wählern bei solchen Items hin, die Aufschluss darüber geben, wie sie das Funktionieren der Demokratie, die eigenen Einflussmöglichkeiten im System und das Vertrauen in die Eliten bewerten. Weniger die Idee der Demokratie an sich (und was Teil dieser sei),

sondern die Art, wie (und von wem) diese Idee umgesetzt werde, unterscheidet die AfD-Wähler in besonderem Maße von den anderen Gruppen. Folglich konnten wir bei der Frage, wie zufrieden man mit dem Funktionieren der Demokratie sei, wie stark man Politikern und der Bundesregierung vertraue und ob man die Einschätzung teile, dass Politiker gegen die Interessen der Bevölkerung handeln würden, die größten Unterschiede feststellen. Interessanterweise ähneln in diesen Bereichen einzig die Wähler der Linkspartei (wenn auch in einem etwas geringeren Maße) der Gruppe der AfD-Wähler. Aus dieser Beobachtung lässt sich die Vermutung ableiten, dass beide Gruppen den Eindruck eint, dass sie nicht politisch repräsentiert würden, weil die „eigenen“, d. h. favorisierten Eliten keine Möglichkeit hätten, politische Macht auszuüben – ein politisch-kulturelles Deutungsmuster, das zuvor als sogenannter „Usurpatorkomplex“ beschrieben wurde. Abseits dieses Establishment-Misstrauens fallen zudem noch zwei weitere Besonderheiten unter den AfD-Wählern auf: Das erste betrifft die Problemwahrnehmung von Migration: Auch, wenn unter den Wählern der anderen Parteien das Thema als Problem wahrgenommen wird, zeigt unsere Analyse, dass unter den Wählern der AfD zwei Drittel die Migrationsfrage als wichtigstes politisches Problem in Deutschland erkennen – das Standing als „Anti-Migrationspartei“ scheint demnach weiter eine gewisse Attraktivität zu besitzen. Das zweite Distinktionsmerkmal betrifft den Wert der Solidarität innerhalb einer Demokratie. Während die anderen Wählergruppen zwischen 70 Prozent (FDP) und über 90 Prozent (Grüne) Solidarität als immanentes Merkmal von Demokratie begreifen, sind es bei der AfD weniger als die Hälfte (47 Prozent) – ein solch deutlicher Unterschied könnte ein Hinweis darauf sein, dass AfD-Wähler in einem beträchtlichen Maße sozialchauvinistische Politikvorstellungen hegen.

Neben der Sekundärauswertung der Daten des Niedersächsischen Demokratiemonitors 2019 hat sich die Untersuchung auch den soziodemographischen Merkmalen der AfD-Wahl mithilfe der Strukturdaten des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik angenähert. Die Analyse der AfD-Ergebnisse bei den letzten Wahlen in den einzelnen Landkreisen und Regionen in Verbindung mit den soziodemografischen Kontextbedingungen

¹⁹² Diese Vermutung wird etwa in der Untersuchung von Frankenberger/Gensheimer/Buhr: Zwischen Mitmachen und Dagegen sein, S. 171 nahegelegt.

hat gezeigt, dass keiner der derzeit populären Erklärungsansätze das AfD-Wahl-Mysterium zufriedenstellend entschlüsseln kann – damit verweisen wir unter anderem auf die Tatsache, dass selbst dort, wo sich gewisse Zusammenhänge zwischen den untersuchten Variablen und hohen bzw. niedrigen AfD-Ergebnissen abzeichneten, immer eine Reihe von Fällen gefunden werden konnte, die sich dem vermuteten Trend widersetzten. Das bedeutet indes nicht, dass nicht trotzdem gewisse Muster aufgespürt werden konnten: Ein überraschendes Ergebnis unserer Untersuchung mag sein, dass entgegen der in der Forschungsdiskussion geäußerten Vermutung, die AfD sei dort stark, wo Regionen überaltern, unsere Daten eher eine gegenteilige Tendenz aufzeigen. Gerade solche Gebiete, in denen die AfD in Niedersachsen besonders stark ist, sind nur in wenigen Ausnahmefällen Gebiete mit älterer Bevölkerung, sondern eher mit jüngerer. Neben dem Grad der Überalterung lieferten auch Erklärungsansätze im Bereich einer Stadt/Land-Beziehung und der bezüglich der Frage nach dem Ausländeranteil keine Hinweise darauf, dass sie in Verbindung mit erhöhten AfD-Ergebnissen in Niedersachsen stehen würden. Ein anderes Urteil kann dagegen in den Bereichen der Wahlbeteiligung, Arbeitslosenzahlen und Religion gefällt werden. So deutet unsere Analyse einerseits darauf hin, dass ein gewisser Zusammenhang zwischen einer niedrigeren Wahlbeteiligung und erhöhten Ergebnissen für die AfD besteht. Andererseits konnten wir eine Korrelation zwischen höherer Arbeitslosigkeit und höheren Ergebnissen für die AfD feststellen. Es sind vor allem die Gebiete und Regionen im Land robust gegenüber der AfD, die einen hohen Anteil an Mitgliedern der katholischen Kirche aufweisen, während die Partei tendenziell gerade dort ihre besseren Ergebnisse erzielt, wo ein relativ hoher Anteil an Konfessionslosen zu verzeichnen ist. Kurzum: Die AfD wird in Niedersachsen tendenziell vor allem in Regionen gewählt, die

- A.** zuvor eine relativ niedrige Wahlbeteiligung hatten,
- B.** ein relativ hohes Maß an Arbeitslosigkeit aufweisen und
- C.** eher protestantisch geprägt sind oder in denen ein relativ hoher Anteil an Konfessionslosen vorliegt.

Andere Erklärungsversuche, Thesen und Vermutungen, wie sie immer wieder populärwissenschaftlich vorgebracht werden (wie beispielsweise der Ausländeranteil), können für die Wahlerfolge der AfD in Niedersachsen empirisch nicht bestätigt werden.

Welche Schlussfolgerungen können nun aus diesen Ergebnissen für die AfD in Niedersachsen und allgemeiner über die politische Lage im Bundesland gezogen werden? Wie unsere Untersuchung gezeigt hat, teilt auch die niedersächsische AfD das Schicksal anderer Landesverbände im Nordwesten der Republik und konnte bislang nicht über einstellige Ergebnisse bei vergangenen Wahlen hinauskommen. Tragen hierfür sicherlich die zuvor beschriebenen internen Streitigkeiten und auch eine sichtbare Organisationsschwäche im Flächenland eine Mitschuld, so legt unsere Untersuchung ebenso nahe, dass auch tieferliegende politisch-kulturelle Resilienzkkräfte hierzu ihren Beitrag leisten. Denn: Ein beträchtliches Maß an Unzufriedenheit mit der politischen Lage und ein spürbares Misstrauen der Frage gegenüber, ob die Politik überhaupt in der Lage ist, die vielfältigen gesellschaftlich-politischen Probleme lösen zu können, die die Zeit mit sich bringt, sind keinesfalls Eigenschaften, die nur AfD-Wähler in Niedersachsen aufweisen. Nur kann die AfD von dieser existenten Unzufriedenheit innerhalb der niedersächsischen Wahlbevölkerung scheinbar nur in einem geringen Maße profitieren. Eine Begründung, die für dieses scheinbare Paradox gefunden werden kann, drückt sich mit Sicherheit im volksparteilichen Charakter aus, den das Bundesland weiter für sich beanspruchen kann. Wie unsere Untersuchung gezeigt hat, halten die von uns befragten Niedersachsen in den überwiegenden Fällen den Christdemokraten und den in (Niedersachsen traditionell starken) Sozialdemokraten die Treue – oder wenden sich, wenn überhaupt ein Wahlwechsel stattfindet, den Grünen zu, die nach Umfragen inzwischen ähnlich hohe Ergebnisse erzielen wie die alten Volksparteien. Aller Unzufriedenheit zum Trotz scheint eine deutliche Mehrheit der Wähler weiterhin die Auffassung zu teilen, dass die etablierten Kräfte die „Richtigen“ seien, um sie zu vertreten (als ein weiteres Indiz mögen hierfür die auffällig starken Vertrauenswerte gelten, die Wähler aller Parteien der aktuellen großen Koalition in Hannover entgegenbringen).

Aus dem Blickwinkel der politischen Kulturforschung scheinen an dieser Stelle immer noch gewisse soziokulturelle Residuen ihre Wirksamkeit im Denken und Handeln der niedersächsischen Bürger zu entfalten, die in ihrer Verfasstheit hartnäckig genug sind, um die historisch-tradierten Bindungen zu den alten Volksparteien zu stabilisieren. Das politische Denken der Niedersachsen kreist weiterhin primär um die Sozial- und Christdemokraten, an denen kein Weg vorbeiführt.

An dieser Stelle werden die analytischen Vorteile der Begrifflichkeiten von Karl Rohe's Verständnis von „Politischer Kultur“ offensichtlich: Nach Rohe ist die Politische Kultur geprägt von einem Spannungsverhältnis von Sozio- und Deutungskultur, beide bedingen sich wechselseitig. Während der aktuelle Konflikt um die AfD derzeit auf der (oberflächlichen) Ebene der Deutungskultur ausgetragen wird und wie in dieser Arbeit gezeigt wurde: die Deutungskultur diesen Konflikt – dialektisch betrachtet – sowohl befeuert als auch einhegt, hilft der derzeitige politisch-kulturelle Bodensatz der politischen Mentalitätsbestände in Niedersachsen auf der Ebene der Soziokultur gleichzeitig dabei, das politisch-gesellschaftliche Potenzial für die AfD einzuschränken (der identifizierte volksparteilich geprägte Charakter Niedersachsens dürfte allerdings nur ein erster Baustein sein, denn gleichzeitig heißt es auch in Niedersachsen schon seit Jahren, dass es die Volksparteien zwischen Göttingen und Aurich auch immer schwerer haben). Insofern ist die AfD aus dieser Perspektive zunächst einmal Ausdruck einer politischen Sinn- und Repräsentationskrise und das politische Erregungspotenzial speist sich demnach aus einer deutungskulturellen Misstrauenskrise der aktuellen Politik gegenüber, aber ob dieser gesellschaftliche Konflikt tiefergehender greift, bzw. in Zukunft greifen wird, wird sich erst noch zeigen – je nachdem wie sich die gesellschaftliche Situation weiterentwickeln wird. Aus der Sicht der politischen Kulturforschung wird es demnach entscheidend sein, im Spannungsverhältnis von Sozio- und Deutungskultur die tieferliegenden Triebkräfte zu suchen, die politische Bewusstseinsformen ganz offensichtlich mitgestalten.¹⁹³

Hieran zeigen sich die Ambivalenzen politischer Mentalitäten und Bewusstseinsformen sowie der jeweiligen Erscheinungsformen: Zwar ist die AfD je nach Blickwinkel in Niedersachsen derzeit (noch) relativ schwach, aber dennoch finden sich auch in Niedersachsen Tendenzen politischer Verhärtung, Verkrustung, Frustration und teilweise Resignation und Unzufriedenheit¹⁹⁴ – dies zeigte auch die Sekundärauswertung, weil sich die Parteiwählerschaften in vielen Punkten kaum voneinander unterscheiden.

Wenn überhaupt, dann ist der Unterschied zwischen den Wählern der „etablierten Parteien“ und den AfD-Wählern offensichtlich vor allem habituell: Er zeigt sich in einem Kampf um den „Erhalt von Etablierten-Vorrechten“¹⁹⁵, der politisch-kulturell überformt wird und dadurch an symbolischen Schauplätzen und auf der Ebene sogenannter „Werte“ ausgetragen wird – wie beispielsweise deutsche Identität, Heimat oder Leitkultur. Doch letztlich sind diese „Werte“ natürlich nicht objektiv gegeben, sondern ein kulturelles Produkt gesellschaftlich-subjektiver Wertschätzung. Das Ressentiment der „Wertnostalgiker“, wie der Sozialpsychologe Ernst-Dieter Lantermann AfD-Wähler nennt, speist sich demnach aus der „Furcht vor einem Verlust der eigenen Privilegien“¹⁹⁶. Die kulturelle Überformung dieser Konflikte resultiert demnach, wie es Adorno etwa in einem jüngst zugänglich gemachten Vortrag über die *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus* von 1967 bemerkt, aus den uneingelösten Versprechen der Demokratie, denn „die Demokratie [hat] eben bis heute nirgends wirklich und ganz sich konkretisiert [...], sondern [sie ist] formal geblieben [...]. Und die faschistischen Bewegungen könnte man in diesem Sinn als die Wundmale, als die Narben einer Demokratie bezeichnen, die ihrem

Wahlverhalten als Oberflächenphänomen der politischen Kultur, in: Demokratie-Dialog 6/2020, S. 2–11.

194 Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 307.

195 Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns, S. 64.

196 Lantermann, Ernst-Dieter: Die radikalisierte Gesellschaft. Von der Logik des Fanatismus, München 2016, S. 71.

193 Vgl. Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian/Neumann, Amelie: Das Potenzial der Cleavage-Perspektive.

eigenen Begriff eben doch bis heute noch nicht voll gerecht wird.¹⁹⁷ Nimmt man diese Perspektive ernst, dann reicht es analytisch keineswegs aus, Unterschiede zwischen einzelnen Wählergruppen nur auf der Einstellungsebene aufspüren zu wollen, sondern dann müssen diese Unterschiede in den politischen Mentalitätsbeständen gesucht werden. Dann interessieren vielmehr die politischen Leitvorstellungen, die Politik- und Demokratieverständnisse, die Sehnsüchte nach Kollektivierungsformen und vor allem die gesellschaftlichen Mechanismen, die bestimmten „Werten“ die politisch-kulturelle Kraft zuschreiben, sodass diese für propagandistische Mittel instrumentalisiert werden können.¹⁹⁸

Das gesellschaftspolitische Potenzial ist für die AfD tendenziell gegeben, die Partei könnte davon also in Zukunft profitieren. Dass dieses Szenario keineswegs so unplausibel ist, wie es auf den ersten Blick erscheint, wird spätestens dann nachvollziehbar, wenn man sich nur einmal vor Augen führt, was passieren würde, wenn zu den aktuellen politisch-kulturellen Disruptionen noch eine Wirtschafts- und Finanzkrise hinzukommen würde (die Auswirkungen der Corona-Krise sind derzeit, im März 2020, noch nicht abzusehen) oder wenn etwa die beiden Bundesland-Volksparteien SPD und CDU das gleiche Schicksal wie im Bund ereilen würde und beide Parteien nicht nur um ihr politisches Selbstverständnis vor Ort, sondern auch konkret um ihre Wählerklientelen fürchten müssten.

Aus diesen Überlegungen resultieren forschungspraktisch eine ganze Reihe an Anschlussfragen und Forschungsperspektiven, denn diese Ergebnisse aus der Perspektive der klassischen Partei- und Wahlanalyse sind zunächst einmal nur der erste Schritt zum tiefergehenden Verständnis politisch-kultureller Umbrüche, dem AfD-Wahl-Mysterium und der offenkundigen Faszinationskraft der Partei für gewisse Teile der Gesellschaft. So gilt es zunächst einmal, aufbauend

auf diesen Sekundärauswertungen weiterführende Analysen zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den unterschiedlichen Wählergruppen herauszustellen. Diese Vertiefungen lohnen sich sowohl quantitativ als auch qualitativ: Einerseits gilt es zu fragen, ob sich die hier herausgestellten Ergebnisse auch im kleinteiligen regionalen Vergleich bestätigen oder ob es tieferliegende regionale eigenkulturelle Selbstverständnisse gibt, die zusätzliche oder konträre politisch-kulturelle Polster gegenüber politischen Disruptionen und konkret der Wahlentscheidung für die AfD bilden. Andererseits gilt es aber auch diese Erkenntnisse qualitativ zu vertiefen. Denn gerade die These der primär kulturell-habituellen Unterschiede zwischen den AfD-Wählern und den Wählern der anderen Parteien muss in erster Linie mit qualitativen Methoden analysiert werden – allein schon deshalb, weil sich derlei Latenzen nicht durch standardisierte Fragesets einfangen lassen.¹⁹⁹ Darüber hinaus lohnt es sich aber auch, mit einem offenen Blick jenseits von methodischen Dogmatismen auf die regionalen Aushandlungskämpfe und Konflikte in Niedersachsen zu schauen. Denn da die AfD nun offensichtlich im politischen Tagesgeschäft als etabliert gelten kann, gilt es zu fragen, wie sich das Erscheinen der AfD auf der politisch-regionalen Bühne auf die Regionen auswirkt, wie die lokale Politik damit umgeht, wie sie aber auch die Ursachen und Konsequenzen der AfD-Erfolge vor Ort deutet. Nicht zuletzt sollen solche Teiluntersuchungen die bisherigen Analysen und Erkenntnisse ergänzen, um das politisch-kulturelle Portrait der Geschichte des Rechtsradikalismus in Niedersachsen im 20. und 21. Jahrhundert, was der FoDEx-Fachbereich Rechtsradikalismus sich als Ziel gesetzt hat²⁰⁰, weiter auszumalen.

¹⁹⁷ Adorno: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, S. 18.

¹⁹⁸ Vgl. Marg, Stine/Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian: Gegen einen formalistischen Demokratie-begriff. Zwischenstand der begriffshistorischen und -theoretischen Reflexion im Forschungsprozess, in: Demokratie-Dialog 5/2019, S. 2–13.

¹⁹⁹ Siehe hierzu grundlegend die aktuelle Debatte um das Selbstverständnis einer modernen Politikwissenschaft und besonders der Rolle der empirischen Analysen von normativen Fragen, vgl. Nickel: Populismus, Politikwissenschaft und die Zukunft der Sozialdemokratie, S. 64.

²⁰⁰ Siehe hierzu ausführlich Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 31ff.

Anhang

Korrelationskoeffizienten und Standardabweichung

Wahlbeteiligung und AfD-Wahl

$$\begin{aligned}r_{x_1y_1} &= -0,467 \\r_{x_2y_2} &= -0,401 \\r_{x_3y_3} &= -0,640\end{aligned}$$

Durchschnittsalter in den niedersächsischen Regionen

$$\sigma_{x_4}^2 = 2,770 \quad \sigma_{x_4} = 1,664$$

Arbeitslosigkeit und AfD-Wahl in Niedersachsen

$$\begin{aligned}r_{x_5y_1} &= 0,515 \\r_{x_5y_2} &= 0,444 \\r_{x_5y_3} &= 0,466\end{aligned}$$

Ausländeranteil und AfD-Wahl

$$\begin{aligned}r_{x_6y_1} &= 0,220 \\r_{x_6y_2} &= 0,149 \\r_{x_6y_3} &= 0,063\end{aligned}$$

Religion in Niedersachsen

$$\begin{aligned}r_{x_7y_1} &= -0,351 & r_{x_8y_1} &= 0,110 & r_{x_9y_1} &= 0,487 \\r_{x_7y_2} &= -0,354 & r_{x_8y_2} &= 0,162 & r_{x_9y_2} &= 0,402 \\r_{x_7y_3} &= -0,406 & r_{x_8y_3} &= 0,296 & r_{x_9y_3} &= 0,302\end{aligned}$$

Gebietsgliederung	Wahlbeteiligung LTW 2017	Anteile AfD LTW 2017	Wahlbeteiligung BTW 2017	Anteile AfD BTW 2017	Wahlbeteiligung EW 2019	Anteile AfD EW 2019	Durchschnittsalter	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Arbeitslosenquote	Gesamtbvölkerung	Ausländer	Anteile Ausländer in Gesamtbvölkerung	Römisch-katholische Kirche	Evangelische Kirche	Keiner ö.-r. Religions- gemeinschaft zugehörig
	x ₁	y ₁	x ₂	y ₂	x ₃	y ₃	x ₄				x ₅			x ₆	x ₇	x ₈	x ₉
0 Niedersachsen	63,1	6,2	76,4	9,1	61,5	7,9	44,6	564.013	525.945	38.068	4,8	7.982.448	813.080	10,2	18,3	51,5	25,8
Statistische Region Braunschweig																	
101 Braunschweig, Stadt	63,7	6,0	76,9	8,4	64,2	6,8	43,8	15.940	16.089	-149	4,5	248.292	29.730	12,0	14,0	44,5	36,0
102 Salzgitter, Stadt	56,9	13,6	71,7	16,4	51,2	15,0	44,2	6.898	5.672	1.226	8,3	104.948	19.850	18,9	19,5	44,6	31,1
103 Wolfsburg, Stadt	58,2	8,1	73,9	11,7	56,5	10,2	44,4	6.635	6.395	240	4,1	124.151	19.325	15,6	19,7	43,6	29,7
151 Gifhorn	63,2	7,3	77,3	11,4	60,8	9,8	43,9	11.565	11.099	466	3,7	175.920	11.810	6,7	9,5	57,0	27,6
153 Goslar	59,9	7,8	74,0	11,1	58,4	10,3	47,9	9.234	8.494	740	5,7	137.014	13.455	9,8	11,2	58,0	27,8
154 Helmstedt	60,1	6,8	74,5	9,9	58,4	9,2	46,1	5.872	5.727	145	5,5	91.307	6.485	7,1	10,8	57,7	28,9
155 Northeim	62,1	6,3	75,4	9,5	56,1	8,1	47,1	7.021	6.666	355	4,9	132.765	8.805	6,6	11,9	66,3	18,2
157 Peine	64,4	6,9	77,5	10,3	62,0	9,3	44,6	7.286	6.502	784	4,2	133.965	11.035	8,2	12,0	56,3	27,7
158 Wolfenbüttel	68,0	7,2	79,8	9,9	64,4	8,9	46,1	6.785	6.732	53	4,0	119.960	7.515	6,3	12,7	53,7	30,7
159 Göttingen	62,5	5,4	76,9	8,1	60,3	6,8	44,8	34.763	32.363	2.400	5,0	328.074	30.170	9,2	20,5 ¹	50,9 ¹	24,6 ¹
Statistische Region Hannover																	
241 Hannover, Region	65,8	6,4	77,3	9,4	64,0	8,1	43,9	72.916	67.585	5.331	6,2	1.157.624	181.570	15,7	13,7	44,1	36,3
241001 Hannover, Landeshauptstadt	64,7	5,7	76,0	8,3	63,7	6,8	42,3	34.779	32.551	2.228	7,6 ²	538.068	111.255	20,7	14,3	36,8	41,3

Gebietsgliederung	Wahlbeteiligung LTW 2017	Anteile AfD LTW 2017	Wahlbeteiligung BTW 2017	Anteile AfD BTW 2017	Wahlbeteiligung EW 2019	Anteile AfD EW 2019	Durchschnittsalter	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Arbeitslosenquote	Gesamtbevölkerung	Ausländer	Anteile Ausländer in Gesamtbevölkerung	Römisch-katholische Kirche	Evangelische Kirche	Keiner ö.-r. Religions- gemeinschaft zugehörig
	x ₁	y ₁	x ₂	y ₂	x ₃	y ₃	x ₄				x ₅			x ₆	x ₇	x ₈	x ₉
251 Diepholz	62,6	5,5	76,7	8,4	62,2	7,5	45,2	16.248	14.711	1.537	3,8	216.886	17.565	8,1	11,8	60,6	24,6
252 Hameln-Pyrmont	61,2	7,2	74,6	10,5	58,4	9,8	46,8	9.027	8.181	846	5,9	148.559	16.535	11,1	12,4	58,6	24,4
254 Hildesheim	65,7	6,4	77,7	9,3	62,4	8,4	45,6	16.592	15.638	954	5,4	276.594	24.090	8,7	24,5	49,6	22,1
255 Holz Minden	63,1	6,0	74,6	9,6	59,9	8,3	47,3	4.602	4.454	148	5,8	70.975	4.330	6,1	12,2	63,1	19,9
256 Nienburg (Weser)	60,9	6,4	73,3	9,8	56,7	8,6	45,1	10.467	9.957	510	4,5	121.386	10.430	8,6	7,8	67,8	20,4
257 Schaumburg	63,1	6,9	76,7	10,3	58,7	9,0	46,5	11.741	10.426	1.315	4,9	157.781	13.985	8,9	10,6	61,4	23,1
Statistische Region Lüneburg																	
351 Celle	62,7	8,0	75,3	11,7	60,2	10,9	45,2	11.682	10.581	1.101	5,3	178.936	14.130	7,9	9,1	59,7	26,0
352 Cuxhaven	62,1	5,9	75,6	8,9	61,8	8,1	46,5	11.732	11.232	500	5,0	198.213	13.335	6,7	7,5	65,8	23,9
353 Harburg	66,2	7,1	81,3	10,0	66,5	8,6	45,1	18.392	16.875	1.517	3,5	252.776	18.930	7,5	7,1	48,3	40,8
354 Lüchow-Dannenberg	64,4	5,4	74,1	7,8	59,0	7,5	48,2	3.468	3.559	-91	7,4	48.424	2.665	5,5	6,1	66,6	25,3
355 Lüneburg	65,3	6,7	79,0	9,2	66,9	7,5	43,6	15.760	14.160	1.600	5,0	183.372	12.760	7,0	7,8	52,1	37,1
356 Osterholz	62,4	6,6	78,4	9,6	62,6	8,1	45,8	6.542	5.771	771	3,1	113.517	6.560	5,8	7,4	59,3	29,7
357 Rotenburg (Wümme)	64,2	4,9	77,0	8,1	62,2	7,3	44,4	11.121	10.653	468	3,3	163.455	11.145	6,8	5,7	69,0	21,7
358 Heidekreis	62,4	6,7	75,2	9,7	59,2	9,0	45,0	14.587	14.601	-14	5,0	139.755	11.545	8,3	7,6	64,6	24,6

Gebietsgliederung	Wahlbeteiligung LTW 2017	Anteile AfD LTW 2017	Wahlbeteiligung BTW 2017	Anteile AfD BTW 2017	Wahlbeteiligung EW 2019	Anteile AfD EW 2019	Durchschnittsalter	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Arbeitslosenquote	Gesamtbevölkerung	Ausländer	Anteile Ausländer in Gesamtbevölkerung	Römisch-katholische Kirche	Evangelische Kirche	Keiner ö.-r. Religions- gemeinschaft zugehörig
	x ₁	y ₁	x ₂	y ₂	x ₃	y ₃	x ₄				x ₅			x ₆	x ₇	x ₈	x ₉
359 Stade	62,7	6,7	77,1	9,5	62,3	8,5	44,1	14.833	14.336	497	4,9	203.102	18.555	9,1	6,8	57,7	32,4
360 Uelzen	63,6	6,7	76,0	9,4	61,7	8,8	47,0	6.596	6.186	410	4,5	92.572	5.605	6,0	6,9	68,2	21,6
361 Verden	62,9	6,3	77,7	9,7	64,2	7,8	44,7	8.780	7.828	952	3,6	136.792	10.975	8,0	6,7	58,6	29,3
Statistische Region Weser-Ems																	
401 Delmenhorst, Stadt	52,6	10,5	70,3	13,1	52,6	11,9	44,0	4.922	4.452	470	8,9	77.607	12.970	16,7	16,0	41,9	35,8
402 Emden, Stadt	55,3	5,9	71,5	10,0	60,3	9,5	43,5	3.071	2.807	264	7,9	50.195	5.530	11,0	8,8	66,3	21,6
403 Oldenburg, Stadt	63,1	4,7	77,9	6,7	64,9	5,2	42,6	13.172	11.749	1.423	6,0	168.210	17.365	10,3	17,5	46,7	31,3
404 Osnabrück, Stadt	61,8	4,2	75,9	6,2	64,1	4,8	41,9	13.044	12.660	384	6,5	164.748	24.470	14,9	38,3	34,0	21,2
405 Wilhelmshaven, Stadt	54,1	8,3	70,5	10,6	53,4	9,3	46,2	5.466	4.858	608	9,6	76.278	8.410	11,0	11,7	48,1	36,1
451 Ammerland	64,5	5,2	77,6	7,9	64,8	7,0	45,1	8.191	7.254	937	3,5	124.071	8.075	6,5	9,5	62,5	24,8
452 Aurich	61,7	6,2	75,2	8,9	60,2	9,1	45,1	12.658	12.038	620	6,0	189.848	11.515	6,1	6,3	75,9	15,2
453 Cloppenburg	58,7	5,2	72,8	9,1	55,0	7,5	40,8	18.695	17.045	1.650	3,7	169.348	18.915	11,2	61,4	23,3	7,9
454 Emsland	64,4	3,9	77,5	6,3	62,8	5,4	42,8	23.585	21.384	2.201	2,3	325.657	38.825	11,9	69,2	18,4	9,8
455 Friesland	63,9	5,9	76,0	8,2	62,1	7,7	46,9	6.432	5.900	532	4,0	98.460	4.830	4,9	9,2	61,9	26,5
456 Grafschaft Bentheim	64,1	3,3	77,2	5,3	67,1	4,7	43,7	6.966	6.709	257	2,3	136.511	21.550	15,8	27,6	48,8	14,5

Gebietsgliederung	Wahlbeteiligung LTW 2017	Anteile AfD LTW 2017	Wahlbeteiligung BTW 2017	Anteile AfD BTW 2017	Wahlbeteiligung EW 2019	Anteile AfD EW 2019	Durchschnittsalter	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Arbeitslosenquote	Gesamtbevölkerung	Ausländer	Anteile Ausländer in Gesamtbevölkerung	Römisch-katholische Kirche	Evangelische Kirche	Keiner ö.-r. Religionsgemeinschaft zugehörig
	x ₁	y ₁	x ₂	y ₂	x ₃	y ₃	x ₄				x ₅			x ₆	x ₇	x ₈	x ₉
457 Leer	59,8	6,2	74,3	9,2	55,8	9,0	44,1	11.251	10.207	1.044	5,0	169.809	13.610	8,0	11,2	71,2	14,1
458 Oldenburg	65,8	6,2	78,8	8,9	62,9	7,8	44,7	11.474	10.764	710	2,8	130.144	11.595	8,9	12,7	58,4	25,3
459 Osnabrück	64,3	4,3	77,0	7,0	62,7	5,6	44,0	25.898	24.249	1.649	2,8	357.343	32.625	9,1	41,8	39,4	14,2
460 Vechta	63,5	4,2	76,3	7,0	64,3	6,1	40,8	13.053	12.626	427	3,3	141.598	19.790	14,0	67,7	19,3	9,6
461 Wesermarsch	58,7	5,3	72,5	8,3	54,5	7,9	45,8	5.148	5.009	139	5,7	88.624	7.455	8,4	7,8	60,2	27,8
462 Wittmund	60,3	5,8	73,2	8,6	53,0	8,8	46,1	3.902	3.761	141	4,8	56.882	2.675	4,7	6,9	73,5	17,3

¹ Daten der Religionszugehörigkeit errechnet aus den Daten der beiden Altlandkreise Göttingen und Osterode im Harz.

² Zahlen der Stadt Hannover

Datengrundlage = Auszüge aus Niedersächsisches Landesamt für Statistik (LSN) Online: Tabellen Z5000312, M5000312 und M500e313 (AfD-Anteile und Wahlbeteiligung zu Landtags-, Bundestags- und Europawahl); Tabelle A100003G (Durchschnittsalter); Tabelle K1200050 (Zu- und Abwanderung); Tabellen A100001G und A1050001 (Gesamtbevölkerung und Ausländeranteil) + Bundesagentur für Arbeit – Statistik für Niedersachsen im November 2019 (Arbeitslosenquote) + Zensus 2011 online: Ergebnisse dynamisch und individuell – Personen nach Religion (ausführlich) für Gifhorn (Landkreis), Göttingen (Landkreis) und weitere Orte in %, URL: <https://ergebnisse.zensus2011.de/> (Religionsangehörigkeiten)

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W.:** Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag, Berlin 2019.
- Adorno, Theodor W.:** Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1995.
- Allport, Gordon:** Die Natur des Vorurteils, Köln 1971.
- Alternative für Deutschland:** Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017.
- Alternative für Deutschland:** Niedersachsen. Unsere Heimat. Unsere Zukunft. Landesprogramm des Landesverbandes Niedersachsen der Alternative für Deutschland, beschlossen auf dem Landesparteitag der AfD Niedersachsen am 6. und 7. Mai 2017 in Hannover.
- ARUG:** Handreichung zum kommunalpolitischen Umgang mit der AfD in Niedersachsen. Infobroschüre, Wolfsburg 2017.
- Backes, Laura:** „Nischt is‘ passiert“, in: Spiegel.Online, 10.09.2016, URL: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-146741962.html> [11.01.2020].
- Begrich, David:** AfD. Die neue Macht im Osten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2019, S. 9–12.
- Bender, Justus:** AfD in Niedersachsen: „Über uns könnte man eine Sitcom drehen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.10.2017.
- Bender, Justus:** AfD-Landesvorsitzender soll aus dem Amt fliegen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.01.2018.
- Bender, Justus:** Interview mit Alexander Gauland: „Ich kann ja nichts dafür, wenn einige Leute spinnen“, in: FAZ, 08.09.2019, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-vorsitzender-gauland-ueber-die-buergerlichkeit-seiner-partei-16374319.html> [04.02.2020].
- Bergmann, Knut; Diermeier, Matthias; Niehues, Judith:** Die AfD: Eine Partei der sich ausdifferenzierenden Durchschnittsverdiener?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Jg. 48 (2017) H. 1, S. 57–75.
- Bieber, Ina; Roßteutscher, Sigrid; Scherer, Philipp:** Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative?, in: Politische Vierteljahresschrift Jg. 59 (2018) H. 3, S. 433–461.
- Botsch, Gideon:** Populismus plus Programm: Das Dilemma der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2016, S. 9–12.
- Bundesagentur für Arbeit:** Statistik, Niedersachsen, URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Niedersachsen-Nav.html> [02.12.2019].
- Caspari, Lisa:** „Eine Neuwahl wäre für Deutschland wohl die beste Lösung“. Interview mit Andreas Rödder, in: Zeit.Online, 10.02.2020, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/andreas-roedder-cdu-neuwahlen-bund-konservatismus-forscher/komplettansicht> [11.02.2020].
- Decker, Frank:** Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 7–23.
- Decker, Frank:** The „Alternative for Germany“. Factors Behind its Emergence and Profile of a New Right-wing Populist Party, in: German Politics and Society Vol. 34 (2016) No. 2, S. 1–16.
- Deppisch, Larissa; Klärner, Andreas; Osigus, Torsten:** Ist die AfD in ländlichen Räumen

- besonders erfolgreich?, in: Wissen schafft Demokratie 5/2019, S. 74–87.
- Deutscher Bundestag:** Datenhandbuch zur Geschichte des Bundestages (Onlineausgabe) – 1.11 Stimmabgabe nach Beruf und Konfession (Zweitstimme), S. 9, URL: https://www.bundestag.de/resource/blob/272928/2bca1c-3521f6d1ee3bc7b07f648deda5/Kapitel_01_11_Stimmabgabe_nach_Beruf_und_Konfession__Zweitstimme_-pdf-data.pdf [12.02.2020].
- Dieckmann, Cornelius:** „Die Grenzen zum Terror sind dabei fließend“. Interview mit Claus Legewie, in: Süddeutsche Zeitung, 13.02.2020, URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/nach-wahl-in-thueringen-die-grenzen-zum-terror-sind-dabei-fluessend-1.4794824> [15.02.2020].
- D’Antonio, Oliver:** Die CDU in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa; Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 135–158.
- Falter, Jürgen W.:** Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994.
- Fetscher, Iring:** Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik, in: ders. (Hg.): Rechtsradikalismus, Frankfurt a.M. 1967, S. 11–29.
- Finkbeiner, Florian:** Mächtiges Überraschen. Die Crux des AfD-Erfolges am Beispiel der Landtagswahl in Niedersachsen 2017, in: Demokratie-Dialog 2/2018, S. 80–86.
- Finkbeiner, Florian:** Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung. Zum Wandel des konservativen Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung, Bielefeld 2020 (i.E.).
- Finkbeiner, Florian; Trittel, Katharina:** Politische Kulturforschung als Zugang zur Analyse rechtsradikaler Bewusstseinsformen, in: Demokratie-Dialog 4/2019, S. 57–64.
- Finkbeiner, Florian; Trittel, Katharina:** Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Ein historischer Problemaufriss, Fodex-Studie Rechtsradikalismus, Göttingen 2019.
- Finkbeiner, Florian; Trittel, Katharina; Geiges, Lars:** Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019.
- Fodex-Forschungsperspektive,** in: fodex-online, URL: <https://www.fodex-online.de/ueber-fodex/#prime> [10.02.2020].
- Frankenberger, Rolf; Gensheimer, Tim; Buhr, Daniel:** Zwischen Mitmachen und Dagegen sein. Politische Lebenswelten in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg-Stiftung (Hg.): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/17, Wiesbaden 2019, S. 149–172.
- Franz, Christian; Fratzscher, Marcel; Kritikos, Alexander S.:** Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, in: DIW Wochenbericht Jg. 86 (2019) H. 34, S. 591–603.
- Gabriel, Oscar W.:** Parteiidentifikation, Themen- und Kandidatenorientierungen, in: ders.; Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (Hg.): Parteidemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 228–249.
- Gabriel, Oscar W.; Keil, Silke I.; Thaidigsmann, S. Isabell:** Kandidatenorientierungen und Wahlentscheid bei der Bundestagswahl 2005, in: Gabriel, Oscar W.; Weßels, Bernhard; Falter, Jürgen W. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2009, S. 267–303.
- Gamperl, Elisabeth:** Europas neue Anti-Parteien, in: Zeit.Online, 23.05.2013, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2013-05/protestparteien-europa-antieuro/komplettansicht> [02.12.2019].
- Gebing, Helga:** Niedersachsen vor 40 Jahren. Gesellschaftliche Traditionen und politische Neuordnung, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 60 (1988), S. 213–227.
- Grimm, Marc; Kahmann, Bodo:** AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität, in: Grigat, Stephan: AfD & FPÖ: Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 41–59.
- Gürgen, Malene; Jakob, Christian; Orde, Sabine am:** Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag, OBS-Arbeitspapier 30, Frankfurt a.M. 2018.
- Hambauer, Verena; Mays, Anja:** Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien, in:

- Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft Jg. 12 (2018) H. 1, S. 133–154.
- Häusler, Alexander:** Ausblick, in: ders. (Hg.): Die Alternative Für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und Politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 239–245.
- Henkel, Angelika; Schölermann, Stefan:** Verfassungsschutz nimmt Niedersachsen-AfD ins Visier, in: ndr, 11.09.2019, URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Verfassungsschutz-nimmt-Niedersachsen-AfD-ins-Visier,afd2384.html> [19.11.2019].
- Hennig, Eike:** Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: Die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Wahlbezirke, in: Best, Heinrich (Hg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 119–154.
- Hennig, Eike:** Politische Unzufriedenheit. Ein Resonanzboden für Rechtsextremismus?, in: Kowalsky, Wolfgang; Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 339–380.
- Hensel, Alexander; Finkbeiner, Florian et al.:** Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition, OBS-Studie, Frankfurt a.M. 2017.
- Hertel, Florian R.; Esche, Frederike:** Die rechte Mitte? Zur Rolle objektiver Position und subjektiver Verunsicherung für die Identifikation mit rechten Parteien, in: Lübke, Christiane; Delhey, Jan (Hg.): Diagnose Angstgesellschaft? Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen, Bielefeld 2019, S. 255–285.
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary:** Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan and the transnational cleavage, in: Journal of European Public Policy Jg. 25 (2018), H. 1, S. 109–235.
- Infratest Dimap:** Wahlreport Landtagswahl Niedersachsen 2017. Eine Analyse der Wahl vom 15. Oktober 2017, Berlin 2017.
- Jesse, Eckhard:** Das Aufkommen der Alternative für Deutschland. Deutschland ist kein Ausnahmefall mehr, in: Brinkmann, Heinz Ulrich; Panreck, Isabelle-Christine (Hg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften, Wiesbaden 2019, S. 97–132.
- Jesse, Eckhard; Panreck, Isabelle-Christine:** Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD, in: Zeitschrift für Politik Jg. 64 (2017) H. 1, S. 59–76.
- Kaack, Heino:** Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese. Regionale Stimmenverteilung, Chancen der Kandidaten und Ausleseverfahren, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1965, Bonn 1969.
- Kamann, Matthias:** Vor dem heißen Herbst wird es bei der AfD unappetitlich, in: Welt, 27.08.2017.
- Kaube, Jürgen:** Gaulands Geschichtsverständnis: Erfolgshistory, in: FAZ, 05.06.2018, URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/die-aeusserung-von-alexander-gauland-zur-ns-zeit-15622713.html> [12.02.2020].
- Klecha, Stephan:** Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa; Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104.
- Kleinert, Hubert:** Die AfD und ihre Mitglieder. Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände, Wiesbaden 2018.
- Kopke, Christoph; Lorenz, Alexander:** „Ich kenne keine Flügel, ich kenne keine Strömungen. Ich kenne nur die Brandenburger AfD“. Die Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg im Frühjahr 2015, in: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 221–235.
- Koppetsch, Cornelia:** Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld 2019.
- Korte, Karl-Rudolf; Leggewie, Claus; Lewandowsky, Marcel:** Partei am Scheideweg: Die Alternative der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6/2015, S. 59–67.
- Koß, Michael; Spier, Tim:** Das Parteiensystem Niedersachsens, in: Jun, Uwe; Haas, Melanie; Niedermayer, Oskar (Hg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 291–314.
- Küpper, Patrick:** Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Thünen Working Paper 68, Braunschweig 2016, S. 5, URL: https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn057783.pdf [12.01.2020].
- Kroh, Martin; Fetz, Karolina:** Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der

- Partei deutlich verändert, in: DIW-Wochenbericht Nr. 34/2016, S. 711-719.
- Landesamt für Statistik Niedersachsen:** LSN-Online Datenbank, URL: <https://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/default.asp>.
- Landesamt für Statistik Niedersachsen:** Meine Gemeinde, meine Stadt – 254 Hildesheim, Landkreis, URL: <https://www.nls.niedersachsen.de/gemeinden/G254021.html> [12.01.2020].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen:** Meine Gemeinde, meine Stadt – 355 Lüneburg, Landkreis, URL: <https://www.nls.niedersachsen.de/gemeinden/G355022.html> [12.01.2020].
- Lantermann, Ernst-Dieter:** Die radikalisierte Gesellschaft. Von der Logik des Fanatismus, München 2016.
- Lengfeld, Holger:** Die „Alternative für Deutschland“: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 69 (2017) H. 2, S. 209-232.
- Lengfeld, Holger; Dilger, Clara:** Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016, in: Zeitschrift für Soziologie Jg. 47 (2018) H. 3, S. 181-199.
- Lewandowsky, Marcel:** Literaturbericht: Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft Jg. 25 (2015) H. 1, S. 119-134.
- Lucke, Albrecht von:** Gegen '68: Grün-Schwarz und der Kulturkampf der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2016, S. 5-8.
- Lux, Thomas:** Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie Jg. 70 (2018) H. 2, S. 181-199.
- Manow, Philip:** Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2019.
- Marg, Stine; Finkbeiner, Florian; Kühnel, Steffen; Dermitzaki, Efpraxia:** Niedersächsischer Demokratie-Monitor NDM 2019, FoDEx-Studie Nr. 2/2019, Göttingen 2019.
- Marg, Stine; Schenke, Julian; Finkbeiner, Florian:** Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff. Zwischenstand der begriffshistorischen und -theoretischen Reflexion im Forschungsprozess, in: Demokratie-Dialog 5/2019, S. 2-13.
- Mathes, Werner:** Wer die AfD wählt, in: Stern.de, URL: <https://www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-3172084.html> [12.01.2020].
- Marten, Heinz-Georg:** Die FDP in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Hannover 1972.
- Merkel, Wolfgang; Ritz, Claudia:** Direkte Demokratie oder Repräsentation? Zum Reformbedarf liberal-repräsentativer Demokratie im 21. Jahrhundert, in: Wolfgang Merkel; Claudia Ritz (Hg.): Die Legitimität direkter Demokratie. Wie demokratisch sind Volksabstimmungen?, Wiesbaden 2017, S. 227-250.
- Micus, Matthias:** Die SPD in Niedersachsen. Rote Bastion auf tönernen Füßen, in: Nentwig, Teresa; Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 107-133.
- Mohaupt, Dietrich:** Niedersachsens AfD vor der Zerreißprobe, in: Deutschlandfunk, 24.03.2017.
- Münkler, Herfried:** Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010.
- Münkler, Herfried:** Populismus, Eliten und Demokratie. Eine ideengeschichtlich-politiktheoretische Erkundigung, in: Totalitarismus und Demokratie Jg. 8 (2011) H. 2, S. 195-219.
- Nachtwey, Oliver; Heumann, Maurits:** Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus, in: Dörre, Klaus et al. (Hg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Wiesbaden 2019, S. 435-453.
- Naßmacher, Karl-Heinz:** Andere Parteien in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa; Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 203-226.
- Nentwig, Teresa; Werwath, Christian:** Einleitung, in: dies. (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 15-24.
- Nestler, Christian; Rohgalf, Jan:** Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs, in: Zeitschrift für Politik Jg. 61 (2014), H. 4, S. 389-413.
- Nickel, Carsten:** Populismus, Politikwissenschaft und die Zukunft der Sozialdemokratie, in: Leviathan Jg. 48 (2020) H. 1, S. 59-69.

- Niedermayer, Oskar:** Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: ders. (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015, S. 175–207.
- Niedermayer, Oskar:** Parteimitglieder in Deutschland: Version 2019, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 30, FU Berlin 2019.
- Niedermayer, Oskar; Hofrichter, Jürgen:** Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Jg. 47 (2016) H. 2, S. 267–284.
- Orde, Sabine am:** AfD sucht nach Rentenkommiss. Neoliberal oder deutschnational?, in: taz, 31.01.2020.
- O.V.:** Ex-AfD-Chef Hampel attackiert Guth, in: Rundblick Niedersachsen, 03.12.2019, URL: <https://www.rundblick-niedersachsen.de/ex-afd-chef-hampel-attackiert-guth/> [04.12.2019].
- O.V.:** Forsa-Umfrage: Das ist Deutschlands beliebtester Ministerpräsident, in: Welt, 15.07.2019, URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article196865019/Winfrid-Kretschmann-bleibt-beliebtester-Ministerpraesident.html> [03.02.2020].
- Pirkmayr, Ina:** Alle gegen die AfD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.09.2016.
- Pfahl-Traughber, Armin:** Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive, Wiesbaden 2019.
- Pokorny, Sabine:** (Un-)Soziale Medien? Der Einfluss der Facebooknutzung auf die Sprach- und Streitkultur, Analysen & Argumente Nr. 356/2019, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Der+Einfluss+der+Facebooknutzung+auf+die+Sprach+und+Streitkultur.pdf/e6758fe4-3836-c0f5-d4cc-bdd33a10d469?version=1.0&t=1561010152737> [13.11.2019].
- Puhle, Hans-Jürgen:** Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie, in: Werz, Nikolaus (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003, S. 15–43.
- Püschel, Otto:** Religion und Glauben im Blickpunkt des Zensus 2011, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 8/2014, S. 395–404.
- Priester, Karin:** Die Alternative für Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Jg. 67 (2019) H. 3, S. 443–453.
- Rath, Christian:** AfD scheitert mit Klage, in: taz, 20.11.2019.
- Reeken, Dietmar von:** Ein Land – Viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa; Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59–78.
- Rees, Jonas; Rees, Yann P. M.; Hellmann, Jens; Zick, Andreas:** Climate of Hate: Similar Correlates of Far Right Electoral Support and Right-Wing Hate Crimes in Germany, in: Frontiers in Psychology 10/2019, S. 1–14.
- Richter, Christoph; Salheiser, Axel; Quent, Matthias:** Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden, Jena 2019.
- Rippl, Susanne; Seipel, Christian:** Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?, in: Kölner Zeitschrift für Sozialpsychologie Jg. 70 (2018) H. 2, S. 237–254.
- Rippl, Susanne; Baier, Dirk:** Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 57 (2005) H. 5, S. 644–666.
- Roeser, Rainer:** AfD-Verband der Pannen und Skandale, in: Blick nach rechts, 03.01.2018, URL: <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-verband-der-pannen-und-skandale> [21.01.2020].
- Salzborn, Samuel:** Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2014.
- Scharpen, Andrea:** Fälschungen auf AfD-Website, in: taz, 18.06.2017.
- Scheike, Ivo:** Die Wählerschaft der Republikaner: Eine Analyse vor dem Hintergrund ihres früheren Wahlverhaltens, in: Dörner, Christine; Erhardt, Klaudia (Hg.): Politische Meinungsbildung und Wahlverhalten. Analysen zum „Superwahljahr“ 1994, Wiesbaden 1998, S. 184–202.
- Schenke, Julian; Finkbeiner, Florian; Neumann, Amelie:** Das Potenzial der Cleavage-Perspektive. Wahlverhalten als Oberflächenphänomen

- der politischen Kultur, in: Demokratie-Dialog 6/2020, S. 2–11.
- Schmitt-Beck, Rüdiger:** Wähler und Parteien bei der Bundestagswahl 2017: Eine Analyse des Entscheidungsverhaltens auf Basis von Paneldaten der German Longitudinal Election Study, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften Jg. 15 (2017) H. 4, S. 627–656.
- Schmitt-Beck, Rüdiger; Deth, Jan W. van; Staudt, Alexander:** Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft Jg. 27 (2017) H. 3, S. 273–303.
- Schroeder, Wolfgang et al.:** Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, WZB-Discussion Paper 102, Berlin 2017.
- Schuler, Julia et al.:** Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität: AfD-Wähler_innen weisen die höchste Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen auf, Arbeitsgruppe der Leipziger Autoritarismusstudien, Universität Leipzig 2020.
- Schumann, Siegfried:** Methoden und Methodenprobleme der empirischen Wahlforschung, in: Falter, Jürgen; Schoen, Harald (Hg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2014, S. 75–107.
- Schwarzbözl, Tobias; Fatke, Matthias:** Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD, in: Politische Vierteljahresschrift Jg. 57 (2016) H. 2, S. 276–299.
- Seng, Marco:** AfD-Landesvorsitz: Guth siegt in Stichwahl gegen Hampel, in: Hannoversche Allgemeine, 10.04.2018.
- Seng, Marco:** Steht Dana Guth aus Niedersachsen künftig an der AfD-Spitze?, in: Hannoversche Allgemeine, 21.11.2019.
- Siri, Jasmin; Lewandowsky, Marcel:** „Wir sind das Volk“. Zur Herausbildung eines Diskurses der identitären Demokratie im Umfeld der Partei Alternative für Deutschland (AfD), in: Bergem, Wolfgang; Diehl, Paula; Lietzmann, Hans J. (Hg.): Politische Kulturforschung reloaded: Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse, Bielefeld 2019, S. 273–293.
- Spier, Tim:** Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden 2010.
- Speit, Andreas:** Schwund bei der Jungen Alternativen, in: taz, 07.07.2017.
- Speit, Andreas:** AfD als Prüffall eingestuft, in: taz, 12.09.2019.
- Stadt Hannover:** Hannover in Zahlen. Arbeitsmarkt, URL: <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Wahlen-Statistik/Statistikstellen-von-Stadt-und-Region/Statistikstelle-der-Landeshauptstadt-Hannover/Hannover-in-Zahlen/Arbeitsmarkt> [05.12.2019].
- Steiner, Nils D.; Landwehr, Claudia:** Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie, Working Paper number 1812, Gutenberg School of Management and Economics, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz 2018.
- Steglich, Henrik:** Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolgs und Scheiterns, Göttingen 2010.
- Stöss, Richard:** Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 563–618.
- Trittel, Günter J.:** Die „verzögerte Normalisierung“: Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit, in: Ucker, Bernd Ulrich et al. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 635–650.
- Ulrich, Bernd; Geis, Matthias:** „Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen“, Interview mit Alexander Gauland, in: Die Zeit, 14.04.2016, URL: <https://www.zeit.de/2016/17/alexander-gauland-afd-cdu-konservatismus> [15.02.2020].
- YouGov:** Große Mehrheit für bundesweiten Volksentscheid, Union-Wähler und Junge kritischer, URL: <https://yougov.de/news/2016/10/18/grosse-mehrheit-fur-bundesweiten-volksentscheid-un/> [13.11.2019].
- Walter, Franz:** Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbildung, Frankfurt a.M. 2008.
- Weins, Cornelia:** Fremdenfeindlichkeit durch Zuwanderung? Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik, in: Kaspar, Hanna et al. (Hg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2009, S. 67–84.
- Wildt, Michael:** Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017.
- Wyputta, Andreas:** Missglückter Putsch von oben, in: taz 21.09.2016.

Autoren



Florian Finkbeiner, geb. 1988, Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Trier und Göttingen; Promotion zum Wandel des Konservatismus nach der deutschen Vereinigung 1989/1990. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) zu den Themengebieten Rechtsradikalismus und Politische Kultur.



Niklas Schröder, geb. 1994, Bachelorstudium der Politikwissenschaft sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte; aktuell Masterstudium der Politikwissenschaft in Göttingen inklusive Aufenthalt an der Karlsuniversität Prag. Er arbeitet als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung und in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) und forscht zu Rechtsradikalismus und Demokratievorstellungen.

Impressum

Herausgeberin

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und
religiöser Extremismen

am Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen

Tel.: +49 551 39 1701 00

Fax: +49 551 39 1701 01

E-Mail: kontakt@fodex-online.de

Ansprechpartner

Studie:

Florian Finkbeiner

florian.finkbeiner@demokratie-goettingen.de

Reihe FoDEx-Studien:

Dr. Matthias Micus

matthias.micus@demokratie-goettingen.de

Grafikdesign und Satz

Jonas Neef

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

Nachweise

Schrift:

Kanit Font, Cadson De-
mak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL Open Font
License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

ISSN 2628-3743 FoDEx-Studie (Print)

ISSN 2628-3751 FoDEx-Studie (Online)

Göttingen, Mai 2020

ISSN (Print) 2628-3743

ISSN (Online) 2628-3751

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

www.demokratie-goettingen.de